

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechs-spaltige Kolonelle ober deren Raum 80 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 10 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fertige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: pro Nummer: 10 Pfg. monatlich 3.00 M., vierteljährlich 8.00 M., halbjährlich 15.00 M., jährlich 30.00 M. Einmalige Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifen für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4.00 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteigert täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 25. Juli 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ein gelehriger Schüler.

Den einsam trauernden konservativen Gegnern der Vermögenswachsteuer ist ein hochwillkommener Freund und Tröster im liberalen Lager entstanden: Richard Witting, der ehemalige Oberbürgermeister von Posen und jetzige Direktor der Nationalbank, der auch eine Zeitlang der national-liberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses angehört hat, veröffentlicht im „Tag“ eine finanzpolitische Betrachtung, die mit ihrer abfälligen Kritik an der Haltung des Liberalismus und mit ihren boshaften Bemerkungen über die schwächliche Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg der „konservativen Korrespondenz“ und der „Deutschen Tageszeitung“ zur Zierde gereichen würde.

Gegen die Vermögenswachsteuer sind ja nun auch schon von anderer kapitalistisch-liberaler Seite lebhaft Bedenken erhoben worden, und wir für unser Teil verstehen nicht nur die Sorgen in gewissen Bank- und Börsekreisen, sondern können dem Liberalismus auch von Herzen die Schwierigkeiten, in die er sich durch seine feige Angst vor einer mit Hilfe der Sozialdemokraten zustande zu bringenden Erbschaftsteuer gebracht hat. Aber Herr Witting geht aufs Ganze. Es ist ihm nicht nur um die Vermögenswachsteuer zu tun, sondern er verurteilt die direkte Reichsteuer überhaupt, und wie eng er sich dabei dem junkerlichen Agrarier-tum anschließt, ergibt sich aus dem Klagelied, das das wahrhaft Vernünftige in der Preisgabe direkter Steuern an ein Parlament liege, das wie der Deutsche Reichstag schon jetzt unter der Herrschaft der Masse stehe. „Wenn die Besitzlosen“, so jammert er, „mögen es arbeitende Proletariat sein oder die sogenannte Intelligenz, in einem Parlament des allgemeinen, gleichen Wahlrechts über das Portemonnaie der Besitzenden souverän zu verfügen haben, und wenn eine schwache Regierung dem milde zuschaut — dann sind wir schon mitten drin im sozialistischen Zukunftsstaat.“

Herr v. Bethmann und der Januschauer werden stolz sein auf diesen Schüler, der in seiner Bewunderung für ihre Staatskunst so weit geht, sich ihre Phrasen und Schlagworte zu eigen zu machen.

Sich mit dem à la suite des Junkertums stehenden Herrn Witting über die von ihm aufgeworfene Frage auseinanderzusetzen, was der Liberalismus mit Freihandel und Schutzoll, mit direkten und indirekten Steuern zu tun habe, überlassen wir zunächst gern seinen engeren oder weiteren Parteifreunden. Uns interessieren an seinen Ausführungen vor allen Dingen die habhuberischen Behauptungen, die er über die Belastung der breiten Volksmassen bei uns und im Auslande und über das Verhältnis zwischen finanziellen Pflichten und politischen Rechten aufstellt. Er setzt über den schweren Steuerdruck, unter dem die Besitzenden zu seufzen hätten, und versichert, daß alle Ausgaben, die die Einzelstaaten und die kommunalen Gebilde für die allgemeine Wohlfahrt im weitesten Sinne, Schule, Unterricht, Kunst, Wissenschaft, Verkehr usw. machen, beinahe ausschließlich von den Besitzenden getragen würden. Er zieht insbesondere Preußen als Beweis heran und versucht glauben zu machen, daß das, was in diesem Staate — nennen wir es einmal so — für die Kultur geschehe, von den reichen und wohlhabenden Schichten der Bevölkerung bezahlt werde.

Nun bestehen die Einnahmen Preußens zur Hälfte aus Steuern und zur Hälfte aus Betriebsüberschüssen. Unter den Steuern nimmt bekanntlich die Einkommensteuer und unter den Betriebsüberschüssen nehmen die Einkünfte aus den Eisenbahnen die erste Stelle ein. Die Einkommensteuer erfährt alle Einkommen von 900 M. an, und im Jahre 1912 haben die Einkommen von 900 bis 3000 M. 33,65 Proz. des gesamten Ertrages aufgebracht, die von 300 bis 6500 M. 50,73 Proz. Heute aber mit einem Einkommen bis zu 6500 Mark und nun gar erst solche, die bis zu 3000 M. jährlich vereinnahmen, pflegt man doch wohl nicht zu den „Besitzenden“ zu rechnen. Wenn ferner für das Etatsjahr 1913 die Reinerträge aus der Eisenbahn auf 234 Millionen Mark veranschlagt sind, so weiß nachgerade jedes Kind, daß nicht die vielleicht zwei Millionen Passagiere erster Klasse, sondern die 500 Millionen Passagiere vierter Klasse diese Summe einbringen.

Genau, die Zuschläge der Kommunen zu den direkten Staatssteuern müssen mit in Rechnung gesetzt werden, aber solange der preussische Staat schon die Einkommen von 900 Mark an besteuert und dafür gesorgt ist, daß der Arbeiter bis zum letzten Pfennig seines Lohnes herangezogen wird, spüren die Kommunalzuschläge nicht nur die Wohlhabenden. Jedenfalls ist die Behauptung, die Besitzenden trügen so gut wie ausschließlich die Kosten der Kulturausgaben, einfach unerbört. Dasselbe gilt von der Feststellung Wittings, man könne eher sagen, der Beamte bezahle die sozialen Leistungen, als das arbeitende Volk bezahle die Beamten, und wenn dieser Vertreter des sogenannten gebildeten und besitzenden Bürgertums eine gegenteilige Meinungsäußerung eine dreiste Unwahrheit lärmender Redewörter nennt, so ist das nur so zu erklären, daß die Angst vor einer Schädigung seines Besitzes durch den Ausbau direkter Reichsteuern ihn alle Rücksichten auf seine sogenannte „Bildung“ völlig außer acht lassen läßt.

Der kühnste Satz aber, zu dem sich der nationalliberale Bankdirektor aufschwingt, ist der, daß in keinem Lande der Erde der Besitzlose so wenig steuerliche Lasten und nur annähernd so viel politische Rechte habe wie bei uns. Glaubt er tatsächlich allen Ernstes, daß der englische Arbeiter, was die politischen Rechte angeht, mit dem deutschen, insbesondere dem preussischen Proletariat tauschen möchte? Das Wahlrecht zum englischen Parlament ist in der Tat im gegenwärtigen Moment noch ein wenig ungünstiger als das zum Deutschen Reichstag, aber gerade Herr Witting weist doch da, wo es ihm paßt, auf die großen Aufgaben hin, die den Einzelstaaten gestellt sind, er müßte also konsequenterweise auch anerkennen, daß das Fehlen eines wirklichen Wahlrechts zu den einzelstaatlichen Parlamenten für die Besitzlosen eine Entrechtung schlimmer Art ist. Wir könnten weiter noch vom Vereins- und Berammlungsrecht reden, von der polizeilichen Bevormundung und den sonstigen Schikanierungen durch die Verwaltungsbehörden, wie sie, abgesehen von Rußland, kaum ein Land der Erde kennt, aber das hieße wirklich Zeit und Papier verschwenden.

Wie aber sieht es mit den steuerlichen Lasten? Vorsichtigerweise führt Herr Witting nur Frankreich an. Von England redet er nicht. Es wäre ihm natürlich unangenehm, eingestehen zu müssen, daß die englische Einkommensteuer alle Einkommen unter 3200 M. freiläßt, daß England keine Zölle auf Brot und Fleisch kennt, der Proletariat also von vornherein ganz wesentlich günstigere Bedingungen genießt als sein deutscher Klassengenosse. Frankreich muß unserem Finanzpolitiker herhalten, und er stellt fest, daß der französische Proletariat 46 M. jährlich an indirekten Steuern zahle, während der deutsche nur 18 M. aufzubringen habe.

Herr Witting spricht vom Proletariat. Das ist ganz irreführend. 46 M. oder vielmehr etwas darüber beträgt die Summe, die an indirekten Steuern auf den Kopf der französischen Bevölkerung fallen. Aber wäre nun selbst 18 Mark die entsprechende deutsche Summe, so ließe sich doch aus diesen Ziffern noch keineswegs ein sicherer Rückschluß auf die Belastung der Proletariat in beiden Ländern ziehen, denn es käme vor allen Dingen darauf an, zu berechnen, ob und inwiefern die indirekten Steuern hüben und drüben gleichmäßig den Bedarf der breiten Massen der Bevölkerung treffen. Es ist nicht ganz leicht, darüber ein sicheres Urteil zu gewinnen, aber nach der gesellschaftlichen Struktur Frankreichs sowohl wie in Anbetracht der Tatsache, daß die indirekten Abgaben in Deutschland in erster Linie die Lebensmittel verteuern, darf man ohne weiteres behaupten, daß der finanzielle Druck, der auf dem deutschen Proletariat liegt, zum mindesten nicht geringer ist als der, unter dem der französische Arbeiter steht. Vor allen Dingen aber möchten wir gern wissen, wie Herr Witting zu den 18 M. indirekter Steuern pro Kopf der deutschen Bevölkerung kommt. Schon im Jahre 1908 wurde der Anteil der indirekten Steuern an der staatlichen und Reichssteuerbelastung in Deutschland auf über 25 M. pro Kopf berechnet, wobei natürlich die Lasten, die sich aus der Verteuerung der inländischen Lebensmittel durch die Zölle ergaben, nicht einbegriffen sind. Im Jahre 1913 aber, nachdem inzwischen die schwarzblaue Finanzreform die indirekten Steuern beträchtlich in die Höhe gesetzt und die Teuerung sich in der schlimmsten Weise fühlbar gemacht hat, kommt Herr Witting und erzählt dem deutschen Arbeiter, wie gut er es im Vergleich mit seinem ausländischen Kollegen habe.

Vielleicht könnte man den Finanzkünstler, der die Vergleiche mit dem Auslande liebt, auch noch auf die prozentuale Steigerung der direkten und der indirekten Steuern in den verschiedenen Ländern während der letzten Jahrzehnte aufmerksam machen. Es ergibt sich, daß pro Kopf berechnet in der Zeit von 1875 bis 1908 gestiegen sind

in England	direkte um 250 Proz.	indirekte um 2 Proz.
in Frankreich	direkte um 49 Proz.	indirekte um 20 Proz.
in Preußen	direkte um 48 Proz.	indirekte um 209 Proz.
im Deutschen Reich*)	direkte um 65 Proz.	indirekte um 112 Proz.

*) Hier in der Zeit von 1881—1908.

Aus diesen Ziffern ergibt sich, wohin die Reise im Auslande und wohin die Reise bei uns geht, und wie es die höchste Zeit war, den Weg zu betreten, auf dem der Deutsche Reichstag einen ersten tastenden Schritt gemacht hat, selbst auf die Gefahr hin, daß darüber ein selbstgefälliger nationalliberaler Bankdirektor zu einem begeisterten Verehrer junkerlicher Politik und junkerlicher Rechenkünste würde.

Doch Ausschluß der Öffentlichkeit?

Zu dem bevorstehenden Krupp-Prozess meldet die „Rational-Ztg.“:

„Wie uns von bestunterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist die offiziöse Berichtung: das Kriegsministerium habe nicht den Wunsch geäußert, daß die Verhandlungen gegen die sieben Zeugenoffiziere und den Intendantensekretär in der Krupp-Angelegenheit vor dem Kriegsgericht der Berliner Kommandantur unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden sollen, unrichtig. Es steht in den diesbezüglichen Akten: „Das Kriegs-

ministerium wünscht, daß die Verhandlung im Interesse der Landesverteidigung unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wird.“ Allerdings, so wird uns weiter mitgeteilt, hat der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. West, geäußert, er werde einen Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit nicht stellen. Es ist auch richtig, daß über den Ausschluß der Öffentlichkeit lediglich der Gerichtshof zu entscheiden hat. Wahrscheinlich hat das Kriegsministerium inzwischen eine teilweise Öffentlichkeit für zulässig erachtet, zumal von autoritativer Seite die Versicherung gegeben worden ist, daß die Öffentlichkeit nur bei Erörterung der Einzelfälle ausgeschlossen werden wird. Da aber, wie wir weiter erfahren, die Einzelfälle sich auf fast 900 belaufen, so dürfte doch der Ausschluß der Öffentlichkeit ziemlich lange währen. Wenn bei der Verhandlung der Einzelfälle die Öffentlichkeit im Interesse der Landesverteidigung ausgeschlossen wird, dann erscheint es zweifelhaft, ob die Plaidoyers in öffentlicher Sitzung stattfinden werden, da der Vertreter der Anklage und auch die Verteidiger doch wohl genötigt sein werden, in den Plaidoyers auf die Einzelfälle einzugehen. Ja, es erscheint sogar zweifelhaft, ob die Urteilsbegründung in vollem Umfange bei öffentlicher Sitzung verkündet werden wird.“

Da hätten wir also die Bescherung! Nicht nur die Beweishebung soll hinter verschlossenen Türen stattfinden, sondern auch die Plaidoyers und die Urteilsverkündung sollen ganz oder doch teilweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen. Damit wäre die ganze Öffentlichkeit für die Krug und das schöne Heeringens-Wirt: „Wir haben nichts zu vertuschen!“ erführe die reizendste Desabonierung!

Glaubt man denn aber wirklich der Öffentlichkeit weismachen zu können, daß die Behandlung sämtlicher 900 Fälle die Landesverteidigung gefährde. Die Bestechungen reichen doch auf viele Jahre zurück, und zweifellos die meisten aller Konstruktionsgeheimnisse sind längst im sicheren Besitz des Auslands! Interessen der Landesverteidigung könnten doch nur dann gefährdet erscheinen, wenn es sich um Rekonstruktionen handelte, die noch nicht eingeführt sind. Die aber werden doch, wenn überhaupt, nur in ganz verschwindendem Maße in Frage kommen. Man fordert also geradezu das Kinderespiß heraus, wenn man sich hinter solche fadenhäutige Ausflüchte verschancen wollte. In Wirklichkeit müßten dann ganz andere Motive angenommen werden!

Zudem: gerade die Beweishebung ist für die Öffentlichkeit von höchstem Interesse. Hier könnte die Öffentlichkeit kontrollieren, ob man sich nicht nur mit Ermittlung der Vergehen der „untergeordneten“ Organe, des Brand und seiner sieben Verführten begnügt, sondern auch den dringend gebotenen Eifer entwickelt, den wirklichen Schuldigen, den Anstiftern, auf die Spur zu kommen! Wieviel die sieben Zeugentanten aufgerummt kriegen, ist eine ganz sekundäre Frage; die wichtigste Frage ist die Erforschung und schonungslose Durchleuchtung des ganzen Bestechungssystems, die Aufdeckung der sauberen Geflogenheiten, durch die unser Panzerplattenpatriotismus zu den unerhörtesten Dienstverbrechen anstiftete!

Das will die Öffentlichkeit kontrollieren. Und dazu haben wir gerade die Öffentlichkeit des kriegsgerichtlichen Verfahrens, das sonst zur schlimmsten Farce wird!

Schlägt man hier dem auch höchste gespannten Volke die Tür vor der Nase zu, so könnte man sich das ganze Gerichtsverfahren schenken. Es verliert dann jeden Wert. Jeder Mensch mit fünf gesunden Sinnen weiß dann, was er von der ganzen Sache zu halten hat!

Auch die Tätigkeit der parlamentarischen Untersuchungskommission wird dann vollends zur Farce. Denn sie ist ja auf die Ergebnisse des unter so höchst eigenartigen Umständen verlaufenden Prozesses angewiesen. Sie soll einfach glauben, was man ihr erzählt! Als ob nicht auf die Methode der Untersuchung, die Art der Vernehmung der Zeugen und Angeklagten alles ankäme.

Beachtenswert ist auch, was eine bürgerliche Handelskorrespondenz schreibt:

„Es ist in diesem Prozesse nicht nur die Fahrlässigkeit bei der Behandlung militärischer Geheimnisse bloßzulegen, sondern auch die Korruptionsmethode, die sich ja nicht nur auf diesen Einzelfall beschränkt, sondern im gewerblichen Leben zur Alltäglichkeit geworden ist. Es ist von allergrößter Wichtigkeit, daß die Öffentlichkeit einmal erfährt, in welcher Weise man in der Industrie zu Aufträgen gelangt. . . . Wir haben zwar das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, das die aktive und passive Angestelltenbestechung aus der Welt schaffen will, aber dieses Gesetz hat leider bisher die gewünschte Wirkung ganz und gar nicht gehabt. Wenn man überhaupt auf geschlichem Wege gegen diese Unfreiheiten ankämpfen will, so müssen die Bestimmungen einer Revision unterzogen werden. Die großen Industrie-gesellschaften behaupten zwar, sie könnten nur durch Bestechung in direkter oder indirekter Form zu ihren Aufträgen gelangen. . . . Sicherlich wird es vielen Privatunternehmungen durch Entgegenkommen auf Schenkungen hin leichter gemacht, Aufträge herbeizuholen. . . . Auch die öffentliche Submission

läßt immer noch alle möglichen Hintertüren. Man kann z. B. einer bestimmten Firma die Angebotspreise der Konkurrenz ver- raten, oder die Preise, auf deren Basis die Besätze abzuschließen geneigt ist. Gefündigt wird auf diesem Gebiete von beiden Parteien. Die einen nehmen gern und die anderen geben zwar ungerne, aber sie geben doch, weil sie fürchten, sonst leer auszu- gehen. Daher dann auch der große Speiseapparat für solche Zwecke bei Firmen, die es sich leisten können. Man glaubt gar nicht, mit welchen Mitteln da geredet wird. Die Verwaltungen wägen die Verantwortung gewöhnlich von sich ab, indem sie die Gelder auf das Repräsentationskonto verbuchen. Sie haben dann eben die Summen den Angestellten, die die Besetzung zu besorgen haben, zu Repräsentationszwecken gegeben. Redlich lassen sich auch auf Seiten der Beamten die Geschenke verteilen, und wenn die Beamten nicht selbst geschickt genug sind, die Verteilung zu führen, so nehmen ihnen die Firmen die Mühe ab. Der Krupp-Prozess könnte in diesen Aufzug einmal kräftig hineinkleuchten, er könnte zeigen, in welcher Weise die Besetzung vorgenommen wird, die ja schließlich dem Volke wieder zur Last fällt, da die Produzenten natürlich die Besetzungsummen in die Herstellungskosten hineingerechnen. Würde der Krupp-Prozess in dieser Hinsicht der Öffentlichkeit genügend Aufklärung bringen, so könnte man vielleicht schon bald an eine entsprechende Ergänzung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb gehen.

Sollte man wirklich angeichts all dieser einleuchtenden Tatsachen den Mut besitzen, dem Volke die ihm zehnfach geschuldete Aufklärung vorzuenthalten?!

Einig in der Ratlosigkeit.

Die Türken begnügen sich nicht mit der Wiederbesetzung ihres thrazischen Gebietes, sie lassen ihre Truppen sogar in die bulgarischen Grenzdistrikte einmarschieren. Dieses Vorgehen scheint eine Verschleimung der Friedensverhandlungen zur Folge zu haben. Serbien und Griechenland tun jetzt so, als ob sie mit dem Vorgehen der Türkei nicht einverstanden wären, sie sind aber sicherlich ganz zufrieden gewesen, daß Bulgarien von allen Seiten in die Enge getrieben wurde.

Die Mächte sind sich darüber einig, daß sie die Türkei nicht im Besitze Adrianopels lassen wollen. Sobald es sich aber darum handelt, Mittel zu finden, diesen Willen in die Tat umzusetzen, hört die Einigkeit auf. Rußland droht mit einer Besetzung Armeniens und soll schon seine kaukasischen Truppen mobilisieren. Damit sind aber die anderen Mächte nicht einverstanden, so daß trotz aller Einigkeitssphrasen der tollste diplomatische Wirrwarr herrscht.

Die Eroberung von Kirklisse.

Konstantinopel, 23. Juli. Amtlichen Mitteilungen zufolge kam es bei der Besetzung von Kirklisse zu einem Gefecht mit der bulgarischen Infanterie. Die Bulgaren sprengten unmittelbar vor ihrem Abzuge die Kasernen, das Munitionsdepot und die öffentlichen Gebäude in die Luft. Der Kommandant der Kavallerie des rechten Flügels meldet, daß an verschiedenen Punkten der Stadt noch immer Explosionen erfolgen.

Die Türken auf bulgarischem Gebiet.

Sofia, 24. Juli. (Meldung des Wiener R. A. Teleg.-Büro.) Infolge der Nachricht über das Vorbringen der Türken in bulgarisches Gebiet wurden alle Gesandten der Großmächte ins Palais geladen, wo der König und der Minister des Auswärtigen über diese Besetzung des Kaiser- rechts Ausdruck verliehen und um ein sofortiges Einschreiten der Großmächte baten.

Die Serben in Bulgarien.

Belgrad, 24. Juli. In den Kämpfen bei Bjelogradschiff erlitt der Feind sehr schwere Verluste. Er zog sich in Unordnung auf Dom Palanka und Vidin zurück. Unsere auf Vidin vorrückenden Truppen wurden gestern morgen angegriffen. Der Kampf dauerte bis 4 Uhr nachmittags. Die Bulgaren wurden gezwungen, sich mit großen Verlusten in ihre Stellungen zurückzuziehen. Unsere Truppen haben sich bis auf 10 Kilometer Vidin genähert.

Angebliche bulgarische Erfolge.

Sofia, 24. Juli. (Meldung der Agence Bulgare.) Gestern herrschte in der Umgebung von Virox Ruhe. Bei Klässina wurden die Angriffe der Serben zurückgeschlagen und diese aus dem bulgarischen Gebiet verjagt. Bei Egripalanka verlief der Tag gleichfalls ruhig. In der Umgebung von Kotschana griffen die vereinigten serbischen, griechischen und montenegrinischen Truppen den linken bulgarischen Flügel mit starken Streitkräften an, wurden aber überall zurückgeschlagen. Die zwischen den Tälern der Struma und Bregalnica vorrückenden griechischen Truppenabteilungen wurden von drei Seiten zerniert und unter dem mörderischen Feuer der bulgarischen Truppen zum Rückzug gezwungen, wobei sie beträchtliche Verluste erlitten. Die Haltung der bulgarischen Truppen ist auf der ganzen Kampflinie ausgezeichnet.

Beschleunigung der Unterhandlungen.

Bukarest, 24. Juli. König Carol hat gestern an die Könige von Griechenland, Serbien und Montenegro Telegramme geschickt, in denen mit Rücksicht auf die drängende Lage in Sofia sowie auf den Wunsch Europas, eine weitere Schädigung Bulgariens nicht zu dulden, die Annahme des Vorschlags der rumänischen Regierung empfohlen wird, daß die Einstellung des Vormarsches der Armeen sowie der Feindseligkeiten vor Beginn der Verhandlungen in Bukarest über einen Waffenstillstand und die Friedenspräliminarien möglichst bald erfolge.

Bukarest, 24. Juli. (Meldung der Agence Roumaine.)

Obgleich die Friedenspräliminarien zu gleicher Zeit mit dem Waffenstillstand in Bukarest unterzeichnet werden sollten, hat die rumänische Regierung, um eine Einstellung der Feindseligkeiten zu erleichtern, dem General Coanda den Auftrag erteilt, sich sofort nach Nißch zu begeben, um dort mit den Abgeordneten der Verbündeten zusammenzutreffen, die zur Konferenz nach Bukarest kommen werden. Daher ist es möglich, daß noch vor Unterzeichnung des Waffenstillstandes selbst vorläufige Maßregeln zur Vermeidung neuen Blutvergießens ergriffen werden.

Die Friedensbelegierten.

Bukarest, 24. Juli. (Meldung der Agence Roumaine.) Serbien hat als Bevollmächtigter für die Friedensverhandlungen Ministerpräsidenten Pašitsch, den früheren Gesandten in Sofia Spalaitowitsch, ferner zwei Obersten und einen Sekretär in Aussicht genommen. Griechenland wird wahrscheinlich den Mi-

nisterpräsidenten Benizelos und den früheren Gesandten in Sofia Panos entsenden, Montenegro den Ministerpräsidenten Plamenac.

Die Absichten der Verbündeten.

Athen, 24. Juli. (Meldung der Agence d'Athènes.) Nach zuverlässigen Informationen werden die Bedingungen der Verbündeten erst auf der Konferenz in Bukarest mitgeteilt werden. Man kann schon jetzt behaupten, daß die Bedingungen sich auf die Idee des Gleichgewichts auf dem Balkan stützen werden. Der Grundgedanke des Gleichgewichts beweist die Rechlichkeit der Ansprüche der Verbündeten, die nichts Unmögliches fordern, und ihren Wunsch, einen dauernden Frieden auf dem Balkan herzustellen. Seitens Rumäniens besteht keine Gefahr, daß die Frage verwickelt werde, denn Rumänien trat ohne vorgehendes Einverständnis mit den Verbündeten in den gemeinsamen Kampf ein, von der Absicht geleitet, für das Gleichgewicht auf dem Balkan zu wirken; ein Großbulgarien würde eine ständige Gefahr für Rumänien sein. Der ehrenvolle griechisch-serbische Defensivvertrag traf für alles Vorzorge und hat keine Lücke gelassen, die einen Vorwand zu Streitigkeiten unter den Verbündeten schaffen könnte. So scheidet die im Voraus gelöste Frage der Teilung keine Besorgnis ein. Infolgedessen drohen von Griechenland, Serbien, Montenegro und Rumänien keinerlei zukünftige Verwicklungen. Die Idee des Gleichgewichts wird bis zum Schluß vorherrschen. Wenn eine Gefahr von Verwicklungen besteht, so ist sie in der Intervention der Türkei zu suchen, einer unglücklichen und unerwarteten Intervention. Die Verbündeten wünschen, daß die Türkei die internationalen Abmachungen des Londoner Vertrages nicht verleiht. Trotz des Vormarsches der Türkei in Thrazien sind die Verbündeten keineswegs geneigt, auf der Konferenz in Bukarest Thrazien als türkisches oder bulgarisches Gebiet anzuerkennen. Thrazien ist für die Verbündeten ein Gebiet, das ihnen gemeinsam gehört, wie es der Kongreß in London bestimmt hat. Ueber das Geschick Thraziens wird gemeinsam entschieden werden. Mehr als je fordert Griechenland infolge des unmenschlichen Betragens Bulgariens, unterstützt von seinen Verbündeten, die ernstesten Bürgschaften für Leben, Ehre und Besitz der griechischen Bevölkerung, die der Herrschaft Bulgariens unterworfen sein wird.

Serbien will keinen Waffenstillstand.

Bukarest, 24. Juli. (Meldung des Wiener R. A. Teleg.-Büro.) In der diplomatischen Lage ist seit gestern eine Änderung eingetreten. Die serbische Regierung ist von ihrem bisherigen Standpunkt abgegangen, wonach die Einstellung der Feindseligkeiten den Verhandlungen in Bukarest hätte vorangehen sollen. Sie wünscht jetzt, daß der gesamte Komplex von Fragen in Bukarest verhandelt werde, während die Feindseligkeiten inzwischen fortbauern. Serbien begründet seinen Standpunkt mit dem Hinweis darauf, daß die Warnnachrichten aus Sofia übertrieben seien. Somit hat sich die serbische Regierung der Auffassung Griechenlands angeschlossen.

Eine rumänische Warnung an die Türkei.

Bukarest, 24. Juli. (Meldung der Agence Roumaine.) König Carol hat unter Berufung auf seine dem ottomanischen Reiche stets bezeigten Sympathien und auf seine der Türkei in der Vergangenheit wie zuletzt beim Abschluß des Friedens mit Italien geleisteten guten Dienste an den Sultan ein Telegramm gerichtet, in dem er die Aufmerksamkeit des Sultans auf die Enttäuschung lenkt, die die Türkei mit ihrer Aktion erfahren könnte, die sie in ein Gebiet führe, dessen Schicksal von Europa in bestimmtester Weise geregelt sei.

Eine deutsche Drohung an die Türkei.

Die „Kölnische Zeitung“ wendet sich in ihrer Abendausgabe vom Donnerstag in einem anscheinend offiziellen Artikel scharf gegen die Türkei, weil sie mit ihrem kriegerischen Vorgehen gegen Bulgarien, den Londoner Vertrag durchbrochen habe. Die „Kölnische Zeitung“ droht der Türkei folgendermaßen:

„Es ist kaum anzunehmen, daß sich irgendein Anspruch erheben wird, wenn die Balkanstaaten abermals eine Räumung des von den Türken frisch besetzten Gebietes werden vornehmen wollen, ebenso wenig wie man ein gewisses moralisches Recht der Türkei, die schlimme Lage Bulgariens auszunützen, beanstandet hat. Aber diese moralische Zustimmung ist noch lange keine politische. Wenn es wahr ist, daß ein bedeutender türkischer Staatsmann ausgesprochen haben soll, nur der Waffengewalt würden die Türken aus Adrianopel wieder weichen, und diese Auffassung die Anschauung der verantwortlichen türkischen Kreise ist, so wird man sagen müssen, daß die Türkei sich auf einem neuen schlimmen Wege befindet, ganz abgesehen davon, daß der Friede Europas aufs neue und aufs schwerste gerade durch diesen unerwarteten Schritt bedroht wird. Die Ruhe, die man ihm gegenüber trotzdem bisher bewahrt hat, ist gewiß darauf zurückzuführen, daß man immer noch annimmt, die Geldnot würde der Aufhebung gegen den Londoner Vertrag bald ein Ende bereiten. Sollte sie daran nicht scheitern, so wird gewiß — und das sollten sich die maßgebenden Kreise in der Türkei in diesen Tagen immer vor Augen halten — ein anderes Mittel gefunden werden. Es liegt nur im Interesse der Türkei, wenn man sie vor den Folgen eines Schrittes warnt, den sie selbst als mit voller Überlegung getan, bezeichnet, und der doch nur als eine Unüberlegtheit angesehen werden kann.“

Rußland rührt sich.

Ueber russische Truppenbewegungen wird aus Kutais gemeldet: Auf den kaukasischen Eisenbahnen werden täglich Militärsüge zur Grenze befördert. Fast das ganze in Tiflis und Kutais befindliche Militär ist an der Grenze. Auch aus Südoften werden die Truppen nach dem Kaukasus befördert. Nach weiteren Nachrichten ist die gesamte russische Schwarzmeer-Flotte ausgelassen.

Galantisch wird erklärt, die Gesamteinwirkung der Mächte bei der Pforte werde am Freitag oder spätestens Sonnabend erfolgen. Die Ausreise der Schwarzen-Flotte aus Sebastopol und des englischen Geschwaders aus dem Bosphorus wird damit in Verbindung gebracht.

Politische Uebersicht.

Zum Austritt Max Maurenbrechers.

Der Verfasser dieser Zeilen, der als radikaler Demokrat der Sozialdemokratie zwar nahe steht, aber nicht zu ihr gehört, hat die Nachricht von dem Austritt Max Maurenbrechers nicht ohne persönliche Bewegung lesen können, weil er in einem Teil seiner Jugend auch die Irrwege gegangen ist, die nun Maurenbrecher von der Hauptmacht der deutschen Demokratie entfernt zu haben scheinen.

In den jungen bürgerlichen Idealisten, die sich um Raumann versammelten, lebte die durchaus nicht unnobler, aber naive Sehnsucht, das Volk in nationalen Dingen als eine feste Einheit zu sehen. Was nicht einer Partei, sondern der ganzen Nation diene, sollte auch von der ganzen Nation getragen werden. Die Behauptungen dienen der Sicherheit des ganzen Reiches. Also sollten sie auch von dem ganzen Volk getragen werden.

Die Raibität dieser jungen Idealisten überjah nur, daß die Voraussetzung ihres ganzen Gedankenganges nicht zutreffend war.

Das gegenwärtige Heer, das nach einem Wort aus sehr zuständigem Munde, bereit sein muß auf Vater und Bruder zu schießen, dient keineswegs der Sicherheit der ganzen Nation. Es ist zum mindesten gleichzeitig eine Prätorianergarde der herrschenden Klassen, die das Volk niederzuschlagen soll, wenn es sich in seiner Not oder in seinem Grimm über erduldetes Unrecht erheben sollte.

Schafft aber das Heer auf diese Weise selber die beiden großen Nationen der Unterdrückten und der Unterdrückten, dann zerstört es auch selber die nationale Einheit und kann darum von einer nationalen Einheit nicht getragen werden.

Das Argument, das mir einmal in jungen Jahren ein alter sozialdemokratischer Parteiführer entgegenhielt, wird ewig seine Durchschlagskraft behalten: „Man kann dem Staat ein Schwert gegen seine auswärtigen Feinde liefern, aber das Volk kann ihm niemals ein Messer geben, mit dem er die Kehle des Volkes zu durchschneiden gedenkt.“

Nur ein freies Heer in einem freien Staat, nur ein Heer, das seinem ganzen System nach gegen das Volk selber gar nicht gebraucht werden kann, könnte als ein nationaler Faktor empfunden und von einer nationalen Einheit getragen werden.

Die sozialdemokratischen Anträge aber, die auf eine freizeitliche Reform des Heeres abzielen, werden von den maßgebenden Militaristen mit der kältesten Nichtachtung behandelt.

Es ist ein heilloser Irrtum Raumanns, daß der Haß gegen die Sozialdemokratie schwinden würde, wenn sie für die militärischen Vorlagen stimmte. Ganz abgesehen davon, daß sie unmöglich wie jene Kaiser handeln kann, die ihren Reiter selber wählen, würde durch eine derartige Schwächung auch nichts Wesentliches verändert werden. Der preussische Junker haßt die Sozialdemokratie, weil sie entschlossen anti-feudal ist und würde sich in diesem Haß selbstverständlich durch kein wie immer geartetes taktisches Manöver beirren lassen. Auch unsere industriellen Kapitalisten verraten durchaus keine Sehnsucht nach einer englischen Entwicklung, sondern verlassen sich im Gegenteil auf den feudalen Geist der Armee, das die Gewehre des Volkes gegen das Volk selber richtet. Wenn die Taktik Raumanns akzeptiert würde, würde nichts weiter erreicht, als daß die Unterwürfigkeit vor dem Feudalismus, die dem bürgerlichen Freisinn die Schwindsucht gebracht hat, nunmehr auch die sozialdemokratischen Massen ergriffen hätte.

Die breite Masse des Volkes findet sich in diesem Punkte in einem tragischen Konflikt mit dem Staat, der ihr keine Wohnung bietet, sondern sie unterdrücken will. Tragische Konflikte aber können niemals vom gefühlvollen Herzen aufgehoben, sie können nur bis zum bitteren Ende durchgefochten werden. Die Verantwortung trifft diejenigen, die die staatliche Macht in Händen haben und sich nicht scheuen, sie mit aller Schärfe gegen das Volk selber zu kehren. Wenn ein ästhetischer Vergleichen gestattet ist, würde die Taktik Raumanns bedeuten, daß man auf den lobenden Fürstenthron in Rabale und Liebe verzichtete, um sich dafür an einem national-politischen Rückstuf Zifflands zu erbauen.

Die gegenwärtige Taktik hat die Sozialdemokratie zwar ver- holt, aber zugleich auch mächtig gemacht.

Der antimilitaristische Geist der sozialdemokratischen Arbeitermassen im Heer ist die sicherste Bürgschaft gegen feibole Kriege und gegen die Staats- freischäfte der preussischen Junker.

Landfriedensbruch-Prozess.

Die Staatsanwaltschaft in Freiburg i. Br. hat gegen fünf Arbeiter Anklage wegen Landfriedensbruch erhoben. Es handelt sich um die Zusammenstöße zwischen Streitenden und Polizei beim Häberstreik in Basel-Friedlingen, die teilweise auf deutschem Gebiet sich abspielten. Die Sache wird am 24. Juli vor dem Schwurgericht in Freiburg verhandelt.

Der Waldenburger Gehilfe des Staatsanwalts.

Der konservative Chefredakteur Lippold, der bekanntlich den Waldenburger Weinethprozess dadurch inszeniert hat, daß er einen arbeitslosen Buchdrucker zur Anzeige drängte und ihm dafür Arbeit verschaffte, macht immer mehr durch seine Kampfmethoden gegen die Sozialdemokratie von sich reden. Unser Waldenburger Parteiorgan, die „Schleissche Bergwacht“, ist in der Lage, einige ganz besonders pikante Enthüllungen über diesen Mann zu veröffentlichen. Zeit steht jetzt, daß Herr Lippold auch interne Vertrauensmännereien der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in ganz raffiniertester Weise bespielen läßt. Bewiesen sind in dieser Beziehung die folgenden zwei Fälle. Von einer Vertrauensmännereien des Bergarbeiterverbandes brachte am anderen Tage das Organ des Lippold einen Bericht, der unter der Spitzmarke: „Von unserem roten Protokollführer“ verschiedene vertrauliche Mitteilungen brachte, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Das konservative Blatt gebrauchte damals den demagogischen Trick, zu behaupten, daß ein Verbandsmitglied, aus Verärgerung über die mangelnden Fortschritte des Verbandes und aus Abneigung gegen die Sozialdemokratie dem konservativen „Lageblatt“ diese vertrauliche Mitteilung gemacht habe. Jetzt steht fest, daß Lippold den Bergmann Schelinsky vor längerer Zeit beauftragt hat, sich in den Bergarbeiterverband aufnehmen zu lassen, um Neuigkeiten zu erfahren zu können. Der Schelinsky hat den Auftrag mit dem Erfolg ausgeführt, daß es ihm gelang, an einer vertraulichen Besprechung teilzunehmen, von deren Ergebnis er dann seinem Auftraggeber Mitteilung machte.

In einem zweiten Falle handelte es sich um die Bespielung einer sozialdemokratischen Sitzung, über deren Verlauf ebenfalls am anderen Tage in dem konservativen Blatt etwas zu lesen war. Hier schrieb das vornehme Blatt, daß ein Angestellter, der geschäftlich in dem Lokale zu tun hatte, zufällig in die sozialdemokratische Sitzung hineingeraten sei. Auch in diesem Falle steht jetzt einwandfrei fest, daß Lippold mehreren seiner Angestellten den Auftrag erteilte, sich in die Sitzung einzuschmuggeln.

Gefährdung militärdienstlicher Interessen?

Vor acht Tagen ging durch einige bürgerliche Lokallblätter in der Nähe des Truppenübungsplatzes Sennelager eine Notiz, wonach bei einem Gewaltmarsch eines Reserve- regiments ungefähr 50 Reservisten krank geworden und 2 gestorben seien. Auch die Parteipresse hat inzwischen darüber berichtet. Nähere Angaben über das bedauerliche Vorkommnis waren nicht zu erlangen und merkwürdigerweise hält sich auch jetzt noch die Militärbehörde in vollkommenes Schweigen. Danach kann man annehmen, daß die Angaben richtig waren. Würde sonst der Dementierapparat nicht längst in Tätigkeit getreten sein?

Jetzt wird übrigens von Reservisten, die inzwischen wieder entlassen worden sind, erzählt, außer den beiden schwer krank gewordenen und gestorbenen jungen Menschen sei ein Mann nach der Hebung aus dem Truppenverbande ausgeschieden, weil sich bei ihm Geistesstörungen nach der fraglichen Hebung gezeigt hätten. Was das nun richtig, oder übertrieben sein: auf jeden Fall ist es eine vollendete Rücksichtslosigkeit — wenn man

keinen härteren Ausdruck gebrauchen will — die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Vorgänge im Innern zu lassen. Der Militarismus fühlt sich hier zu vornehm, um dem Volke Rechenschaft abzulegen. Gerade in diesem Augenblick, wo dem Volke, und nicht nur den Besitzenden, neue Opfer an Gut und Blut zu besserem Gedeih des militärischen Wesens aufgelegt werden, müßte ein derartiges Verhalten militärischer Behörden auch auf bürgerliche Kreise aufweisend wirken.

Aber vielleicht fällt dies Schweigen unter die bezeichnende Rubrik „Gefährdung militärischer Interessen.“

Wozu brauchen wir noch Kolonien.

In der Begründung für die Notwendigkeit unserer Kolonien nahm und nimmt das Argument einen großen Raum ein, daß wir den Bevölkerungsüberschuß in einer neu zu begründenden deutschen Heimat unterzubringen hätten und die Söhne deutschen Bodens nicht fremden Nationen (den Amerikanern und Briten) überlassen dürften. Nun hat sich aber, woran der Londoner „Economist“ erinnert, die Situation seit Jahren so verändert, daß Deutschland nicht mehr ein Land der Auswanderer, sondern der Einwanderung ist. Die Zahl der Auswanderer ist rapide auf eine ganz unbedeutende Größe zurückgegangen. Dagegen stieg in Deutschland die Zahl der Fremden von 0,48 Millionen i. J. 1896 auf etwa 2 Millionen gegenwärtig. Nur in Frankreich ist der Anteil der Fremden an der Gesamtbevölkerung noch größer als in Deutschland und nur Belgien und die Schweiz weisen den gleichen Prozentsatz von Nichtdeutschen auf. Die Londoner Zeitschrift knüpft an diese Zahlen den erstaunten Ausruf:

Es ist seltsam, daß angesichts dieser und der weiteren Tatsache, daß die Nachfrage nach Arbeit von Jahr zu Jahr rasch steigt, es immer noch Kolonialschwärmer gibt, die behaupten, daß Deutschland neues Land braucht, um seine überflüssige Bevölkerung aufzufangen.

So schlagend auch die tatsächliche Entwicklung das Argument der Kolonialschwärmer widerlegt hat, von bürgerlichen Agitatoren wird es immer wieder vorgeholt, um die koloniale Raubpolitik zugunsten der kommerziell und finanziell Interessierten vor naiven Parteianhängern zu entschuldigen.

Amtsvorsteher und Vereinsgesetz.

Der § 7 des Reichsvereinsgesetzes besagt u. a.: „Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde. Die Genehmigung ist von dem Veranstalter mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung oder des Aufzuges unter der Angabe des Ortes und der Zeit nachzusuchen.“

Diese Bestimmung hat der Amtsvorsteher Schulz in Ruskau einfach durch folgende Verfügung außer Kraft gesetzt:

„Amt Ruskau Nr. 1565.“

Von verschiedenen Vereinen sind in letzter Zeit Anträge von Ausrüstungen und Umzüge kurz vor den betreffenden Festen gestellt worden.

Ich ersuche sämtliche in ihrem Bezirk vorhandenen Vereine bekannt zu geben, daß derartige Anträge mindestens zwei Wochen vor der Veranstaltung einzureichen sind, anderenfalls die Genehmigung nicht erteilt wird.“

Diese Verfügung ist auf Veranlassung des Amtsvorstehers sämtlichen in Krauschwitz vorhandenen Vereinen durch den Gemeindevorsteher zur Unterschrift vorgelegt worden. Der weisse Amtsgezwaltige in Ruskau, von dem die Verfügung ausgeht, wird sich aber wohl damit abfinden müssen, wenn die Vereine sich nach dem § 7 des Reichsvereinsgesetzes richten und nicht nach seiner ungesetzlichen Verfügung.

Ein Gefreiter als Rekrutenschinder.

Vom Kriegsgericht in Düsseldorf wurde der inzwischen bereits zur Beförderung entlassene frühere Gefreite August Glöck aus dem Landwehrbezirk Essen wegen Mißhandlung von Untergebenen in acht Fällen, vorschriftswidriger Behandlung in mindestens fünf Fällen, gefährlicher Körperverletzung und Annahme einer Befehlsbefugnis zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Glöck diente beim 11. Husarenregiment in Kreisfeld (den bekannten „Langhularen“) und war dort im letzten Dienstjahre Gefreiter und Stubenältester. Als solcher drangalierte er die ihm zugeteilten Rekruten auf alle mögliche Weise. Nachts mußten sie mit gepugten Säcken vor seinem Bette antreten oder er ließ sie auf und in die Spindeln kettern, wobei er mit Pfaffen und Knüffeln „nachhelfte“. Aus der Kantine ließ er sich von Rekruten Bier und Wurst holen, gab ihnen aber das ausgelegte Geld nicht zurück. Bezeichnenderweise wußte er die Leute so einzuschüchtern, daß sie von den Schänderereien keine Anzeige machten, bis schließlich der Vater eines der Mißhandelten die Vorgänge brieflich dem Regiment mitteilte.

Wieder ein Opfer.

Am 18. April d. J. hatte der Reserveoffizier Kamrath in Berlin an der Kontrollversammlung teilgenommen. Der Mann ist Antialkoholiker, folgte aber auf Bitten an diesem Tage der Einladung seiner früheren Kameraden, mit ihnen ein Glas Bier zu trinken. In etwas angekränkeltem Zustande bestieg er die Straßenbahn und bezeichnete es während der Fahrt im Gespräch als einen Mißfall, daß man jedes Jahr zweimal zur Kontrollversammlung müsse. Plötzlich stand vor dem Mann ein Offizier, der Hauptmann v. Wolff, den der Reserveoffizier nicht bemerkt hatte und der nun die Frage an ihn richtete, ob er nicht wisse, daß er am Tage der Kontrollversammlung unter dem militärischen Gesetze stehe. Der Offizier verlangte den Paß, er erhielt ihn auch, doch soll dann Kamrath in verlebendem Ton seinen Paß zurückverlangt haben. Der Offizier erklärte ihm, daß er sich den Paß beim Bezirkskommando abholen könne. Die Folge dieses Vorkommnisses war eine Anklage gegen den Reserveoffizier wegen Erregung von Mißvergnügen und wegen Achtungsverletzung. Das Kriegsgericht nahm nur das letztere Delikt an und erkannte auf 7 Tage Mittelarrest.

Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein. Er verlangt, daß auch wegen des schweren Deliktes Strafe eintreten müsse. Das Gericht beschloß, die Sache zu vertagen und zum nächsten Termine eine Anzahl Zeugen zu laden.

Es kann also dem Reserveoffizier passieren, daß er schließlich noch mit einer erheblich höheren Strafe belegt wird, nur weil er in angekränkeltem Zustand vergessen hatte, daß er an diesem Tage unter dem Militärgesetze stand und offenbar auch nicht daran gedacht hat, daß seine harmlose Bemerkung von einem Offizier gehört würde, der sich verpflichtet fühlen könnte, den Vorgang zur Anzeige zu bringen.

Frankreich.

Kein Arbeiterschutz in den Kolonien.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die Bourgeoisrepublik ist jetzt gegen die Eingeborenen der Kolonien sehr ärmlich. Man läßt uniformierte Senegalesen, Kongoneger, Annamiten usw. an der Parade von Longchamp teilnehmen, spendiert ihnen sogar eine Zahne, photographiert sie in allen Stellungen. Aber das patriotische Gemeinheitsgefühl hört beim Geldbeutel auf. Es haben wohl gelegentlich wohlmeinende Deputierte die Ausdehnung der doch schon im Mutterland Frankreich selbst nicht üppigen Arbeiterschutzgesetzgebung auf die Kolonien verlangt. Der „Officiel“ vom 22. d. M. bringt die Antwort des Kolonialministers an den Deputierten des Senegal, Herrn Carpot, der die An-

wendung des Gesetzes über den wöchentlichen Ruhetag im Interesse der Handelsangestellten und der Eisenbahnbeamten der Kolonie befürwortet hatte. Der Minister hat eine „Enquete“ angestellt und zwar gleich über die Einführung der Arbeiterschutzgesetzgebung in ihrer Gesamtheit. Befragt wurden — die drei Handelskammern der Kolonie, d. h. die Vertretungen der Unternehmer. Und der Minister teilt voll Harnlosigkeit mit, daß diese Körperschaften einen solchen Schritt für „verfrüht“ halten und der gleichen Ansicht sei die Lokalverwaltung. Denn es ginge bei dem heutigen Stand der Dinge nicht an, die Wohlthaten des Gesetzes über den Kreis der Europäer hinaus auszu-dehnen. Für die europäischen Handelsangestellten aber bestimme „im allgemeinen“ die Sonntagsruhe sowie die Gastwirtschaften jedoch, wo dies nicht der Fall sei, machten am Sonntag ihre besten Geschäfte. (Vom Esraj-Ruhetag weiß der Herr Minister offenbar nichts.) Was die Eingeborenen anlangt, so sei für sie die Sonntagsruhe in der Praxis eingeführt und überhaupt hätten sie auch sonst viel Feiertage. Das „Regime der Freiheit“ scheine jetzt für alle Teile am besten!

Die Finanzreform.

Paris, 24. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach einem spannenden Rededuell mit Caillaux verpflichtete sich Barthou, die Finanzreform mit einer Besteuerung des Kapitals und des Einkommens in das Budget von 1914 aufzunehmen, falls der Senat die Einkommensteuer nicht erledigen sollte. Die Opposition zog hierauf ihre Tagesordnungen zurück. Jaurès erklärte die formelle Verpflichtung Barthous für eine genügende Bürgschaft. Die Fraktion tritt somit nicht in eine Obstruktion gegen das Budget ein.

China.

Niederfolge der südnationalen Revolutionäre.

Peking, 23. Juli. Die Rebellen sind genötigt worden, sich von Eutschow im Norden von Kiangsu zurückzuziehen. Sie sind auf Luhsweilun in Anhui zurückgegangen, um Verstärkungen abzuwarten. Juankschai erklärte, er werde von seinem Kreuzer alle Fahrzeuge mit Rebellen an Bord versenken lassen, gleichviel welche Flagge sie führen.

Shanghai, 23. Juli. Die Rebellen machten gestern früh einen Angriff auf das Arsenal von Lianghan. Der Angriff wurde gestern abend erneuert, aber mit Verlusten zurückgewiesen. Die angreifenden Truppen bezifferten sich auf etwa 3000 Mann, während die Garnison 1000 Mann betrug.

Shanghai, 24. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Während der Kämpfe der letzten Nacht haben die Nordtruppen einen größeren Erfolg errungen. Sie bemächtigten sich der Hangtschow-Eisenbahn, schlugen die Südruppen auf der ganzen Linie zurück und fügten ihnen große Verluste zu. Die Soldaten der Südruppen sind demoralisiert; viele von ihnen haben Uniform und Gewehr von sich geworfen und sich ergeben. Heute nacht wird ein entscheidender Kampf erwartet. Es geht das Gerücht, daß Kanting sich in den Händen der Nordtruppen befindet.

Die Rebellion wird fortgepflanzt.

Russen, 24. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Infolge der Vorgänge im Süden erhielt der Tatu die Vollmacht, an Orten, an denen es zu gären beginnt, den Kriegszustand zu erklären. Agenten Huanghsien sind hier eingetroffen, um die Randschüre und die innere Mongolei zur Empörung aufzureizen, damit die Truppen der Randschüre nicht im Süden verwendet werden können.

Kämpfe in der Mongolei.

Urga, 23. Juli. Eine Abteilung von mongolischen Truppen wurde von Chinesen in der Nähe von Watschalgrais geschlagen, das von den Chinesen eingenommen und niedergebrannt wurde. Damit ist den Chinesen der Weg nach Kholmä geöffnet. In der Schlacht kämpften etwa 500 Mongolen mit zwei Geschützen gegen 5000 Chinesen mit neun Geschützen und vier Maschinengewehren. Die Mongolen befinden sich auf dem Rückzuge.

Mexiko.

Erfolge der Insurgenten.

Texas, 24. Juli. Die Insurgenten haben Torreón eingenommen, sie sollen 1500 Gefangene gemacht, 20 Kanonen und große Munitionsvorräte erbeutet haben.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für Rassel-Messungen hielt am vergangenen Sonntag seine Generalversammlung ab. Aus dem erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß die Mitgliederzahl von 4072 am Schluß des vorigen auf 4153 am Schluß des letzten Geschäftsjahres gestiegen ist. Weibliche Mitglieder sind 202 vorhanden. Die Zahl der Abonnenten auf die „Arbeiter-Jugend“ beträgt 465. Der Klassenabluß weist bei 17 343,12 M. Einnahme und 14 671 M. Ausgaben einen Bestand von 2 671,72 M. auf. In einem während des Berichtsjahres gebildeten, gefondert verwalteten Wahlfond, in den die in der Stadt Rassel wohnenden Mitglieder monatlich einen 10-Pf.-Beitrag hineinzuzahlen haben (welchen Beschluß sich auch bereits ländliche Filialen zu eigen machten), sind 401,20 M. enthalten. — Die Generalversammlung nahm einen recht angeregten Verlauf. Nach einem Referat des Vertreters des Kreises im Reichstage, des Genossen Hüttmann, über Steuerpolitik und Militarismus, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Haltung der Reichstagsfraktion gegenüber den Wehr- und Dedungsangelegenheiten gebilligt wird. — Zum Parteitag in Jena, an dem eine die Anwendung des Massenstreiks im preussischen Wahlrechtskampfe befürwortende Entschließung gerichtet wurde, werden drei Delegierte entsandt.

Aus der französischen Partei.

Bei der Nachwahl im Departement Charolles ist Genosse Merle, Bergarbeiter, im zweiten Wahlgang mit 8014 Stimmen gewählt worden, sein progressivistischer Gegenkandidat bekam 7131 Stimmen. Der radikale Kandidat hatte sich zurückgezogen. Von seinen 3767 Wählern hat der größere Teil für den Sozialisten gestimmt. Der Wahlkreis war seit 1910 von dem verstorbenen Genossen Duarouge vertreten.

Der Vertreter von Marlinique Lagrosillière ist vor der Schlußabstimmung über die Militärvorlage aus der sozialistischen Fraktion und damit aus der gemäßigten Partei ausgetreten, nachdem er schon in den wichtigsten Teilabstimmungen durch Stimmenthaltung seine Loslösung von den Parteiauffassungen kundgegeben hatte. In seinem Austrittsschreiben behauptet er, in der Fraktion, wie in der Partei überhaupt und auch in der „Humanität“ einen Mißwollen für die eingeborenen Bewohner der Kolonien begegnet zu sein. Was diesem Vorwurf zugrunde liegt, ist die Tatsache, daß Lagrosillières Vorschläge wegen ihrer Konfusion in der Fraktion nicht immer Anklang fanden. Bezeichnend für die

Verwirrtheit dieses Deputierten ist, daß er die „Humanität“ der Mißachtung der Gleichberechtigung der Rassen anklagt, weil sie über die zur Parade in Longchamp herangezogenen, von den Europäern angezogenen und von neugierigen Weibern bestürmten — Senegalesen nicht mit dem genügenden Respekt geschrieben hat! Lagrosillière behauptet nun, die Fraktion habe den Unterschied der sozialistischen Auffassungen der Nationalverteidigung und dem von gewissen Führern der Arbeitskonföderation vertretenen „Antipatriotismus“ zu sehr betont. Dieser Vorwurf könnte glauben machen, daß der Ankläger die letzte Zeit ganz verschlafen habe, sowohl die lange Kammerdebatte mit den wahrlich doch genug klaren Reden Jaurès, Baillaux usw. wie die von der Presse vielbesprochene Konferenz der Gewerkschaften, auf der gerade die bekanntesten sozialistischen Gewerkschaftsführer die Scheidung der Gewerkschaftsbewegung von der „antipatriotischen“ Revoluzzerlei öffentlich verkündet haben. — Man kann es bedauern, daß übertriebene persönliche und Rassenempfindlichkeit — Lagrosillière ist Regier — den strebsamen Mann dem Sozialismus auch innerlich so weit entfremdet haben, daß er nicht mehr versteht, was er vordem selbst zu lehren bemüht war. Lagrosillière wird allerdings von seinem Austritt keinen Schaden haben. Es ist ja kaum möglich, als Oppositioneller in den Kolonien ein Mandat zu behaupten.

Personalien. Zum Redakteur des „Hamburger Echo“ ist der Genosse Jan Reiche in Begegnung erwähnt worden. Genosse Reiche ist von Beruf Buchdrucker, war viele Jahre in Hamburg als solcher tätig und wurde vor 6 Jahren zum Vertreter der „Dremer Bürgerzeitung“ im Begegnader Industriegebiet bestellt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Urteil in Sachen Limberg rechtskräftig!

Bekanntlich wurde Genosse Limberg kürzlich von der Anklage, durch „unwahre und entstellte Tatsachen Staats-einrichtungen verächtlich gemacht“ zu haben, freigesprochen. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision angemeldet. Allen Anschein nach ist dem Staatsanwalt die Begründung einer Revision sehr schwer geworden, und zwar so schwer, daß er schließlich das Nennen ausgab und seine Revision zurückzog. Mittwoch nachmittag wurden dem „Sozialdemokratischen Bureau für Rheinland-Westfalen“ in Düsseldorf die feinerzeit beschlagnahmten 18 000 Flugblätter: „Der moderne Militarismus, ein Segen oder ein Unglück für das Volk?“ durch die Kriminalpolizei wieder zugestellt. Die Freigabe erfolgt gerade zur rechten Zeit, denn jetzt, kurz nach der Annahme der Militärvorlage, wird das Broschürchen in Hunderttausenden von Exemplaren seine aufklärende Wirkung in den breiten Massen des Volkes erst recht vollbringen. Blinder Eifer schadet nur!

Letzte Nachrichten.

Schwerer Konflikt im Metallarbeiterverband.

Stettin, 24. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Eine außerordentlich stark besuchte Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes nahm heute abend Stellung zum Werftarbeiterstreik und zu dem Verhalten der Zentralvorstände, die dem Streik als nicht berechtigt ihre Anerkennung verweigerten. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß die Stellungnahme der Zentralvorstände, wenigstens was Stettin anbelange, nicht gutzuheißen sei. In Stettin seien mit einer anderen Unternehmergruppe Verhandlungen gepflogen worden, und könne es daher nicht mit Hamburg zusammengeworfen werden. Es wurde beschlossen, daß von Anfang dieser Woche an die Streikunterstützung ausgesetzt wird. Da der Hauptvorstand die Anweisung gegeben hatte, auch aus der Lokalkasse keinerlei Unterstützung zu bewilligen, wurde weiter beschlossen, daß trotzdem aus der Lokalkasse die Streikunterstützungen gezahlt und daß vorläufig keine Gelder an die Hauptkasse abgeführt werden sollen. Ferner wurde die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes gefordert. In der Versammlung erhob sich ein lebhafter Unwille gegen den Hauptvorstand, dessen Verhalten geeignet sei, den Verband zu zertrümmern.

Mühne Pläne der Türkei.

Konstantinopel, 24. Juli. (W. T. B.) Die Porte hat nach Sofia eine Antwortnote übermittelt, in welcher sie mit Bezug auf ihre letzte Zirkularnote erklärt, daß sie sich zum gegenseitigen Schutze entschlossen habe, die natürliche Grenze Maritsa-Adriaspel wiederherzustellen.

Die türkische Aktion und die Botschafterkonferenz.

London, 24. Juli. (W. T. B.) Die Konferenz der Botschafter verhandelte heute darüber, welche Schritte angesichts der Aktion der Türkei und ihrer Ueberschreitung der Grenzlinie Enos-Adria unternommen werden sollen. Alle Botschafter waren darin einig, daß irgendein Schritt getan werden müsse, um die Entscheidung der Mächte aufrechtzuerhalten. Es wurde jedoch kein formeller Vorschlag gemacht, auf welchem Wege dies erreicht werden solle. Die Redungen, daß die Türken auf Philippopol zu vorrücken, verursachten eine gewisse Bestürzung. Es heißt, daß König Ferdinand von Bulgarien um die Intervention der Großmächte gebeten habe.

Die Verluste der Bulgaren in den letzten Kämpfen.

Belgrad, 24. Juli. (W. T. B.) Nach einer Meldung des serbischen Freibureaus haben die serbischen Bauern auf dem Berge Delovik 857 bulgarische Soldaten begraben, die in den Kämpfen bei Pirov gefallen waren. Insgesamt schätzt man die Verluste der Bulgaren an Toten und Verwundeten in diesen Kämpfen auf 7000 Mann.

Internationaler Bergarbeiterkongress.

Karlsbad, 24. Juli. (W. T. B.) Witt-Deutschland führte heute den Vorsitz. Die Anträge, daß Minimallohne für Untertagsarbeiter auf dem Wege der Gesetzgebung fixiert und daß Kollektivverträge gefordert werden sollen, wurden angenommen.

Verhaftung englischer Frauenrechtlerinnen.

London, 24. Juli. (W. T. B.) Eine Abordnung von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts aus der Versammlung in der Carlton Hall passierte heute die Einfriedigung des Unterhauses, da sie von der Polizei für Besucherinnen der Tribüne gehalten wurden. Als sie dann ausgefordert wurden, das Gebäude zu verlassen, weigerten sie sich, worauf die Polizei sie hinausbeförderte. Die Damen Pathwick und Lawrence und zwei andere Frauen, die darauf bestanden, dem Staatssekretär des Innern Mr. McKenna eine Eingabe zu überreichen, was man ihnen nicht gestattete, wurden verhaftet.

Schweres Automobilunglück in Frankreich.

Limoges, 24. Juli. (W. T. B.) Auf der Straße nach Paris überschlug sich ein Automobil. Zwei Insassen wurden getötet.

Globus- Bouillonwürfel

Dose 25	50 Stück
43 Pf.	85 Pf.
Dose 100	500 Stück
1.65	8 Mk.

A. Wertheim

Leipzigerstr. Königstr. Oranienstr. Rosenthalerstr.

Lebensmittel

Freitag u. Sonnabend, soweit vorhanden. *Artikel werden nicht zugesandt

Kalte Suppen

Milch-Kaltschale mit Erdbeer-, Himbeer-, Vanille- u. Mandel-Geschmack, Kirsch-Suppe, leicht gefärbt, Schokoladen-Suppe mit Mondamin und Eizusatz

5 Pakete **45 Pf.**

Kolonialwaren

Java-Reis . . . Pfund	24, 30, 36 Pf.	Hartgries Pfund	22, 25 Pf.
Rangoon-Reis . . . Pfund	18, 20 Pf.	Maismehl Pfund	23 Pf.
Bruch-Reis Pfund	15, 16 Pf.	Maisgries Pfund	15 Pf.
Reisgries Pfund	18 Pf.	Kartoffelmehl . . . Pfund	15, 18 Pf.
Reismehl Pfund	18 Pf.	Deutscher Perl-Sago ^{weiss} Pfund	30 Pf.
Reisflocken Pfund	28 Pf.	Deutscher Sago ^{rot oder weiss} Pfund	26 Pf.
Weizengries Pfund	19 Pf.	Sagomehl Pfund	36 Pf.

Wein

Moselwein

Inkl. Flasche	1/2 Fl.	bei 10 Fl.
Obermoseler	65 Pf.	63 Pf.
Wormeldinger	75 Pf.	73 Pf.
1911 Wellensteiner	85 Pf.	82 Pf.
1911 Oberbilliger	95 Pf.	92 Pf.
1909 Eitelbacher	1.10	1.05
1911 Senheimer	1.25	1.20
1911 Bernkasteler	1.40	1.35
1911 CröverSteffensbg.	1.70	1.65

Rheinwein ^{Rhein-Hessen-Gau-Platz}

Inkl. Flasche	1/2 Fl.	bei 10 Fl.
1912 Edenkobener	70 Pf.	65 Pf.
1911 Weinheimer	85 Pf.	82 Pf.
1911 Bockenheimer	1.05	1 Mk.
1907 Forster	1.35	1.30
1909 Rüdesheimer	1.45	1.40
1905 Winkel.Steinacker	1.80	1.75
1908 Nierstein.Domtal	1.90	1.85

Roter Tischwein

Inkl. Flasche	1/2 Fl.	bei 10 Fl.
1909 Saint Mathieu	65 Pf.	63 Pf.
1909 Sainte Barbara	75 Pf.	73 Pf.
1909 Almando	80 Pf.	78 Pf.

Bordeaux-Wein

Inkl. Flasche	1/2 Fl.	bei 10 Fl.
1909 Les Bessannes	90 Pf.	88 Pf.
1909 Crü du Marin	1.05	1.02
1905 Dignac Landureau	1.15	1.10
1907 Parempuyre	1.35	1.30
1907 Chât. Duhart Milon	1.55	1.50
1907 Chât. Calon Ségur	1.70	1.65
1907 Chât. Graud Larose	2.40	2.30

Südwein

Inkl. Flasche	1/2 Fl.	bei 10 Fl.
Tarragona	82 Pf.	80 Pf.
Fein. alt. Tarragona	1.00	97 Pf.
Douro-Portwein	1.20	1.15
Alt. Douro-Portwein	1.85	1.80
Vermouth di Torino	1.05	1.00
Insel Samos	85 Pf.	83 Pf.
Adria-Blume rot. weiss	1.10	1.05

Apfelwein

Inkl. Flasche	1/2 Fl.	bei 10 Fl.
Borsdorf. Apfelwein	30 Pf.	29 Pf.
Fein. Borsdorf. Apfelwein	36 Pf.	35 Pf.

Wurstwaren

*Rotwurst Pfd.	55, 85 Pf.	Landschinken ^{ca. 8-12 Pfd. schwer} Pfd.	1.45
*Jagdwurst Pfund	1.10	Mausschinken ^{ca. 2-3 Pfund schwer} Pfund	1.35
*Landleberwurst Pfund	1.00	Schinkenspeck ^{in Stücken von 1 1/2-4 Pfd.} Pfd.	1.20
*Pasteten-Leberwurst Pfund	1.15	Fetter Speck Pfund	90 Pf.
*Teewurst Pfund	1.30	Feines Halberstädter Würstchen ^{Dose 4 oder 6 Paar}	85 Pf., 8 Paar 1.70
Bauernmettwurst Pfund	1.25	Regensburger Würstchen ^{Dose 3 Paar}	85 Pf.
Zervelat- u. Salamiwurst Pfd.	1.35		
Rolischinken ^{ca. 6-8 Pfund schwer} Pfund	1.50		

*Fische

Kabeljau ^{ohne Kopf, in ganz. Fischen} Pfd.	12 Pf.	Tafellachs ^{in ganz. Fisch.} Pfund	58 Pf.
Schellfisch Pfund	14 Pf.	Lebende Aale ^{Pfund 60, 90 Pf.}	1.10, 1.25
Rotzungen Pfund	11, 18 Pf.	Leb. Krebse ^{Md. 30 Pf. bis}	4.00
Bratschollen Pfund	9 Pf.		

*Geflügel

Junge Gänse ^{Pfd.}	58, 68, 75 Pf.	Masthühner	2.75, 3.00
Gänserrümpfe	3.10 bis 4.60	Brat- u. Suppenhühner	1.40 bis 2.60
Junge Enten	1.30 bis 2.75	Junge Hühner	45 Pf. bis 1.40

*Wild

Wildschwein ^{Keule Pfund}	1.10	Rücken ^{Pfund}	85 Pf.	Blatt ^{Pfund}	75 Pf.
Rehwild ^{Keule von 5 Mk., Rücken von 6 Mk., Blatt v.}	1.70 an				

Gebrannter Kaffee

Mischung I	II	III	IV	V	VI	VII
Pfd. 1.28	1.45	1.55	1.65	1.75	1.90	2.10

*Obst u. Gemüse

Rot-, Weiss-, Wirsingkohl ^{Kopf}	6, 8, 10 Pf.	Ungar. Netzmelonen ^{Pfund}	17 Pf.
Spinat ^{3 Pfd.}	20, Salat ^{4 Köpfe}	Birnen ^{Pfd.}	12, 17, Kochäpfel 13 Pf.
Radishes ⁶	10, Mohrrüben ⁵	Augustiner Äpfel	Pfund 10 Pf.
Gurken Stück	4, 7, 12, 20 Pf.	Französ. Weintrauben ^{Pfund}	37 Pf.
Einlege-Gurken Mandel	28 Pf.	Saure Kirschen ^{mit Stiel Pfd.}	25 Pf.
Grüne Bohnen Pfund	9 Pf.	Gebirgs-Preisselbeeren ^{Pfd.}	27 Pf.
Kartoffeln 10 Pfund	32 Pf.	Johannisbeeren Pfund	15 Pf.
Maiskolben 5 Kolben	20 Pf.	Pfirsiche ^{Pfd.}	32, Reineclauden 27 Pf.
Melonen Pfund	13 Pf.	Blaue Pflaumen Pfund	20 Pf.

*Räucherwaren

Ahlbecker Fiudern ^{Pfd.}	40, 70 Pf.	Aale ^{Pfd.}	1.15, 1.50, Bund 40 Pf.
Kieler Fiudern Pfund	50 Pf.	Lachsstör Pfund	68 Pf.
Schleibücklinge ^{3 St.}	20, 2 St. 10 Pf.	Matjes - Heringe ^{St.}	10, 15, 20 Pf.
Sprottbücklinge Pfund	38 Pf.	Dose ca. 12 Stück Inhalt	2.25
Makrelen 2 Stück	25 Pf.	Gewürz Gurken ^{4 Liter-Dose}	1.35

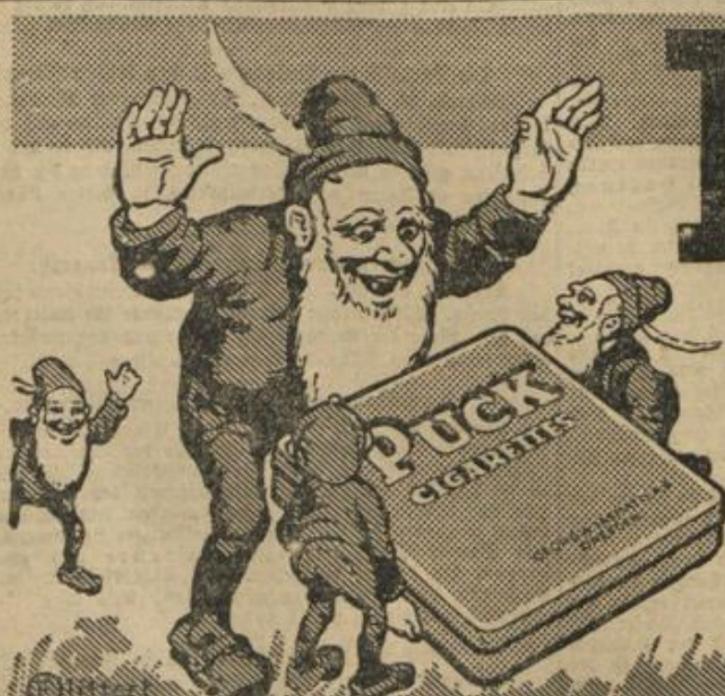
*Butter u. Käse

Kochbutter Pfund	1.03	Limburger Käse Pfund	38 Pf.
Tischbutter Pfund	1.10 u. 1.17	Romatour-Käse Stück	28 Pf.
Tafelbutter 1/4 Pfund-Paket	60 Pf.	Brie-Käse ^{vollfett} Pfund	78 Pf.
Schmalz Pfund	70 Pf.	Kuh- und Landkäse ^{2 Stück}	35 Pf.
Marmelade ^{leicht gefärbt Pfd.}	33 Pf.	Faust- und Spitzkäse ^{3 Stück}	25 Pf.
Holländer Käse Pfund	75 Pf.	Camembert-Käse Stück	20 Pf.
Bayrisch. Schweizerkäse Pfd.	88 Pf.	Harzer Käse 5 Stück	10 Pf.
Echter Emmenthaler Pfd.	1.10	Speise-Quark Stück	10 Pf.

Frische Blumen

nur Leipziger Str., König-Strasse, Rosenthaler Str.

Pteris ^{sehr dankbare Farbe} Topf	35 Pf.	Asparagus sprengeri	80 Pf.	Rosentöpfe ^{verschiedene Sorten} Topf	95 Pf.
Moostöpfe ^{hohe starke} Topf	30 Pf.	Asparagus plumosus	80 Pf.	Fuchsien ^{reich blühend} Topf	28 Pf.
Adiantum ^{stark} Topf	35 Pf.	Tradescantien ^{Hängepflanze} Topf	30 Pf.	Begonien ^{reich blühend} Topf	35 Pf.



PUCK

die neue
Qualitäts 3 Cigarette
mit Goldmundst. mit Hohlmundst. flach

GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE
CIGARETTENFABRIK

Was nun in Preußen?

Zur Massenstreikfrage schreibt uns Genosse Karl Stehnecht:

Rechte sind Form, aber noch kein Inhalt. Politische Rechte sind noch nicht politische Macht, nur mannigfach bedingte Machtmöglichkeit. Demokratische Verfassung heißt noch nicht Demokratie; noch weniger bedeutet demokratisches Wahlrecht zu einer gesetzgebenden Körperschaft — am Ende gar unter dem Zweikammersystem — Demokratie, nicht einmal im oberflächlichsten formalen Sinn.

Politische Rechte sind auch nur in ganz engen Grenzen Machtquellen, Mittel zur Erzielung von Macht, vielmehr im wesentlichen nur technische Mittel zur Durchsetzung bereits vorhandener Macht. Freilich zuweilen sehr wirksame technische Mittel zur Durchsetzung sonst politisch kaum nutzbarer gesellschaftlicher Macht. In der Hauptsache besitzen sie aber nur den Wert, den sie durch die zu ihrer Geltendmachung verfügbare Macht erhalten.

Liquidität der Macht, d. h. ihre jederzeitige Anwendungsbereitschaft, ist eine Sache von aktueller Wichtigkeit, am meisten in einer von kürmischen Klassenkämpfen durchwühlten Epoche. Da ist in der Tat Bereitschaft, d. h. Schlagfertigkeit, wie im Kriege, leicht genug „alles“.

Ein wesentlicher Teil der politischen Entwicklung besteht in der Verwandlung bloßer Machtmöglichkeiten in Machtwirklichkeiten und in der Umkehrung illiquider Macht in liquide, sowie im korrespondierenden umgekehrten Prozeß.

Den gesetzgebenden Körperschaften eignet besonders unter dem Zweikammersystem an sich nur eine geringe direkte, liquide Macht — ganz im Gegensatz zur Exekutive, zur Verwaltung, deren Wesen in der Verfügung über die staatlichen Zwangsmittel besteht, so daß ihrer Macht der höchste Grad von Liquidität, von jederzeitiger Realisierbarkeit innewohnt. Wo das Parlament zugleich eine oberste Verwaltungsinstanz ist, wie in England, vereint es in sich auch einen großen Teil der bereiten Machtfülle der Exekutive. Das bloße Budgetrecht, das formell das Recht zur Aufsicht über die Verwaltung einschließt, verleiht bei seinem indirekten Charakter nur ebensowenig liquide Macht, wie sie den außerparlamentarischen Faktoren zukommt, die für den politischen Budgetwillen des Parlaments jeweils sofort mobilisierbar sind. Al fresco: Die Verwaltung ist direkte politische Macht für sich, durch sich, die gesetzgebende Körperschaft und damit auch das Wahlrecht zu ihr noch nicht. Parla- mentäre nach Art der deutschen, deren geringe Zuständigkeit in der Hilfe des Zweikammersystems noch mehr oder weniger neutralisiert sind, bilden ein sehr unvollkommenes, verzwicktes Mittel zur politischen Ausnützung der vorhandenen außerparlamentarischen Kräfte und weisen gar oft eine verzweifelte Ähnlichkeit mit jenen tropischen Wäldern auf, in die gewaltige Ströme fließen, um als- bald zu verfaulen und zu verdunsten.

Unter dem deutschen Reichstagswahlrecht stehen gewiß sehr beachtliche außerparlamentarische Faktoren, aber deren Kraft, wie z. B. die der politischen Organisationen des Proletariats, in bereite politische Macht umzusetzen, ist heute noch ein überaus schwieriges Problem. So ist zwar das Reichstagswahlrecht, trägt nicht alles, genügend geschützt selbst gegen staatsrechtliche und auch gegen etwaige mit dem Raffinement der gesetzgeberischen Technik unter- nommene Ueberfälle. Aber die Macht des Reichstags und damit den Inhalt des Reichstagswahlrechts zu vermehren, das vermochten jene außerparlamentarischen Faktoren, von Seringsfügigkeiten abgesehen, vorläufig noch nicht; selbst Schwächungen des Reichstags- einflusses konnten sie zeitweilig nicht hindern. Eine gewisse Rückständigkeit in der Wertung selbst des verhältnismäßig radikalsten Reichstagswahlrechts ist danach begreiflich. Da indessen die Schwäche dieses Wahlrechts in der ausgedehnten Zuständigkeit der einzel- staatlichen Gesetzgebung und in der gewaltigen Macht der Exekutive des Reichs wie der Einzelstaaten beruht, da ferner die Macht der Reichsexekutive fast vollkommen aus der Macht der einzelstaatlichen Exekutive abgeleitet ist, und da die hemmenden Einflüsse vor allem in der Verfassung und Verwaltung Preußens und einiger preußi- scher Dependenz verortet sind, so folgt, daß jene Rückständigkeit mit grundsätzlicher Seringschätzung des parlamentarischen Wahl- rechts nichts zu tun hat. Sie schließt die Erkenntnis nicht aus, sondern ein, daß eine Umgestaltung der preußischen Verfassung im demokratischen Sinn auch die Erlösung des Reichstagswahlrechts und des Reichstages aus erstickender Umklammerung sein wird.

Umgestaltung der preußischen Verfassung in dem unschriebenen materiellen Sinne ist keineswegs gleichbedeutend mit bloßer demo- kratischer Reform des preußischen Landtagswahlrechts. Allerdings bedeutet, wie gezeigt, eine solche Reform immerhin eine Verbesse- rung der Technik zur politischen Verwertung der vorhandenen demo- kratisch verwertbaren Macht. Eine Erleichterung der Machtver- wirklichung, in manchem Betracht eine Verwandlung illiquider Macht in liquide und die Zerbrechung und Auflösung bisheriger liquider Macht. Da die Hauptsumme der bereiten politischen Macht jedoch gerade in Preußen, mehr wie irgendwo in konstitutionellen Staaten, bei der Verwaltung liegt und sich der gegenwärtige, schein- bar so beherrschende Einfluß des Dreiklassenhauses und des Herren- hauses, vor allem aber des ersteren, sich daraus erklärt, daß diese sogenannten Parlamente im wesentlichen Ausschüsse der staatlichen Exekutive und ihrer Auftraggeber darstellen, so muß ein Kampf um ernsthafte politische Machtverschiebung in Preußen in erster Linie ein Kampf um die Verwaltung sein. Konfliktperioden sind freilich bei der politischen Wandigkeit der großen Massen viel risi- kanter als vor 50 Jahren, und so bedeutet auch ein bloßes demo- kratisches Wahlrecht für das preußische Abgeordnetenhaus einen Strich um den Hals der junkerlich-militaristischen Bureaukratie Preußens. Das gilt um so mehr, weil ein erlämpftes politisches Recht mehr Machtmöglichkeit verleiht, als ein geschöntes oder bloß überkommenes; mindestens bei seiner Durchsetzung muß es Machtwirklichkeit gewesen sein; und ist es unter Entfaltung aller für und wider wirkenden Kräfte errungen, so trägt es, solange diese Kräfte sich nicht erheblich verschoben, zeitweilig den Stempel seiner Ab- stammung.

Gerade daraus aber und aus der ganzen politischen und sozialen Struktur Preußens ergibt sich wiederum als selbstverständ- lich, daß der preußische Wahlrechtskampf geführt wird gegen die jetzige preußische Verwaltung als die Preisfechterin ihrer eigenen Interessen und der gesamten hinter ihr stehenden Antidemokratie. Ohne ihre Niederwerfung kein Erfolg.

So ist der preußische Wahlrechtskampf seit je ganz von selbst statt eines bloßen Kampfes um die parlamentarische Methode der Machtdurchsetzung ein Kampf um die Macht selbst, zunächst um die der Exekutive, sodann aber auch um die Verschiebung der Macht- verhältnisse in den Positionen, die außerhalb der staatlichen Insti- tutionen liegen. Zudem ist, wie jeglicher Kampf, so in hervorragendem Maße ein Kampf von solch prinzipieller Bedeutung ein Wahl- kämpfer durch sich selbst.

Darüber sind im Grunde alle Genossen einig, gleichviel ob sie nun die Rolle des parlamentarischen Kampfes höher oder geringer werten. Es ist nicht nötig, in diesem Punkte einen Gegenjah zwischen Reformisten und Revolutionären zu konstruieren. Er besteht nicht. Zu meinen, daß es bei dem Wahlrechtskampfe um das Ganze der sozialen Revolution gehen müsse, daß es nur einen Kampf um die Macht, d. h. die gesamte Macht gebe, oder zu wägen, daß nur ein Teilkampf nach Art des belgischen, holländi- schen oder österreichischen in Frage stünde, sind gleichermaßen schäd- liche Klome. Allerdings muß an der Spitze jeder Erörterung über den Wahlrechtskampf die klare, in alle Konsequenzen durchzu- denkende Erkenntnis stehen: der preußische Staat ist so festgefügt, und das Dreiklassenwahlrecht mißsammt der bürokratisch-militä- ristischen Vorherrschaft, vor allem des Junkertums, bildet der- maßen den Grund- und Schrein dieses Staatswesens, daß es bei dem Wahlrechtskampfe notwendig nicht um ein kleines Bröckchen, son- dern um ein gewaltiges Stück Macht geht — auf Biegen oder Brechen; daß es in diesem Sinn „auf ganze“ geht.

Aus dieser Erkenntnis ergibt sich aber zugleich, daß es sich lohnt, den Wahlrechtskampf durchzukämpfen, koste es, was es wolle. Er ist ein Kampf nicht nur um ein großes Stück politischer Macht in Preußen und Deutschland, sondern auch — wenn man diesen Unter- schied anerkennt — um ein großes Stück wirtschaftlicher Macht. Wenn einige Genossen auf die Bedeutung der künftigen Zollkämpfe hingewiesen haben, so ist zu beachten, daß der Kampf um das preußische Wahlrecht seinem ganzen Charakter nach auf Nieder- werfung gerade der Kolonien und, wenn man will, Klassen aus- geht, die als Vampire an den Adern der Volkskraft saugen und ohne deren jetzigen gewaltigen Einfluß schon unser gegenwärtiges Zoll- und Steuersystem undenkbar wäre. Der preußische Wahl- rechtskampf ist also auch der beste Kampf gegen die Lebensmittel- teuerung, ein Schuß ins Schwarze der agrarischen Ventepolitik. Es handelt sich bei ihm aber weiter um alles überragende elementarste Interessen der gewerkschaftlichen Bewegung. Von der ungemeinen Wirkung der Wirtschaftspolitik auf die Gewerkschaften ganz zu schweigen; auf politischen Grundrechten baut sich der gewerkschaft- liche Kampf auf; Versammlungsrecht, Koalitionsrecht, Prechtrecht sind Lebensnerven der Gewerkschaften; die Klassenjustiz trifft die gewerkschaftliche wie die politische Bewegung in gleicher Schärfe; Polizei und Militarismus bedrohen und schlagen beide mit den gleichen niederdrückenden Schlägen, mit der nämlichen brutalen Gewalttätigkeit; Schule, Kirche, amtliche Jugendkorruption machen ebensowenig Unterschied. Der preußische Staat ist zudem der größte Arbeitgeber der Welt; der Wahlrechtskampf erhöht Steigerung des proletarischen Einflusses auf ihn als den größten Arbeitgeber der Welt, der zugleich der kleinste und arbeitserfeindlichste der Welt ist und ohne Demokratisierung seiner Verfassung nicht einmal zur Erfüllung der primitivsten Arbeiterforderungen angehalten werden kann. Und das Schicksal der preußischen Staatsproletarier ist gleich das Schicksal der deutschen Reichsproletarier sowie der Staatsproletarier in den übrigen deutschen Bundesstaaten und schließlich auch in hohem Maße bestimmend für die Lage der freien Arbeiterkraft. So gewinnt der Kampf um das preußische Wahl- recht gerade vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus eine geradezu grundlegende Wichtigkeit und eine ganz eminente Dringlichkeit.

Es erübrigt noch, daran zu erinnern, daß der Sturz und selbst eine erhebliche Schwächung der feudal-bürokratischen Reaktion in Preußen für ganz Europa die Befreiung von einem Abdruck heißen und weit durchaus nicht phantastische Aussichten auf eine Neu- orientierung der inneren und äußeren Politik der ganzen zivilis- ierten Welt eröffnen wird, ein Ziel des Schweißes und auch der Freiheit und des Blutes der Edelsten wahrlich wert. Das hohe Ziel verlohnt den höchsten Einsatz. Preußen ist in der Tat der archimedische Punkt, von dem aus eine ganze Welt der Nieder- tracht aus den Angeln gehoben werden kann und muß.

Aus der Periode des bloßen Geschehenlassens und Abwartens sind wir längst hinaus, endgültig. Wir können nicht mehr zurück oder anhalten, am wenigsten jetzt nach den Wahlen. Jandern wäre Stillstand, Stillstand Rückschritt. Die Zeit ist reif, überreif. Der Felsblock muß aus dem Wege — gerollt oder gesprengt!

Daß der preußisch-parlamentarische Weg nicht zum Ziele führt, ist seit langem Kinderweisheit. Mit Münchhausen macht man keine Politik. Der Versuch eines legislatorischen Eingriffs vom Reichstag aus wird natürlich fortzusetzen sein; er hat jedoch vorläufig nur propagandistischen Wert.

Stärkung der politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen Organisation, Steigerung der Aufklärung und Kampfbereitschaft innerhalb und außerhalb der Organisation sind noch keine Reih- chen der Machtausübung, sondern nur der Machtsammlung. Daß bloßes Vorhandensein der gesammelten Macht als eine stielige Drohung zur Durchsetzung von Forderungen und zur Abwehr von Angriffen wirkt, hat die innere Politik mit der auswärtigen gemein. Aber auch der Grad an Respekt, den eine solche Drohung findet, hängt ab von dem Grad der Möglichkeit ihrer Ausführung. Die antimilitaristische Propaganda und die Propaganda in der Beamtenschaft dient einer wesentlichen Schwächung der reaktionären Stellung, gehört aber auch noch mehr in die Kategorie der Machtsammlung. Straßendemonstrationen sind eine Mobilisierung der Massen zum Zweck des energischen Willensausdrucks, aber doch, von ihrer propagandistischen Wirkung abgesehen, auch nur eine Drohung; und mit Versammlungen — ihre agitatorische Kraft hoch in Ehren — kommen wir in der Wahlrechtsfrage schon längst nicht mehr weiter. Im Austritt aus der Landeskirche und im Boykott der Kircheneinrichtungen erblicken wir noch nicht genug geübte Machtausübungen, deren Wert nicht unterschätzt werden darf. Die Steuerverweigerung könnte theoretisch eine schneidige Waffe sein, ihre Durchführung heißt unter den heutigen Verhältnissen auf schier unüberwindliche Schwierigkeiten.

Selbstverständlich darf keines der bisherigen Kampfmittel über Bord geworfen werden. Aber sie reichen nicht mehr aus; wir brauchen neue zu neuem Kampf.

(Ein Schlußartikel folgt.)

24. Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Dritter Tag.

Karlsbad, 23. Juli 1913.

Die Diskussion über den Bergarbeiterschutz wird fortgesetzt mit der Uebersetzung der Rede

Duncan Macdonalds (Amerika): Unsere Schutz- gesetze sind zum Teil ganz gut, aber sie werden nur dort durch- geführt, wo die Organisation stark ist. In Kanada dürfen die Arbeiter zwar Inspektoren wählen, aber als sie einen Sozialisten wählen, besteuert ihn die Regierung nicht und ernannte einfach einen anderen. (Hört! hört!) Da die einzelstaatliche Gesetzgebung gegeneinander ausgespielt wird, fordern wir eine United-States- Gesetzgebung. In Inspektoren werden vielfach ganz unwissende Leute ernannt. Die Inspektoren müssen Kautions stellen, dafür, daß sie die Gesetze durchführen werden — da sie aber meistens

arm sind, stellen vielfach die Bergherren diese Kautional (Lebh. Hört! hört!) — Zuruf: Tammanyhall! Es besteht die Befürchtung, daß ein neues Gesetz, das in Illinois Arbeiterinspektoren einführt, vom Obersten Bundesgericht als ver- fassungswidrig aufgehoben wird. Die Kapitalkonzentration ver- stärkt den Widerstand des Kapitals gegen den Arbeiterkampf, popularisiert deshalb aber auch die Verstaatlichung der Bergwerke. — Da vielfach ganz ungelernete Arbeiter in die Zechen fahren, haben wir schon in einigen Staaten durchgesetzt, daß jeder Un- gelernete erst 2 Jahre unter einem Vollarbeiter lernen muß. Gerade die große Zahl der zu uns kommenden Ausländer zeigt uns den gewaltigen Wert der Arbeiterinternationale, die auch den europäischen Arbeitern sagen muß, was sie in Amerika er- wartet. (Großer Beifall.)

Reccier-Frankreich legt dar, daß die Schwäche der Orga- nisation die Durchführung der Inspektionsvorschriften vereitelt.

Die Resolutionen (vom Staat befohlene Arbeiterkontrollen, direkt und geheim gewählt, — Ausbau der Bergarbeiterschutz- gesetze) werden einstimmig angenommen.

Ermissionen.

Robert-Horsshire (England) begründet eine Resolution, die die Arbeitervertreter in den Parlamenten auffordert, für Gesetze einzutreten, die die Unternehmer daran hindern, während wirt- schaftlicher Streitigkeiten die Arbeiter aus ihren Häusern zu ver- treiben. — In Horsshire ist das System der Ermissionen am meisten geübt worden, besonders bei den Streiks auf Gadeby und Dambh, wo mitten im Winter zehntausende Arbeiterfamilien auf die Straße geworfen wurden; ihre Unterbringung war für uns höchst schwierig, wir müssen aber die Mitwirkung der Kirchen an- erkennen. Solche brutale Mißhandlung muß verboten werden, wenn das Parlament versagt, werden wir uns direkt helfen. Der angeblich unmögliche Minimallohn ist ja heute auch schon sanktio- niert (Beifall), so werden wir auch schließlich hier Erfolg haben müssen. (Lebh. Beifall.)

Bartels-Dortmund: Die sogenannten WohlfahrtsEinrich- tungen der Arbeiterwohnungen dienen allein der Wohlfahrt der Unternehmer. (Sehr richtig!) Die Rede unseres Bruders aus Großbritannien hat das wieder bewiesen; aber solche Brutalität kommt auch anderswärts vor, wenn auch weniger als in England; man fürchtet eben nach einem Hinabwurf der Arbeiter nicht mehr gegen Hände zur Arbeit zu bekommen. Die „Arbeitgeberzeitung“ (sürie) hat selbst noch vor einigen Jahren, daß die Errichtung von Arbeiterkolonien natürlich geschäftlichen Rücksichten entspreche. (Hört! hört!) Aber außer der Bindung der Koloniarbeiter ver- dienen die Zechen auch noch an den Werten diesel. Das hat die Zechen Dorffeld rundweg ausgesprochen. Unser Kampf gegen dieses Kafemattensystem gilt aber vor allem der Hemmung der Bewe- gungsfreiheit der Bergkolonisten. Arbeitsvertrag und Mietver- trag dürfen miteinander nicht verquidelt werden. Die Wohnungs- ordnung in den Bergkolonien steht vielfach einer Judikations- ordnung gleich. Man läßt sogar die Krankenkassenorgane (Kno- schenschaftsältesten) nicht in die Bergkolonien, wie es z. B. 1908 die Zechen Schamrock tat. Die gesundheitliche Mangelhaftigkeit der Bergkolonien ist bekannt, wenn auch einzelne Zechen bestritten, die Wohnungen so einzurichten, daß sich die Arbeiter in ihnen heimisch fühlen. Noch jetzt hat die Zechen Maximilian in Damm, Westfalen, erst jüngst Ermissionen wegen Lohnbewegung vorge- nommen. Die Einwohner müssen im Kolonienladen kaufen. Ein Drahtseil hält alle fremden Händler ab. (Hört! hört!) Fort mit der Horigkeit der Bergkolonisten, die ihnen sogar die Vektüre und die Deckung des Konsumbedarfs vorschreibt. (Lebh. Zustimmung.) Verlassen wir uns mehr auf unsere Kraft, als auf die Regierungen! (Lebhafter Beifall.)

Ebert-Oesterreich: Unser großer Streik 1900 hat uns die „Wohlfahrt“ der Bergkolonien kennen gelernt. Unser mehr als 50-jähriges Berggesetz gestattet, daß die Dienstordnung auch Bestimmungen über das bloße Arbeitsverhältnis hinaus enthalten darf. Ein späteres Gesetz gibt den Arbeitern zwar das Recht, die Dienstwohnung zu begutachten, aber die Bergbehörden halten sich stets an das Gutachten und die Wünsche der Bergherren. Drei- tägiges unentschuldigtes Fehlen ist ein Kündigungsgrund — also jeder Streik natürlich! Die Behörde bestatigt dieses „Recht“ der Unternehmer, die bei Streiks die Arbeiter deslogieren. Erst durch Prozesse müssen wir wenigstens eine Frist erlangen. Ueber die Verwendung der Bergkolonien als Erfassungsmittel gegen die Organisation, gegen Lohnforderung, gegen Abwanderung der Söhne der Kolonisten haben wir dieselben oder noch schlimmere Erfahrungen wie die Deutschen. Mehr als 30 Prozent der Berg- arbeiterfamilien wohnen in Bergkolonien, in den Steinofen- revieren noch mehr. Die Fessel der Bergarbeiter muß gebrochen werden! (Beifall.)

Quentin-Frankreich: Wir haben zwar keine Ermissionen, aber zur Gewissensreinigung der Arbeiter werden die Bergkolonien auch bei uns benutzt, man verbietet ihnen, Arbeiter- zeitungen zu halten, man zwingt sie in Anzin, ihre Kinder in derselben Grube arbeiten zu lassen. Wir stimmen also auch für die Resolution.

Mit einer minutenlangen stürmischen Ovation wird der Rührer der nordamerikanischen Bergar- beiterbewegung Mayer beim Betreten der Rednertribüne begrüßt. Die kräftige Gestalt ist gebeugt, das Gesicht Movers zeigt deutlich die Spuren des Grames und der Leiden, dieses von einer infamen Parteijustiz auf Denunziation ekleider, meinelidiger Judasse jahrelang unschuldig eingekerkerten Genossen.

Mover: Wir sind mit der Resolution vollständig einver- standen, wie überhaupt mit allen Forderungen der Bergarbeiter- internationale. Ich vertrete die Gewerkschaft der Erzbergarbeiter des Westens von Nordamerika und British Columbiens. Gerade dort sind die Arbeiter durch die Bergkolonien verflacht. Bei einem Streik dort, durfte ich Grubengebiet nicht betreten, da aber alles der Grube gehört, durfte ich mich nur auf dem Eisen- bahnhöfen bewegen, dort mußten die Arbeiter sich ver- sammeln, nur auf Eisenbahngelände konnte ich wohnen. Die Drohung mit der Ermission der Arbeiter brach schließlich den Streik. Technische Zustände sind auch in Vancouver und in der Union selbst. Mit vollem Herz sind wir bei dem Werk der Inter- nationale! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) — Mittagspause.

Dejardin-Belgien anhaltet die Bergkolonien genau so ein wie die Vorkredner, und schildert besonders ihre Verwendung zu katholisch-irrenden Terrorismus. Selbst beim letzten Wahl- rechtsgeneralstreik versuchte man es mit dem Einschüchterungs- mittel der Wohnungsfindungen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Regelung der Kohlenförderung.

Internationaler Sekretär Ashton gibt den Bericht des In- ternationalen Komitees. Der Amsterdamer Kongreß hat beschlossen, daß die nationalen Sekretäre Berichte und Vorschläge hierher ein- senden sollten. Das ist geschehen, die Berichte wurden gedruckt verhandelt. Am 28. Februar bis 1. März d. J. tagte das Inter- nationale Komitee in Brüssel und beschloß, daß alle Nationen zu- nächst eine internationale Einigung über Arbeitstag und Arbeits- wochen anstreben, für die Regelung der Kohlenförderung weiter- agitieren und durch ihre Sekretäre weiter: Berichte und Vorschläge zur Lösung dieser offenen Frage erstatten sollen.

Sachse-Deutschland beantragt, den Bericht ohne Debatte entgegenzunehmen, weil auch eine tagelange Debatte zu einem endgültigen Ergebnis nicht führen könnte. (Zustimmung.) — Der Kongreß beschließt die A.

Kollektivverträge und Minimallohn

wird auf Vorschlag Sachses verbunden.

Belgien beantragt: 1. Der Kongress fordert, daß durch die Gewerkschaften Kollektivverträge entweder nach Distrikten oder für ein ganzes Land abgeschlossen werden. — 2. Wir fordern den Minimallohn für die Untergrundsarbeiter auf dem Wege der Beschäftigung oder der Kollektivverträge.

Frankreich: Gerade wir hätten Kollektivverträge am allermeisten und ohne den christlichen Berrat von 1912 hätten wir sie auch erreichen können. Die Unternehmer behaupten, daß nur der Affordlohn die Arbeitsleistung sichere. Aber England beweist das Gegenteil. Unsere Gesetzgebung hält sich von jeder Einmischung in den Arbeitsvertrag fern — im Interesse der Unternehmer tut das derselbe Staat, der doch selbst Mindestlöhne für seine Arbeiter und Beamten festsetzt. Gerade die niedrigen Löhne und der Umstand, daß sie schwanken und unter jedes Maß gedrückt werden können, steigern die Unfall- und Krankenlöhne im Vergleich über die Zahlen bei allen anderen Berufen heraus. Von Jahr zu Jahr sinkt die Lebensdauer und Dienstzeit der Bergarbeiter. Tarifverträge würden den Lohndruck bei abflauernder Konjunktur hindern, betrug er doch im Ruhrrevier 91 Millionen M. (Dört! Dört!) Die Arbeitsordnung im Ruhrrevier bestimmt, daß bei Nichterfüllung über das Bedingte dem Arbeiter zwei Drittel des letztmonatigen Durchschnittslohn gezahlt wird — also eine Strafe für Nichterfüllung, ein Hohn auf den Mindestlohn. Als Sachse und Lur beim Kaiserreich im Reichstag die Bestimmungen forderten, daß Tarifverträge zu schließen seien, da verteilten die Zentrumsarbeiter ihre alle Forderungen und stimmten dagegen! Wir konnten aber doch einen gewissen Minimallohn durchdrücken. — Man klagt über den Geburtenrückgang. Möge der Staat, der mehr Soldaten braucht, für angemessene Arbeiterlöhne sorgen! (Beifall.)

Sachsen: Belgien tritt für die Anträge ein. Die Minimallohnfrage steht augenblicklich im Vordergrund des Interesses. Die belgischen Löhne sind sehr niedrig, das hat das Handelsamt 1905 selbst festgestellt. In Frankreich sind sie 25 Prozent, in Deutschland 37 Prozent und in England 48 Prozent höher wie in Belgien bei allen Arbeitern, und eine entsprechende Progression gibt es auch für die Lebenshaltung. Wir haben also die Festsetzung der Minimallohne besonders nötig.

Österreich (Weißbühnen): Vieles von dem, was die Vorrede sagt, trifft für uns besonders zu. Auch unsere Unternehmer sagen, daß die Vergleiche Tarifverträge nicht halten würden und Minimallohn könnte es nur bei normaler Arbeitsleistung geben. Das aber sollen die Unternehmer einseitig festsetzen, wie sie es jetzt tun, denn das einzige Recht des österreichischen Bergarbeiters ist, bei Nichterfüllung über das Bedingte in 14 Tagen zu gehen. 70 Prozent all unserer Streiks sind Streiks gegen Lohnminderung oder Kämpfe um den versprochenen Lohn. Unsere Bergarbeiter sollen schlecht sein. Warum läßt man sie mit hohen Ausgaben für Deutschland und Amerika anwerben? (Sehr gut!) Wir haben jetzt wenigstens 14tägige Lohnauszahlung, freies Gewerbe und Gerechtigkeit, Verbot gewisser Abzüge und Einrechnung der Auszahlungsdauer in die Schlichtzeit erreicht, aber obwohl das Gesetz seit acht Monaten in Kraft ist, müssen wir überall um seine Durchföhrung kämpfen. Der Minimallohn hat für uns leider zurzeit nur prinzipielles Interesse, wir stellen aber mit Freude fest, daß unsere britischen Brüder ihm die Wage geneigt haben. (Lebhafter Beifall.) Gegen jede Lohnforderung haben wir das geschlossene Wärgertum gegen uns mit den Unternehmern. In Österreich würde man den delegierten (exmittierten) Streikenden nicht die Kirchenporte öffnen, — nein, man würde sie mit den Bonjotten der Gendarmen verteidigen. (Lebhaftes Gehe woher!) — **Jurufe:** In Deutschland auch! In Holland auch! Der Produktionsgewinn der Unternehmer liegt von 1907 bis 1910 von 60,36 Prozent auf 82,55 Prozent des Produktionswerts im Reichsdurchschnitt! — Wir wissen sehr wohl, daß auch unser Parlament erst dann eine Rechnung tragen wird, bis wir, wie die Engländer, stark genug sind, das ganze Wirtschaftsleben lahmzulegen. (Lebhafter Beifall.)

Der Kongress verlag die Weiterberatung auf morgen, Donnerstag, früh.

Siemens & Halske gegen den Tarifvertrag.

Verrat der Lokalfisten. — Die „Berliner Volkszeitung“.

Am 27. Juni berichteten wir über eine Versammlung des Zimmererverbandes, die sich mit tarifwidrigen Zuständen und Maßregelungen auf dem von der Firma Siemens u. Halske ausgeführten Bau der Untergrundbahn, Straße Müllerstraße, beschäftigte. Eine weitere Folge dieser Versammlung war eine von der Lokalforganisation abgehaltene Versammlung, worüber die „Berliner Volkszeitung“ am 3. Juli einen Bericht brachte. Dieser Bericht wird auf Seiten des Verbandes der Zimmerer als so tendenziös entstellt bezeichnet, daß es der Verbandsleitung notwendig erschien, in einer am Mittwoch abgehaltenen Mitglieder-versammlung den wahren Sachverhalt im Zusammenhang darzulegen. Der Vorsitzende der Berliner Zählstelle des Zimmererverbandes, Genosse Witt führte hierzu folgendes aus:

Die Vorgänge auf dem Bau der Untergrundbahnstraße Müllerstraße bedürfen im Interesse unseres Berufs sowie der Arbeiterbewegung einer nochmaligen Klarlegung, um so mehr, als die „Berliner Volkszeitung“ aus Anlaß einer von etwa 120 Personen besuchten Lokalfistenversammlung einen Bericht veröffentlicht hat, der an Verberchungen und Entstellungen nichts zu wünschen übrig läßt. Ich habe der „Berliner Volkszeitung“ nie viel Arbeiterfreundlichkeit zugetraut, aber daß sie einen so entstellten Bericht in die Welt setzen würde, hätte ich nicht erwartet. Sie hat damit der organisierten Arbeiterbewegung einen schlechten Dienst erwiesen und sich in die Reihen der schlimmsten Hetz- und Skandalblätter gestellt. Die „Berliner Volkszeitung“ hat durch ihren Bericht nicht nur die tarifwidrigen Zustände bei der Firma Siemens u. Halske aufgezeigt, sondern sie hat auch den schweren Verrat, den die Lokalfisten an den Verbandsmitgliedern verübt haben, beschönigt. Demgegenüber müssen wir klarstellen, daß es sich auf dem genannten Bau um nichts anderes gehandelt hat, als von der Firma Siemens u. Halske daselbst zu verlangen, was alle Unternehmer unseren Kameraden gegenüber laut Tarif zu erfüllen haben. — Am 22. Mai wurde uns mitgeteilt, daß

die Firma Siemens u. Halske den Tarif nicht innehält und daß auch sonst noch Mißstände auf der Baustelle bestehen. Wir haben an Ort und Stelle festgestellt, daß diese Angaben zutreffen und haben den bauleitenden Ingenieur ersucht, Abhilfe zu schaffen. Es wurde uns versprochen, daß die tarifliche Arbeitszeit eingeföhrt werden soll. Sonst aber ist im großen und ganzen an den tarifwidrigen Zuständen nichts geändert. Da eine Abhilfe an Ort und Stelle nicht möglich schien, besprachen wir die Mißstände am 25. Juni in einer Verbandsversammlung. Eine Resolution wurde angenommen, welche das tarifwidrige Verhalten der Firma beurteilt und den Magistrat ersucht, die Firma zur Innehaltung des Tarifs zu bewegen. — Am 27. Juni hat der „Vorwärts“ über diese Versammlung berichtet. Daß unsere Angaben über die Mißstände auf dem Bau den Tatsachen entsprechen, wird dadurch bewiesen, daß die Firma Siemens u. Halske

unseren Angaben öffentlich nicht widersprochen hat. Aber sie hat in anderer Weise auf unsere Versammlung reagiert. Zwei unserer Kameraden wurden plötzlich entlassen, gleichzeitig aber vier andere Zimmerer eingestellt. Arbeitsmangel tonn also nicht der Grund der Entlassung. Wir forderten vom Polier die Wiedereinstellung unserer Kameraden. Er verweigerte sie und sagte, der Tarif gehe ihm nichts an; er habe es so eingerichtet, daß nicht zu viele Verbandsmitglieder eingestellt

werden, damit sie nicht in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hineinreden. Nach dem Grunde der Entlassung befragt, gab der Polier an, der eine der Entlassenen habe einen losen Mund gehabt und der andere habe das Material zum Vortrage in der Versammlung geliefert.

Am 2. Juli hielten wir eine Versammlung der auf der Baustelle beschäftigten Zimmerer ab. Von den 60 Beschäftigten erschienen 54. Von den dort Beschäftigten gehörten etwa zwei Drittel der Lokalforganisation an. Ein Drittel sind Verbandsmitglieder, auch sind noch einige Unorganisierte beschäftigt. Die Versammlung sprach die Meinung aus, daß die Kameraden ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit verpflichtet sind, gegen die Mißstände Front zu machen und gemeinsam dafür einzutreten, daß unsere beiden gemäßigten Kameraden wieder eingestellt werden. — In der vorhergegangenen Diskussion sagte ein Lokalfist, unser Vorgehen bei Siemens u. Halske sei nur eine Stänkere. Weisel, der ehemalige Geschäftsführer der Lokalfisten erklärte, von Mißständen bei Siemens u. Halske sei ihm nichts bekannt; er lehne jede Solidarität mit uns ab, weil der Verband vor Jahren beschlossen habe, daß seine Mitglieder mit Lokalfisten nicht zusammenarbeiten sollen. Klaman, der Vorsitzende der Lokalfisten, erklärte sich damit einverstanden und sagte, wenn Witt nicht zurücknimmt, was er bei der Tarifbewegung 1912 sagte, nämlich, daß die Lokalfisten nicht als Arbeitsbrüder zu betrachten sind, und wenn Witt nicht verspricht, daß kein Terrorismus gegen die Lokalfisten geübt werden soll, dann können diese sich nicht mit den Verbandsmitgliedern solidarisch erklären.

Darauf habe ich erklärt: Eine Resolution, welche die Verbandsmitglieder verpflichtet, nicht mit Lokalfisten zusammenzuarbeiten, hat der Verband nie beschlossen. Meine Bemerkung am 6. November 1912, daß nur der als Arbeitsbrüder zu betrachten ist, der dem Verbandsangehörig, war durchaus angebracht. Sie ist so gemeint, daß wir alle in eine Organisation gehören. Die sogenannten Terrorismusfälle werden von den Lokalfisten sehr stark übertrieben. Weisel ist gar nichts daran oder die Schuld liegt auf beiden Seiten. Oft werden auch unsere Kameraden von den Lokalfisten provoziert. Doch auf das alles kommt es jetzt nicht an, hier handelt es sich nur darum, daß wir gegen bestehende Mißstände auf der Baustelle gemeinsam vorgehen. — Als es in der Versammlung zur Abstimmung kam, stimmten für die Wiedereinstellung der beiden Gemäßigten nur die Verbandsmitglieder. Die Lokalfisten enthielten sich der Abstimmung. Die Wahl einer Kommission, welche beim Baumeister vorstellig werden sollte, kam nicht zustande, weil die vorgeschlagenen Kameraden fürchteten, gemahregelt und dann von den Lokalfisten im Stich gelassen zu werden. Die Versammlung war damit einverstanden, daß ich zum Baumeister gehen sollte. — Die Lokalfisten hatten also ihr Ziel, ein einmütiges Vorgehen auf der Baustelle zu hintertreiben, erreicht. Aber sie gingen noch weiter.

Als ich tags darauf den Baumeister der Firma Siemens u. Halske aufsuchte, wurde vor mir Weisel zu ihm gelassen. Nachdem er eine Stunde mit dem Baumeister verhandelt und sich entfernt hatte, wurde ich vorgelassen. Ich trug die Forderungen unserer Kameraden vor. Darauf erklärte der Baumeister:

Die Firma Siemens u. Halske erkennt den Tarif grundsätzlich nicht an. Den Tariflohn von 80 Pf. zahlt sie aus freiem Willen. Die Firma lehnt es ab, Zuschlag für die Nacharbeit zu zahlen; sie läßt sich über die Arbeitszeit keine Vorschriften machen und kann auch nicht davon abgeben, daß der Lohn für vier Tage stehen bleibt, die Arbeitsordnung muß von allen Beschäftigten unterschrieben werden. Auch die Wiedereinstellung der Entlassenen wird abgelehnt.

Ich machte den Baumeister darauf aufmerksam, daß wenn er den Tarif nicht anerkenne, er damit rechnen müsse, daß die Zimmerer mehr als den Tariflohn verlangen. Der Baumeister antwortete mir: Damit werden sie kein Glück haben. Ich habe eben mit Weisel verhandelt, der hat mir namens der Lokalfisten versichert, daß sie mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen durchaus zufrieden sind und dieselben als durchaus gut und einwandfrei betrachten.

„Dem Verlangen des Verbandes,“ sagte der Baumeister, „kann ich nicht stattgeben, ich werde noch mit denen sprechen, die Sie als wilde bezeichnen. Die werden sich gewiß mit den Lokalfisten einverstanden erklären, also ist die Mehrheit zufrieden.“

Damit war unsere Verhandlung zu Ende. Die Haltung des Baumeisters war, wie ich in einer Bauerversammlung am 4. Juli erklärte, die richtige Antwort auf das schlappe Verhalten der Lokalfisten. Wenn alle auf dem Bau Beschäftigten einig gewesen wären, dann wäre das Resultat ein anderes gewesen. Es ist ein Skandal, daß die Leute, die immer so radikal tun, uns wie Hinzbrüder in den Rücken fallen und Arbeiterverrat in höchster Vollendung treiben. Das haben wir den Lokalfisten in der Bauerversammlung gesagt, wo aber nur drei von ihnen anwesend waren. Auch dort erklärten die Lokalfisten wieder, für die Wiedereinstellung unserer würden sie eintreten, aber nicht für die Wiedereinstellung unserer entlassenen Mitglieder. Ich ließ nun diese Forderung fallen, um ein gemeinsames Vorgehen zur Beseitigung der Mißstände zu ermöglichen. Darauf erklärte Klaman, der Vorsitzende der Lokalfisten, sie müßten über diese Angelegenheit einen Beschluß ihrer Mitglieder herbeiföhren. Ich sagte: Warum sind eure Mitglieder nicht hier? Warum habt ihr sie abkommandiert? Hier hätten sie doch beschließen können. Nun gut. Laßt eure Mitglieder in einer neuen Versammlung beschließen und teilt uns den Beschluß mit.

Am 7. Juli bekam ich dann einen Einladungszettel zu einer von den Lokalfisten einberufenen öffentlichen Zimmererversammlung. Ich ging hin. Weisel als Referent sang ein Loblied auf die Firma Siemens u. Halske und ihren Polier und bezeichnete den Bericht des „Vorwärts“ über unsere erste Versammlung als ein Lügengewebe; Mißstände existierten auf dem Bau überhaupt nicht. — Demgegenüber habe ich meine Angaben aufrecht erhalten und mitgeteilt, daß der Polier schon wieder zwei Verbandsmitglieder entlassen hat, weil sie in der Bauerversammlung für die Wiedereinstellung der Gemäßigten eingetreten sind. — Das Lokalfistenblatt „Die Einigkeit“ sagte am 5. Juli, in solchen Fällen zwingt man den Unternehmer durch die Sperre zur Anerkennung der Arbeiterforderungen, aber die Verbändler hätten sich durch ihre Tarife diesen Weg verlegt. Nun habe ich den Lokalfisten in der Versammlung am 7. Juli erklärt: Wir sind bereit den Bau zu sperren, es liegt an Euch, einen dahingehenden Beschluß zu fassen. Darauf bemerkte Klaman: Was der Verband erkläre, sei ihm nicht maßgebend, wegen der schlechten Konjunktur sei ein Vorgehen gegen die Firma ausgeschlossen. — Die Versammlung nahm zwei Resolutionen an. Die eine billigt das Verhalten von Weisel und Klaman, die andere stellt der Firma Siemens u. Halske ein Vertrauensvotum aus und beurteilt die Maßnahmen des Verbandes sowie den Bericht des „Vorwärts“. — Damit war die Komödie der Lokalfisten zu Ende.

Für uns handelt es sich jetzt darum, die verätherische Handlungsweise der Lokalfisten an den Pranger zu stellen und denen von unseren Kameraden die Augen zu öffnen, die noch glauben, sie müßten bei der Tarifbewegung Rücksicht auf die Lokalfisten nehmen. Denn wir jetzt eine verzögerte Zeit hätten, die Loka-

listen würden uns in unseren Lohnbewegungen gewiß nicht unterstützen. Sie würden unseren Kampf illusorisch machen. Der Vortag bei der Untergrundbahn beweist das.

Das Bestreben, ihre Sonderorganisation zu erhalten, treibt die Lokalfisten in die Arme der Unternehmer und zum Streikbruch.

Gewerkschaftlich sind sie nichts mehr. Ihr Kampf richtet sich nicht gegen das Unternehmertum, sondern nur gegen den Verband und die Arbeiterbewegung im allgemeinen. Das hat auch ihr Vorgehen bei der Untergrundbahn gezeigt.

Den Darlegungen des Referenten folgte eine längere Diskussion, in der allseitig der Bericht der „Berliner Volkszeitung“ über die Lokalfistenversammlung als ein tendenziöses Nachwort bezeichnet wurde, dem alle sachlichen Momente fehlen, während Nebenächlichkeiten in erkennbarer Absicht breitgetreten werden.

Aus Industrie und Handel.

Differenzen zwischen Hapag und Lloyd.

Zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd scheiden seit einiger Zeit erhebliche Unstimmigkeiten, über deren Ursachen die bürgerliche Presse berichtet: Bekanntlich haben beide Reedereien die Beteiligung, die ihnen für das deutsche Auswanderergeschäft vom allgemeinen nordatlantischen Dampferpool zugeteilt worden ist, so untereinander verteilt, daß auf den Lloyd 57 Proz., auf Hamburg-Amerika-Linie 43 Proz. der deutschen Beteiligung entfallen. In dieser Quote ist auch seit Jahren bei den Verhandlungen zur Erneuerung des allgemeinen Pools nichts geändert worden. Inzwischen stellt aber die Hamburg-Amerika-Linie die Dampfer der Imperator-Klasse in Fahrt, und sie hat daher ein großes Interesse an einer Erhöhung der Quote, wogegen sich der Lloyd ablehnend verhält. Die Differenzen zwischen dem Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie haben aber auch auf den allgemeinen Pool übergehört. Dieser wurde am 18. Oktober 1911 auf fünf Jahre bis zum 28. Februar 1916 verlängert. Durch den Austritt der Canadian-Pacific-Bahn aus dem Pool ist der Pool aber auf eine andere Grundlage gestellt worden, in der alle Beteiligten darüber übereingekommen sind, den Pool bereits mit Ende dieses Jahres aufhören zu lassen. Nun ist man mit den Erneuerungsverhandlungen beschäftigt, die durch die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden deutschen Reedereien beeinträchtigt werden. Die Verhandlungen zwischen Hapag und Lloyd sind bis jetzt ohne Ergebnis geblieben und augenblicklich auf dem toten Punkt angelangt. Eine dritte Quelle der Unstimmigkeiten ist die Frage der atlantischen Dampfer-subsidienten. In dem letzten Jahresbericht hat sich der Verein Hamburger Reeder, dessen Vorsitzender Generaldirektor Wallin vom Hapag ist, sehr scharf gegen solche Subventionen ausgesprochen, weil ohne sie die übrigen Schiffsahrtsgesellschaften konkurrenzfähiger würden. Es ist nun möglich, daß die Hapag den Lloyd bei der Reichsregierung „unterbieten“ hat und bei gleichem Verpflichtungen geringere Subventionen fordert als der Lloyd.

Die Lage des Eisenmarktes zeigt recht deutlich die Konjunkturabschwächung. Natürlich sind die Werke bemüht, diese Lasten zu verschleiern, um möglichst lange die Preise zu halten. Dieses Bemühen tritt auch in den Mitteilungen des Stahlwerksverbandes über die Geschäftslage hervor. Es heißt dort: Das Inlandgeschäft in Halbzeug hat seit dem Juniende eine Besserung nicht erfahren. Der Absatz ist infolge des schwächeren Geschäftsganges bei den Halbzeugverarbeitern und wegen der Inventurarbeiten etwas ruhiger. Auf dem Exportmarkt ist die Preisbewegung nach unten zum Stillstand gekommen. Es konnten sich sogar geringere Aufbesserungen durchsetzen. Auch zeigt sich mehr Kaufkraft. In schwerem Oberbaumaterial wurde der Bedarf der preussischen Staatsbahnen für das Etatsjahr 1914 an Schienen, Schwellen und Kleinschienen den Werken überschrieben. Von Seiten der württembergischen Staatsbahnen ist ein zweiter Nachtrag für 1913 überwiesen worden. Die mecklenburgische Staatsbahn hat ihren Bedarf für das Etatsjahr 1914 in Auftrag gegeben, der den vorjährigen übersteigt. Auf dem Auslandsmarkt in schweren Schienen haben in der letzten Zeit, entsprechend der allgemeinen Weltmarktlage, die Anfragen nach neuen Käufen etwas nachgelassen. In Grubenschienen ist der Absatz auf die gewöhnlichen Abflüsse noch zufriedenstellend. Im Ausland wirkt der belgische Wettbewerb nachteilig auf die Preisbildung ein. Das Nillenschieneengeschäft ist noch befriedigend, und die Werke sind sehr gut besetzt. Im Ausland macht sich neuerdings die belgische und englische Konkurrenz bemerkbar. In Formeln (Inland) herrscht infolge der bekannten ungünstigen Verhältnisse auf dem Weltmarkt weiter Zurückhaltung. Wenn trotzdem in den ersten 20 Tagen dieses Monats der Spezifikationseingang höher war als in der gleichen Vorjahreszeit, so beweist dies, daß vorläufig der Bedarf immer noch etwas größer ist als die Kaufkraft. Im Ausland liegen die Verhältnisse ähnlich. Auch hier herrscht infolge der allgemeinen Abschwächung des Marktes und der durch den Wiederausbruch der Balkanwirren hervorgerufenen erneuten Verunsicherung wenig Neigung für Käufe auf längere Zeit.

Gerichts-Zeitung.

„Kintopp-Kinder“.

Dieses bezeichnende Wort wurde gestern in einer Verhandlung geprägt, in welcher es sich wieder einmal um die Zuerkennung von Kinderauslagen handelte. Wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit im Sinne des § 176,3 Strafgesetzbuches von der früheren Kinematographen-Theaterbesitzer Willi Burkstein und der Drehorgelspieler Gustav Nibel vor der 4. Ferienstrafkammer des Landgerichts I angeklagt.

Der Angeklagte Burkstein betrieb längere Zeit ein gutgehendes Kinematographen-Theater in dem Stadtteil Neukölln. Da es ihm schon wiederholt aufgefallen war, daß sich der Angeklagte Nibel, der das Theater häufig besuchte, in auffälliger Weise an verschiedene Schulmädchen herandrängte, gab er auf N. besonders scharfe Obacht. Eines Nachmittags sah er den Beschäftigten ab, als er mit drei Schulmädchen den Abortraum aufsuchte und sich an ihnen vergangen hatte. Nibel wurde daraufhin einige Tage später verhaftet. Die B. behauptet, muß es ihm wohl in der Zwischenzeit verhaftet. Die B. behauptet, muß es ihm wohl in der Zwischenzeit verhaftet. Die B. behauptet, muß es ihm wohl in der Zwischenzeit verhaftet.

In der getrigen Verhandlung verwickelten sich die als Zeugen vernommenen beiden Schulmädchen in harte Widersprüche bezüglich der dem Angeklagten Burkstein zur Last gelegten Straftaten. Die Vernehmung der Sekretin der jugendlichen Hauptbelastungsgenau ergab, daß diese ein vollständig verlogenes Kind ist, welches schon mehrmals in raffinierter Weise Entschuldigungsgeleite geschickt hat und trotz des Alters von 13 Jahren noch in der dritten Klasse ist. Ferner ergab es sich, daß der Mutter des Mädchens das Erziehungsrecht entzogen worden war und daß das Mädchen an anderen Personen wiederholt betätigt gemeine Worte gebraucht hatte, daß ein alter Baumeister dabei erötten würde. Der Staatsanwalt beantragte gegen Burkstein 8 Monate und gegen den geländigen Angeklagten Nibel 10 Monate Gefängnis. Für den geländigen Angeklagten machte Rechtsanwalt Dr. Puppe geltend, Angeklagter Burkstein mache Rechtsanwalt Dr. Puppe geltend, daß es sich hier um echte Kintopp-Kinder handele, auf deren widerrechtlich ausgesprochenen Aussagen hin ein bisher unbescholtener und längend beleumundeter Mann unbillig verurteilt werden wolle. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte gegen Burkstein auf Freisprechung, Nibel wurde auf Grund seines Geständnisses zu 8 Monate Gefängnis verurteilt.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Frankfurter Viertel. Bezirk 384 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Vater
Friedrich Makuth
Barnimstraße 13
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 26. Juli, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Krankenhauses im
Friedrichshain, Eingang Birchow-
straße, aus auf dem Bartholomäus-
kirchhofe in Weigensee, Hatten-
berger Weg, statt.
Um rege Beteiligung wird er-
sucht.

Stralauer Viertel, Bezirk 203.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Schwiegervater
Albert Schäfer
Lange Straße 52
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
215/18 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
Am 19. Juli verstarb unser
Vatergenosse
Otto May
Knefbeckstraße 7, 12. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 25. Juli, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, auf dem Neu-
köllner Gemeinde-Friedhofe, Wa-
riendorfer Weg, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Schloffer
Joh. Höhne
Tuchener Str. 132, am 22. Juli
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 26. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Hohemann-Kirchhofes,
Korben, aus statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Klempner
August Vogt
Bielefeldstraße 11, am 20. Juli.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 26. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Hohemann-Kirchhofes
in Wlöhensee aus statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Schloffer
Franz Dittig
Siemensstr. 11, am 23. d. M. an
Husten.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 27. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Hohemann-Kirchhofes in
Wlöhensee aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
192/12 **Die Ortsverwaltung.**

Dom von Mailand,
das größte Raubdiebstahlverbrechen
der Welt, ist vom 26. Juli ab im
Restaurant zur alten Spree-
terrasse, Jannowitzbrücke, aus-
geführt. Verfertigungzeit 7 1/2 Jahr.
Eintritt für Erwachsene 20 Pf.
Kinder 10 Pf. 16255

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Am 23. Juli starb unser Mit-
glied, der Maurer
Karl Raeke
(Bezirk Südost.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 26. Juli, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Emmaus-Kirchhofes in Neukölln,
Dermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
143/18 **Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten hiermit die trauernde
Nachricht, dass mein lieber Mann
und guter Vater, der Maurer
Karl Raeke
am 23. Juli nach langen, schweren
Krankheiten im 57. Lebensjahre ver-
storben ist. 6671
Dies zeigen tiefbetrübt an
Ernestine Raeke,
geb. Wörten, nebst Kinder.
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 26. Juli, nachmittags
4 Uhr, von der Halle des
Emmaus-Kirchhofes, Dermannstr.,
aus statt.

**Zentral-Kranken-Unterstützungs-
verein der Schmiede**
und verw. Gewerbe Deutschlands.
Zahlstelle Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege
Eduard Mielke
Blüdenowstr. 1
gestorben ist. 287/15
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 25. Juli, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des städtischen Friedhofes, Brüder-
straße, Ecke Seestraße, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Tischler
Ernst Starck
Gennigsdorfer Str. 37
im Alter von 35 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 25. Juli, nachmittags
3 1/2 Uhr, von der Halle des Ge-
meinfriedhofes, Seestr., aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
86/8 **Die Ortsverwaltung.**

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzspenden bei
der Beerdigung meiner lieben Frau
und unserer guten Mutter sagen wir
allen Verwandten und Bekannten,
insbesondere den Arbeitern und Ar-
beiterinnen der Beisefabrik und den
Bewohnern des Hauses Köpenicker
Str. 160 unseren herzlichsten Dank.
Stanislaus Dolata.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig **Paul
Gross.** Lindenstr. 69, Tel. 241. 7203.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 25. Juli 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Bummelmädchen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern (Kroll). Die Kletter-
finger von Nürnberg.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Fort der Jagd zum
Bakmann.
Deutsches Schauspielhaus. Der
gute Ruf.
Schiller O. Stella maria.
Berliner. Himmler.
Dalia. Puppen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Dresdener Sittoria-
Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Komödienhaus. Hochherzogliche
Wohnungen.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Des Harnermädchens.
Lustspielhaus. Der lustige Kater.
Kose. Tagebuch einer Verlorenen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Schiffsbrüder.
Theater am Kollendorferplatz.
Der Mann mit der grünen
Maske.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Führt in
St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Neukölln

Sonntag, den 27. Juli 1913, in Baumschulenweg, Königsheide,
direkt hinter der Brücke vom Verbindungskanal, an der Forsthaus-Allee rechts:

Großes Waldfest

Belustigungen und Spiele aller Art für Erwachsene, Jugendliche und Kinder
unter Leitung des Spielausschusses.

Im Walde zu haben: Brauselimonaden, Selter, Malzbier, Bananen, Würstchen usw.

Große Verlosung nur praktischer Gegenstände
Kinder erhalten gratis Konfekt. 287/11

Abmarsch mit Musik pünktlich 1 Uhr vom Hertzbergplatz.
Bei Eintritt ungünstiger Witterung findet das Fest seinen Abschluss in
Bartschs Festsälen, Neukölln, Hermannstraße 49.

Beteiligungskarten a 10 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Lokalen und den bekannten
Stellen zu haben. **Jugendheim Neukölln.**

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gute Ruf.

200
LOGISCHER
GARTEN
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert.**
Eintritt 1 Mark,
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Voigt-Theater
Kabarett 58.
Heute sowie täglich:
Die schöne Melusine.
Volksstück mit Gesang u. Tanz v. Sach.
Volks. neue Spezialit. 1. Dinges.
Hoffmann. 10 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
Voranzeige. Dienst. 5. Aug. Benefiz
Gebra. Daß: Der Verschwenker.

Berliner Prater-Theater
7-9 Kakanien-Allee 7-9.
Täglich:
Das Bummelmädchen
Gr. Lustspiel, in 4 Akte v. R. Dege
Rust von Hirsch und Schreyer.
Erstausf. Spezialitäten. Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 35 Pf.

Admiralspalast
Einz. Eispalast der Welt
mit prunkvollen Eisballetten.
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich
Flirt in St. Moritz.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Sachse-Oper
Schiller-Theater O. Theater.
Geschlossen.
Sonntag 8 Uhr: Uraufführung:
Monna Vanna.
Kroll-Oper
7 1/2 Uhr:
**Die Meistersinger
von Nürnberg.**
Sonntag: **Lohengrin.**

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund
und G. Dionisotti.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schnitz.
Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 und Belferstr. 20/25.
Täglich: **Konzert, Theater und
Spezialitätenvorstellung.**
Unsere Don Juans.
Vollst. mit Gesang u. Tanz in 4 Akten.
Dazu: **Erstausf. Spezialitäten-
programm.** Anfang 4 Uhr.

Passage-Panoptikum
**Der persische
Augenfakir**
in seinen sanft.
Derwisch-Märtern
(hebt u. a. mit den Augen
schwere Gewichte).
3 Schwestern Lilliput,
die kleinste Schwest. der Welt.
Alles lebend!
Ohne Extra-Entree!

Morgen Sonnabend:
Schönheits-Konkurrenz
im
LUNA PARK
mit 3 wertvollen Preisen 3.
Riesen-Brilliant- u. Frontfeuerwerk
Feenhafte Parkbeleuchtung!
Heute Freitag: Garde-Kürassier-
Reg. kgl. Musikstr. Wagner.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**
Theater am Kollendorferplatz
Mann mit der grün. Maske.
Im Kino-Parlör. erst-
klassige Varieténummern
u. d. neuest. Gaumontfilm.

Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 108-114
Täglich:
Großes
Konzert und Vorstellung.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Jeden Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.

Reichshallen-Theater
Gastspiel der berühmten
**Dresdener
Victoria-
Sänger.**
Anfang 8 Uhr.
Freitag, 1. S.: Wiederbeginn der
Socien der Stettiner Sänger.

Gesangverein „Liberté“
M. d. D. A.-S.-B. — Chorleiter P. A. Joseph.
Sonnabend, den 26. Juli 1913,
im Konzertgarten der Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg:
Sommer-Fest
mit Mitwirkung d. Berliner Tonkünstler-Orchesters,
Dirigent Fr. Blume und des Berliner Humor-Quartetts.
Bei eintretender Dunkelheit: **Kinderfackelzug.**
Großer Sommernachts-Ball.
Eintrittskarten 30 Pf. Anfang 5 Uhr. An der Kasse 40 Pf.

ROSE-THEATER
Große Franzfurter Str. 132.
Tagebuch einer Verlorenen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Auf der Gartenterrasse:
Achtung! Es geht los!
Große Poje. Anfang 4 1/2 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
Am Königsbr. Cel.: Ernst Liebing.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree. Freitag: Frei-Konzert.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Heute Freitag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung der Ortsverwaltung
Kunzestraße 30 parterre.
Die Ortsverwaltung.

Dom von Mailand,
das größte Raubdiebstahlverbrechen
der Welt, ist vom 26. Juli ab im
Restaurant zur alten Spree-
terrasse, Jannowitzbrücke, aus-
geführt. Verfertigungzeit 7 1/2 Jahr.
Eintritt für Erwachsene 20 Pf.
Kinder 10 Pf. 16255

Voranzeige!

Schuhhaus Romeo

Eröffnet:

66 Chausseestraße 66

Sonnabend nachmittag 4 Uhr. **Sonnabend nachmittag 4 Uhr.**

Um auch am hiesigen Platze meine Marken schnell einzuführen, erhält am Eröffnungstage und Sonntag
jeder Käufer beim Einkauf eines Paares Herren- oder Damen-Stiefel 1 Paar elegante Hausschuhe gratis.

Verkaufsstellen in fast allen mittleren und größeren Plätzen Deutschlands.
Beachten Sie mein Inserat in der Sonnabend-Nummer!

Gewerkschaftliches.

Ueber die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Stuttgart.

Die am 1. Oktober 1912 nach dem Genter System eingeführt wurde, wird jetzt der erste, auf ein halbes Jahr sich erstreckende Bericht erstattet. Das Genter System der Arbeitslosenunterstützung wurde in Stuttgart erweitert durch Zulassung von Einzelsparern und Sparvereinigungen. Den Anstoß an die Arbeitslosenunterstützung der Stadt haben im ersten Halbjahr 44 Gewerkschaften und 2 Sparvereinigungen vollzogen; außerdem wurden von 22 Einzelsparern Einzahlungen auf die besonderen Arbeitersparbücher gemacht und damit das Recht zum Bezug der Unterstützung erworben. Im ersten Halbjahr meldeten sich 943 Arbeitslose, und zwar 414 Ledige und 529 Verheiratete mit 777 Kindern unter 14 Jahren. Hier von wurden 145 Arbeitslose unter Verweisung auf das Statut abgewiesen. In den Genuss der Arbeitslosenunterstützung gelangten 798 Personen, und zwar 329 Ledige und 469 Verheiratete mit 679 Kindern. Die meisten Unterstützungsempfänger gehörten dem Holzarbeiterverbande an, es folgen die Verbände der Buchdrucker, der Zimmerer, der Metallarbeiter, Buchbinder usw.; 19 Unterstützte gehörten Sparvereinigungen an, 3 waren Einzelsparer. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit dauerte 16,4 Tage. An städtischem Zuschuß wurde in 892 Fällen die Summe von 746 M. bezahlt oder 10,92 M. pro Fall.

Ein abschließendes Urteil über die Einrichtung will der amtliche Bericht bei der Kürze der Praxis noch nicht fällen. Er weist nur auf die große Geschäftszunahme hin, die dem städtischen Arbeitsamt durch die Angliederung der Arbeitslosenversicherung erwachsen sei, und betont, daß eine befriedigende Kontrolle über die tatsächliche Arbeitslosigkeit und die Unmöglichkeit, anderweitig Arbeit zu erhalten, sehr erschwert sei. Auch die Gewerkschaften seien in den meisten Fällen lediglich auf die Aussagen der Arbeitslosen selbst angewiesen. Während die organisierte Arbeiterschaft sich die Einrichtung in weitgehendem Maße zunutze zu machen suchte, habe die Möglichkeit des Anschlusses von Einzelsparern wenig Beachtung gefunden. Das ist erklärlich, denn der Arbeiter, der überhaupt über seine Lage und seine Zukunft nachdenkt, schließt sich seiner Gewerkschaft an, die korporativ der Arbeitslosenversicherung angeschlossen ist. Zur Schlichtung von Streitfällen über die Anwendung des Statuts besteht ein Schiedsgericht, das sich aus dem Referenten des Gemeinderats für die Arbeitslosenunterstützung und je einem Unternehmer und Arbeitermitglied der Kommission für das städtische Arbeitsamt zusammensetzt. Dieses Schiedsgericht hatte über 11 Fälle zu entscheiden, von denen vier zugunsten der beschwerdeführenden Arbeiter, die übrigen abweisend erledigt wurden.

Bemerkenswert mag noch sein, daß der städtische Zuschuß für die Mitglieder der Berufsvereine auf 50 Proz. der Leistung dieser Vereine, höchstens 1 M. täglich, festgesetzt ist. Dieser Zuschuß erhöht sich für jedes Kind unter 15 Jahren um 5 Proz. der Leistung des Berufsvereins, höchstens jedoch 25 Proz. Der Gesamtbetrag des Zuschusses kann demnach 1,25 M. pro Tag nicht übersteigen.

Berlin und Umgegend.

Preisunterbietungen in der Goldschmittbranche.

Für die im Deutschen Buchbinderverband (Luzuspapierbranche) organisierten Goldschmittmacher bestehen Lohnvereinbarungen, die sich im Laufe der Zeit fast allgemein in der Branche Geltung verschafft haben. Eine Gruppe in der Branche, die Postkartengoldschmittmacher, haben ihre eigenen Affordpreise, die früher auf annehmbarer Höhe

standen. Seit einiger Zeit hat jedoch ein Mißstand in diesem Berufszweig Fuß gefaßt, der die früheren Preise erheblich zu verschlechtern geeignet ist. Das Zwischenmeisterystem breitet sich hier immer mehr aus, und die einzelnen Zwischenmeister unterziehen sich gegenseitig in den Preisen. Dadurch werden die Preise fortwährend herabgesetzt. In der vorigen Woche haben nun die bezugsnehmenden Arbeiter eine Versammlung einberufen, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte. Die Versammlung beschloß, daß eine Kommission Vorschläge auszuarbeiten solle, die, sobald eine bessere Geschäftslage eintritt, den Unternehmern einzureichen sind.

In einer zweiten Versammlung gab nun die Kommission ihre Vorschläge bekannt. In der Hauptsache handelt es sich um eine bestimmte Regelung der einzelnen Affordpreise, sowie um die Bestimmung, daß bei Bedarf von Arbeitskräften der paritätische Arbeitsnachweis zu benutzen ist.

Die Versammlung stimmte den Vorschlägen einstimmig zu.

Deutsches Reich.

Zum Kampf der Hamburger Werftarbeiter.

Am Donnerstag, den 24. Juli, tagte in Hamburg eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Schiffzimmerer Deutschlands. Nach eingehender Debatte, die sich mit den Verhältnissen auf den Schiffswerften und der Lage des gegenwärtigen Streiks beschäftigte, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute, am 24. Juli 1913, im Hamburger Gewerkschaftshause tagende außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Schiffzimmerer Deutschlands erklärt, daß die auf den Schiffswerften vorgenommene Arbeitseinstellung als eine statutarisch unberechtigte zu betrachten ist. Das Verhalten des Zentralvorstandes zur Werftarbeiterbewegung muß, da es statutarisch als richtig zu gelten hat, anerkannt werden. In Anbetracht der äußerst schwierigen Lage unseres Verbandes und in Anbetracht der weiteren Tatsache, daß unsere Mitglieder durch das Vorgehen der Mitglieder anderer Organisationen bei diesem Kampfe in Mitleidenschaft gezogen sind, erklärt die Generalversammlung, daß unseren streikenden Mitgliedern in diesem Falle die volle Streikunterstützung zu teil wird.“

Zudem wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Generalversammlung beschließt, daß die Zahlstellen unseres Verbandes für die Dauer des Streiks auf den Schiffswerften für jede Woche eine Mark pro Mitglied an die Hauptkasselle abführen.“ Die Art der Erhebung bleibt den einzelnen Zahlstellen überlassen.“

Streikbrecher haben, wie wir schon meldeten, sich bisher in nennenswerter Zahl nicht gefunden. Es wird versucht, auf dem neu ausgebauten Stadtteil Neuhof Streikbrecher einzuquartieren. Agenten sind im rheinischen Industriegebiet, besonders in Essen, tätig. Streikbrecher für Hamburg und andere Wertorte anzuwerben. Auf die streikenden Werftarbeiter hat die Mitteilung, daß Streikunterstützung vom Sonnabend ab gezahlt wird, eine äußerst beruhigende Wirkung ausgeübt.

Die Arbeitsfülle der Werften.

Die Werften sind sehr gut mit Aufträgen versehen. Das stärkt die Position der Arbeiter ganz bedeutend. Die Arbeit kann nicht in Wochen oder Monaten erledigt werden. Einzelne Werften haben sogar auf Jahre hinaus für alle Betriebsanlagen reichlich Aufträge. Man kann auch keine Streikarbeit vergeben, denn die ausländischen Werften sind ebenfalls sehr stark, teilweise auf noch längere Dauer als die deutschen Anlagen, für eigene Rechnung beschäftigt. Nach einer Aufstellung in „Klodds Register“ befinden sich gegenwärtig in England 13 Schiffe mit rund zwei Millionen Registermaßen im Bau. Diese Tonnage übersteigt jene der entsprechenden Zeit des Vorjahres um ungefähr 229 000 Tonnen. Die Baulätigkeit der Schiffswerften der anderen Länder bleibt hinter jener Englands zurück. Ihr am nächsten kommt Deutschland. Hier seien auf den Werften gegenwärtig 90 Schiffe im Bau. Dann folgen die Vereinigten Staaten von Amerika mit 72 Schiffen, Holland mit 43, Frankreich mit 42 und Italien mit 25 Schiffen. Hinzu kommen die Kriegsschiffe, die den Auftragsbestand der Werften noch ganz bedeutend steigern. Einzelne Werften können auf abschbare Zeit gar keine neue Arbeit mehr übernehmen. Unter solchen Umständen

würde die Situation für die Arbeiter selbst dann keine Verschlechterung erfahren, wenn die Unternehmer die Entscheidung noch etliche Wochen hinauschieben könnten.

In der Köstener Papierfabrik haben die Arbeiter nach langwieriger, aber doch friedlich verlaufener Lohnbewegung eine Stundenloohnerhöhung um 5 Pf. erzielt, wodurch die Arbeiter jährlich 108 M. pro Kopf mehr verdienen. Für die Arbeiterinnen wurde der Wochenlohn um eine Mark aufgebessert.

Der Verband der Lithographen und Steindrucker im Jahre 1912.

Für das graphische Gewerbe stand das Jahr 1912 im Zeichen einer schweren wirtschaftlichen Depression, die besonders auf dem Lithographie- und Steindruckgewerbe außerordentlich stark lastete. Die Folgen machten sich bemerkbar in einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit, von der unter allen Verbänden des graphischen Gewerbes die Organisation der Lithographen und Steindrucker am schwersten betroffen wurde. Die Zahl der Fälle von Arbeitslosigkeit stieg in diesem Verbände von 8855 im Jahre 1911 auf 9251 im Jahre 1912, also um 296. Auf je 100 Mitglieder kamen 1911 schon 13, 1912 aber 13,85 Fälle von Arbeitslosigkeit. Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage betrug 1911: 167 537, 1912: 171 560; sie war demnach im Berichtsjahre um 4023 höher als im Jahre 1911. Infolge der verhältnismäßig größeren Steigerung der Zahl der Arbeitslosentage sank die auf jeden Fall durchschnittlich entfallende Zahl der Arbeitslosentage von 19,0 auf 18,5.

Diese Massenarbeitslosigkeit veranlaßte viele Steindrucker und besonders Lithographen, den erlernten Beruf aufzugeben, als ungelernte Arbeiter ihren Unterhalt zu suchen oder ins Ausland auszuwandern. Nach einer Statistik der Berliner Lithographenfiliale ging zum Beispiel die Zahl der Berliner Chromolithographen von 662 im Juni 1911 auf 392 im Mai 1913 zurück; sie sank also in knapp zwei Jahren um 200 oder um 40 Proz.! In Leipzig betrug der Rückgang von Ende 1900 bis Ende 1912 rund 200 oder 25 Proz.! Ähnlich lagen die Verhältnisse auch in anderen Druckorten. Auch bei den Steindruckern zählte der Abgang vom Beruf oder die Abwanderung ins Ausland nach mehreren Hunderten.

Diese Umstände wirkten natürlich zurück auf die Mitgliederzahl, die Ende 1911 17 092, Ende 1912 16 619 betrug und demnach um 473 zurückging. Die dem Verbände angegliederte Lehrlingsabteilung zählte Ende 1911 2729 und Ende 1912 2407 Mitglieder; der Rückgang um 322 ist hier auf den Rückgang der Lehrlingszahl im allgemeinen zurückzuführen.

Den Jahreseinnahmen von 1 182 904 M. standen im Jahre 1912 1 701 156 M. Ausgaben gegenüber. Diese überstiegen demnach die Einnahmen um 518 252 M., so daß das Vermögen des Verbandes um diesen Betrag von 724 449 M. auf 206 287 M. zurückging. Die Mehrausgabe ist ausschließlich auf die Kosten der Lohnbewegung, besonders des großen 18wöchigen Streiks und Ausprägungstamps im Winter 1911/12 zurückzuführen, der rund 4500 Lithographen und Steindrucker in Mitleidenschaft zog. Diese Kosten betragen allein im Jahre 1912: 834 652 M.

Die Wirksamkeit des Verbandes für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse war im Jahre 1912 hauptsächlich darauf gerichtet, die Ende Januar beim Abschluß des Kampfes mit dem Schreiberband der Steindruckunternehmer getroffenen Vereinbarungen auch in den Nichtschreiberbetrieben zur Geltung zu bringen. Diese Arbeit führte zum Abschluß zahlreicher Firmen-, Orts- und Bezirkstarife mit zum Teil erheblichen Verbesserungen der bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Außerdem wurde für die Verbandsgruppe der Formstecher im September ohne Kampf ein neuer Zentraltarif, der ebenfalls beträchtliche Verbesserungen der bisherigen Berufsverhältnisse vorzab, abgeschlossen.

Neben den Kosten für die Lohnbewegungen, die fast reißlos für Unterstützung an Streikende und Ausgesperrte verausgabt wurden, hat der Verband 1912 noch folgende Unterstützungen ausgegabt: An Gehaltsregelung 5468 M., für Rechtschutz 2942 M., Umzugskosten 19 845 M., Reiseunterstützung 20 013 M., Arbeitslosenunterstützung 142 338 M., Kranlengeld 195 950 M., Invalidenrente 91 041 M., Witwenunterstützung 49 196 M. und Sterbegeld 15 291 M., insgesamt also 547 054 M. Demnach wurden weit über eine halbe Million Mark für die mannigfaltigsten Unterstützungen ohne Streikunterstützung verausgabt. Auch diese Zahlen reden eine deutliche Sprache von dem Werte des Verbandes.

Kleines Feuilleton

Brucht der Schauspieler Intelligenz? In seinem „Paradox über die Schauspielkunst“ hat Diderot die Behauptung aufgestellt, der Schauspieler brauche zu seinem Berufe Intelligenz und nicht Instinkt. Geht man von dieser Ansicht entgegen, indem er behauptete, die Dummheit eines Menschen, der starke Leidenschaften empfindet und ganz in ihnen aufgeht, sei in der Schauspielkunst wertvoller und lohnbarer als die höchste Weisheit eines starken Geistes. Immer wieder hat diese alte Streitfrage die Geister beschäftigt; jetzt veröffentlicht die „Dra“ eine interessante Zusammenstellung von Aussprüchen und Urteilen berühmter Schauspieler. Talma, der bekannte Tragöde des napoleonischen Zeitalters, teilte die Ansicht Grimms. Er forderte von dem Schauspieler ein „Uebermaß von Instinkt“, die Fähigkeit, in fremden Gefühlen völlig aufzugehen; und dazu bedürfe es keiner Intelligenz, sondern nur eines starken Gefühls. Die Clairon dagegen rühmt die methodische Arbeit des Verstandes und der Ueberlegung; sie sieht in einer unerschütterlichen Kaltblütigkeit des Künstlers den Weg zu den größten tragischen Leistungen. Daß Shakespeare der gegenteiligen Ansicht war und die Hingabe an die Leidenschaft verteidigte, ist bekannt; auf seiner Seite stand auch Molière, der immer wieder seine Schauspieler vor der Gefahr der Nüchternheit warnte. Aber Niccoloni macht geltend, daß eine blinde Hingabe an die eigenen Gefühle seine darstellerische Kraft beeinträchtigt. Unter den berühmtesten Schauspielern der jüngsten Zeit stand Coquelin auf der Seite der „Verstandeschaukünstler“. „Am ein großer Schauspieler zu sein“, sagte er, „muß man eine unbedingte Selbstbeherrschung besitzen und Empfindungen vordrängen können, die man nicht fühlt.“ Rouet-Sully dagegen behauptet das Gegenteil: „Man sagt so oft, der Schauspieler kriechen in die Haut seiner Rolle. Der Ausdruck ist unzureichend. Nicht wie Schauspieler kriechen in eine fremde Persönlichkeit hinein; nein, sie, die Persönlichkeit der Rolle, ergreift von uns Besitz. Aber wie sehr wir auch von der anderen Gestalt besessen sind, die Basis ist immer unsere eigene Persönlichkeit.“ Sarah Bernhardt bekennt sich bedingungslos zur Partei der Instinktchauspieler, sie geht ganz in ihrer Rolle auf und verläßt sich auf ihr Gefühl. (7) Auch die Réjane neigt, wenn auch nicht ganz so entschlossen, der reinen Gefühlskunst zu, aber sie glaubt, daß das Leben einen lehren, Gefühlsüberlegungen zu beherrschen: „Wenn ich auf der Bühne weine oder lache, weine und lache ich wirklich. Und ich bin auch überzeugt, daß ich ohne das kein Gefühl auf das Publikum übertragen würde. Vor allem muß man fühlen: nur was man selbst und wirklich fühlt, kann man ausdrücken.“

Der Kampf um den Lehrstuhl. Die Berufung zweier junger Psychologen als ordentliche Professoren für Philosophie hat die „reinen“ Philosophen in starke Erregung versetzt. Daß R. A. H., der durch seine Willensuntersuchungen ein Zentralproblem der Philosophie in Angriff genommen, einen völlig unbedeutenden Historiker der Philosophie in Königsberg ablöste und dadurch auf den Lehrstuhl Kant's gelangte, hat man schließlich noch eher verwunden, als die Erregung von Cohen, des Neu-Kantianers in

Marburg, durch Jaensch, der das erkenntnistheoretisch wichtige Kapitel der Raumanschauung experimentell untersuchte. Der Kampf der alten Philosophiegeister, die den Spott eines Schopenhauer oder Dühring nicht weniger reizten als den von Marx und Engels, gegen das Eindringen neuer, frischer Elemente in die Reihen der Philosophiegeister führt dabei zu Gefährdungen der Beteiligten, die auf den Wissenschaftsbetrieb ein recht helles Licht werfen. In einer soeben erschienenen Schrift von dem Würzburger Psychologen Karl Marbe die Aktion gegen die Psychologie, Verlag Teubner) wird der Beweis dafür geliefert, daß der Widerstand der Philosophieprofessoren gegen die Psychologie sich in der Hauptsache aus Furcht vor dem Verlust der eigenen Lehrstühle erklärt. Als vor einigen Jahren sich ein junger Psychologe als Privatdozent niederlassen wollte, kündigte ihm der zuständige Professor offen seine Gegnerschaft an: „Ich bedauere, auf Ihre Wünsche nicht eingehen zu können, wir Philosophen müssen Rücksicht haben; die Psychologen nehmen uns die Lehrstühle weg.“ Darum dreht sich der ganze Streit. Die Philosophen, die der modernen Psychologie feindlich oder fremd gegenüberstehen, fürchten für Amt und Brot der eigenen Person und ihrer Schüler. Die Psychologen aber wollen unter allen Umständen als Professoren der Philosophie zugelassen werden, weil das für sie die einzige Möglichkeit der Unterhalt bedeutet, so lange es keine eigenen Lehrstühle für Psychologie gibt, womit es in Deutschland noch gute Weile hat. Andere Schmachtwort wird sich dabei den Psychologen zuneigen müssen, deren Untersuchungen in philosophischer, ästhetischer, pädagogischer und juristischer Hinsicht tatsächlich von größerer Bedeutung sind als die verstaubte Wissenschaft, die man heute als „reine“ Philosophie an unseren Universitäten verpöht. In grundsätzlicher Beziehung beleuchtet der ganze Streit das Ende unserer heiligen Wissenschaft, deren Existenz an ein paar Stellen behördlich gefällter Skripen gebunden ist.

Zwei Kommuneleumder. In Nancy ist am 22. d. M. der Dichter des „Chant du Travailleur“ (Arbeiterlied), wohl des schwingvollsten französischen Proletarierliedes, gestorben: Charles Keller. Er war in Nalbach geboren und von Beruf Ingenieur. Unter dem Kaiserreich war er Mitglied der Pariser Sektion der Internationale. Den Krieg von 1870 machte er als Freiwilliger mit. Nach Ausbruch des Kommuneraufstandes warf er sich mit Begeisterung in die Bewegung und hielt bis zum Schluß aus. Er wurde am Donnerstag der blutigen Ratwoche auf einer Barrikade verwundet, vermochte aber nach Vern zu entkommen. Später ging er nach dem Elsaß, besam es auch mit der deutschen Polizei zu tun und kehrte nach der Amnestie nach Frankreich zurück, wo er sich in Nancy niederließ. Er ist der Arbeiterbewegung treugeblieben und hatte für ihre Kämpfer immer eine hilfreiche Hand. Das schöne Volkshaus der Stadt ist seiner Freigebigkeit zu danken. Er hat unter einem Pseudonym zwei Gedichtbände herausgegeben. Im französischen Proletariat lebt er fort, durch das von ihm in der Schweiz gedichtete, von dem Bakuninisten Guillaume vertonte Kampflied mit seinem berühmten Refrain:

„Arbeiter, nimm die Maschine,
Nimm die Erde, Bauer!“

Ein seltsamer Zufall hat es gefügt, daß am gleichen Tage wie Keller ein anderes Mitglied der Schweizer Kommunistenmigration

gestorben ist: Edmond Lepelletier de Boudrier, der allerdings später andere Vokanen eingeschlagen hat. Lepelletier gehörte zur literarischen Bohème des Kaiserreichs, die dann unter der Kommune die Gefolgschaft Raoul Rigault's im Stadthaus gebildet und die Pariser Revolution nicht wenig kompromittiert hat. Er selbst war unter der Kommune Konservator des Staatsrats. Lepelletier schlug sich nach seiner Heimkehr zu den Rationalisten, wurde Gemeinderat und Deputierter und war während zweier Jahrzehnte ein Hauptredakteur des „Echo de Paris“. Der sehr begabte Mann, der außer Romanen und Theaterstücken unter anderem auch eine literarische Studie über den ihm nah befreundeten Verlaine herausgegeben hat, arbeitete in den letzten Jahren an einer groß angelegten Geschichte der Kommune, von der zwei Bände erschienen sind.

Alkoholfreie Getränke vom Faß. Einem Tübinger Redigier ist es nach mehrjährigen Versuchen gelungen, ein Verfahren zu erfinden, wie man alkoholfreie Getränke, insbesondere Apfel- und Traubenwein, in Fässern aufbewahren und täglich abzapfen kann, ohne daß der Rest in Gärung übergeht. Dadurch ist jedermann, der Wert auf gute alkoholfreie Getränke legt, die Möglichkeit gegeben, ohne das umständliche Sterilisieren in Flaschen in einfacher und verhältnismäßig billiger Weise für das ganze Jahr sich einen Vorrat einzutun, der sämtliche im Handel befindliche alkoholfreie Getränke nicht nur an Güte und Wohlgeschmack, sondern auch an Billigkeit bei weitem übertrifft. Das Verfahren ist patentamtlich geschützt. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Schwäbischen Bauverbandes gegen den Alkoholismus (Reutlingen).

Notizen.

— Professor His, der Direktor der ersten medizinischen Klinik in Berlin, hat eine Berufung an die Wiener Universität abgelehnt und verbleibt in Berlin. (Die Berliner Professuren sind nicht sehr begehrt, und selbst bei Professoren, die bereits länger in Berlin wirken, liegt immer die Gefahr nahe, daß sie die preuchische Herrlichkeit hinter sich lassen.)

— Das leere Theater der 5000. Das vom Reichsdirektor Stöck-Sarrajan mit Anem Kostenaufwande von 2 Millionen Mark erbaute „Theater der 5000“ in Dresden-Neustadt steht unbemüht da. Das mächtige Zirkusgebäude, das größte der Welt, sollte während der zirkuslosen Zeit zu großen Veranstaltungen für Musik, für Theateraufführungen usw. Verwendung finden. Aus alledem ist nichts geworden. Herr Stöck boykottiert sein eigenes Haus, da nach seiner Behauptung die Polizei der projektierten „großstädtischen Zerstörungen“ nicht genug entgegengekommen ist.

— Mehlers Sinfonie der Tausend soll sowohl in London wie Paris vom Leipziger Nibelverein aufgeführt werden.

— Der wackelnde Turm von Pisa. Der berühmte „Schiefe Turm“ in Pisa (Mittelitalien) befindet sich, wie von dort gemeldet wird, in Gefahr einzustürzen. Es sind Maßnahmen getroffen, um ihn zu stützen, da man sonst eine Katastrophe befürchtet.

Erfolgreich beendeter Streik der Hafenarbeiter in Bremerhaven.

Der Streik der Ladungsarbeiter des Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven ist nach vierwöchentlicher Dauer durch die Vermittlung der Organisationsleitung des Transportarbeiterverbandes beendet. Es kam zum Abschluss für die Arbeiter akzeptabler Vereinbarungen. Der Zugang von Arbeitswilligen war ein sehr starker. Am Montag erfolgte die Aufnahme der Arbeit und die Abziehung der 1700 Arbeitswilligen.

Ausland.

Die Finanzen der österreichischen Zentralverbände haben sich im letzten Jahr besonders günstig entwickelt. Das Gesamtvermögen ist auf 15 084 000 K. gestiegen, 1912 allein um 2,9 Millionen. Pro Mitglied sind 85,16 Kronen Vermögen vorhanden, 1905 waren es erst 16,68 Kronen. Ueber eine Million besitzen die Buchdrucker (3,96 Millionen), Metall-, Holz- und Eisenarbeiter. — Die Streiklisten müssen infolge des alten Koalitionsgesetzes selbstständig von den „freien Organisationen“ verwaltet werden, die Einnahmen hierfür betragen 1912: 6 792 000 Kronen, die Ausgaben 1 022 000 Kronen. Daneben besteht der obligatorische Solidaritätsfonds für besonders schwere Kämpfe und große Ausperrungen. Ueber ihn wird sachungsgemäß nichts öffentlich bekanntgegeben.

Jugendbewegung.

Der Kampf um die Arbeiterjugend in Württemberg.

Das Vorgehen der württembergischen Schulbehörden gegen die Schüler der Volkshäuser, der Gewerbe- und Fortbildungsschulen, die den Schüler- oder Jünglingsabteilungen der Arbeiterturnvereine angehören, nimmt schärfere Formen an. In den Fällen, in denen die Eltern der auf einer sehr zweifelhaften Rechtsbasis beruhenden Aufforderung, ihre Kinder aus dem Arbeiterturnverein (dem sie gar nicht angehören, denn die Schüler- und Jünglingsabteilungen sind besonders verwaltete Nebeninstitute der Arbeiterturnvereine und haben mit dem Vereinsleben nichts zu tun) herauszunehmen, nicht nachkommen, wird den Kindern mit Karzerstrafen, Arrest und den Gewerbeschülern sogar mit dem Ausschluss aus der Gewerbeschule gedroht. Besonders eifrige Lehrer begnügen sich damit noch nicht, sondern beschließen den Kindern den Beitritt zum Jungdeutschlandbund oder zur Deutschen Turnerstaffel und drohen bei Nichtbeachtung dieser Aufforderung mit denselben Strafen. Das geschah in Ehlingen und in Göttingen. Der neue Kultusminister, der, ohne sich auf ein gesetzliches Recht zu stützen, den Kampf gegen die Arbeiterturnvereine in die Wege leitete, findet also gefehrigere Untergebene, die noch päpstlicher sind als er. Der Minister wird aber kaum zu dem ersehnten Ziel gelangen. Die Arbeiterturnerschaft hat mit Unterstützung unserer Landtagsabgeordneten eine lebhafte Gegenaktion eingeleitet. In diesen Tagen finden in den größeren Städten des Landes Versammlungen statt, in denen die Eltern aufgefordert werden, den ungesetzlichen Aufforderungen der Lehrerschaft nicht nachzukommen. In den Gemeindevorständen, in denen unsere Partei Einfluss besitzt, werden die Ortschulräte, deren Zuständigkeit vom Ministerium ignoriert wird, zur Geltendmachung ihrer Rechte aufgefordert, auch die Verweigerung der von den Gemeindevorständen zu leistenden Aufwendungen für die Schulen wird erwogen. Zweifellos werden auch die bürgerlichen Gerichte noch angerufen werden, die dann nachprüfen müssen, ob die Regierung die geltenden Gesetze respektiert oder nicht. Kommt die Rechtsprechung, wie das selbst in Preußen in einigen Fällen geschah, zu dem Ergebnis, daß die Arbeiterturnvereine keine politischen Vereine sind, so schwebt die ganze staatsrechtliche Aktion des Kultusministers in der Luft.

Soziales.

Sand in die Augen.

Der Monteur Holste klagte gestern vor dem Gewerbegericht gegen die Firma Degen u. Sobel, Zentralheizungen, auf Zahlung von 88,71 M. Lohnzehr.

Kläger gab an, es sei ihm tarifmäßige Bezahlung zugesichert worden, aber für die Einrichtung einer Baubude seien ihm nicht die tariflichen drei Prozent des Werkzeugwertes — das wären 60,— M. — gezahlt worden, sondern nur 30,— M. und für die Fertigstellung eines Akkords habe er auch nicht die tariflichen 7½ Prozent der Akkordsumme erhalten, so daß auch hier noch 58,71 zu zahlen seien.

Die beklagte Firma bestritt zunächst, daß ein Tarif bestehe. Sie ist allerdings auch nicht dem Tarif des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für das Rohrlegergewerbe beigetreten, weil sie sich nicht binden und stets „nach Leistung“ zahlen wolle. Dennoch ist stets von einem Tarif die Rede gewesen. Den neu Eintretenden wurde versichert, selbstverständlich werde nach Tarif gezahlt! Aber — und darin liegt der Kern — die Firma wird damit stets nur den einseitig vom Verein Deutscher Zentralheizungs-Inballateure aufgestellten Tarif gemeint haben.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistrats-Rat Dr. Wöhlting verurteilte die Firma zur Zahlung der geforderten Summe und führte begründend aus: Durch die Zeugnisaussagen sei erwiesen, daß gesagt wurde, es sollen die tariflichen Löhne gezahlt werden. Die Arbeiter meinten natürlich die für sie günstigeren Löhne des Tarifs des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die Firma hatte aber die Verpflichtung, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß sie den Tarif der Arbeitgeber meinte. Dafür, daß sie nur allgemein von einem Tarif sprach, trifft sie allein das Verschulden an dem Mißverständnis und sie muß daher auch die Folgen auf sich nehmen.

Nachmal das bayerische Heimatsgesetz.

Eine Reihe Blätter, so die „Königliche Volkszeitung“ und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sind ebenso wie das „Berliner Tageblatt“ auf die bayerische „Liberale Landtagskorrespondenz“ hineingefallen. Sie drucken das von uns bereits erwähnte Geschick dieser Korrespondenz ab und knüpfen daran einige lebenswürdige Ausfälle gegen den „Vorwärts“, dem ein „erhebendes Malheur“ passiert, der „blamiert“ sei und dergleichen. Und das, weil wir die endliche Beseitigung von Härten des bayerischen Heimatsgesetzes durch möglichst schnelle Einführung des reichsgesetzlich beschlossenen Unterstützungswohnsitzgesetzes in Bayern verlangen, aber nicht erwähnt haben, daß bisher unsere Genossen in Bayern geschlossen gegen die Einführung des Unterstützungswohnsitzgesetzes gestimmt haben. Zoller kann die selbstgenügsame Ignoranz es kaum treiben. Unsere Genossen haben im Bayerischen Landtag Beseitigung der Härten des bayerischen Heimatsgesetzes verlangt. Das haben die Zentrumspartei und die Liberalen wiederholt abgelehnt. Im bayerischen Landtag haben diese Parteien nur für die Einführung des Unterstützungswohnsitzgesetzes votiert, um einer Verbesserung des Heimatsgesetzes durch ein bayerisches Gesetz entgegenzutreten. Unter diesen Umständen haben unsere Genossen in Bayern im Landtag gegen die Einführung des Unterstützungswohnsitzgesetzes gestimmt. Im Reichstag ist dann einstimmig oder nahezu einstimmig die Einführung des Unterstützungswohnsitzgesetzes für Bayern von allen Parteien beschlossen. Dadurch wird es ermöglicht, einige — durch die verdorbene Politik des Zentrums und der Liberalen in Bayern gegen die Stimmen der Sozialdemokratie bereitete — Härten des Heimatsgesetzes für die aus Bayern Gezogenen zu mildern. Damit dies Gesetz in Kraft tritt, ist ein bayerisches Ausführungs-gesetz zu dem Reichsgesetz erforderlich. Bei Beratung dieses Ausführungs-gesetzes ist es möglich, den Anträgen der Sozialdemokraten im bayerischen Landtag entsprechende Vorzüge des bayerischen Heimatsgesetzes aufrechtzuerhalten, Schäden aus demselben auszumergen und an deren Stelle die seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie verlangten Verbesserungen anzunehmen. Aber schon jetzt bereitet die dringliche Notiz der bayerischen „Liberale Landtagskorrespondenz“ darauf vor, daß abermals die bürgerlichen Parteien versagen wollen, sobald es sich darum handelt, die Lage der

Armen im Sinne der Anträge unserer Genossen in Bayern zu verbessern. Wenn jetzt diese Absicht durch blöde Redeweisungen gegen den „Vorwärts“ zu verdunkeln gesucht wird, so zeugt dies von dem bösen Gewissen der bürgerlichen Parteien. Spotten Quer selbst und wissen nicht wie.

Ein skandalöser Vorgang.

Der aber in unseren „kulturgeprägten Zeiten“ öfter vorkommt, hat sich in den letzten Tagen in Westfalen an der lipptischen Grenze ereignet. Bürgerliche Zeitungen berichten darüber:

Preußisch-Feldrom, 20. Juli. In einem recht Mißbedürftigen Zustande wurde hier im Walde vorgefunden eine ältere Frau aufgefunden. Sie soll aus dem Hesseischen stammen und bei dem Landwirt Hanse in Schlangen in Dienst gestanden haben. Sollte das Gerücht, dieselbe sei aus dem Dienste darum entlassen, damit sie in der Gemeinde keine Unterstützungsberechtigung erwerbe, auf Wahrheit beruhen, so bedarf das Gesetz, welches Gemeinden gestattet, pflegebedürftige Personen aus obigem Grunde abzuschließen, einer gründlichen Abänderung. Wäre die Person nicht gefunden worden, so wäre sie bald elend im Walde umgekommen. Vor Hunger erschöpft, am Kopfe mit einem Geschwür behaftet, in dem Wämer lebten, so lag sie da. Der Gastwirt Haase von hier hat die Pflege übernommen. Mit Rogmal und heißer Milch suchte man die Lebensgeister wieder aufzurichten und durch sachgemäße Behandlung die Schmerzen zu stillen.

Man kann ohne weiteres annehmen, daß die Angaben Wort für Wort stimmen, ja, daß die Tatsachen vielleicht noch schlimmer liegen, als diese etwas unbestimmte Meldung erkennen läßt. Man erinnert sich ähnlicher Vorkommnisse, die im vorigen Jahre und im letzten Winter aus Thüringen, aus Mecklenburg und aus den östlichen Provinzen gemeldet wurden, aber diese Kulturshande bleibt nicht auf die vorwiegend ländlichen Gegenden des Reiches beschränkt, wenn es auch in der Regel ländliche Ortschaften sind, an deren Namen solche skandalösen Dinge haften bleiben.

Sehr oft werden diese unverantwortlichen Schiebungsn ausgeführt, ohne daß etwas davon bekannt wird. Wie viele alte und kranke Menschen dadurch den Tod gefunden haben, das verrät keine Veröffentlichung. In der Nähe des hier in Betracht kommenden Ortes wurden erst in den letzten beiden Wintern zwei oder drei alte Leute verhungert und erfroren im Walde aufgefunden. Gerade diese Vorkommnisse zeigen, in welcher erschreckenden sozialen Rückständigkeit wir noch leben.

Töbliche Verunglückungen in Preußen.

Nach den jetzt veröffentlichten Zusammenstellungen über die tödlich verlaufenen Unfälle in Preußen gab es derer im Jahre 1911 16 810 gegen 15 112 im Jahre vorher. Auf 100 000 der Bevölkerung kamen im letzten Jahre 41,5 — im Jahre vorher 38,2 — tödliche Unglücksfälle. Von der Gesamtzahl der verunglückten Männer, mit insgesamt 13 351 zu Tode gekommenen, entfielen auf:

Baub- und Forstwirtschaft	3 186	gleich	23,49	Proz.
Bergbau und Hüttenwesen	1 928	„	14,44	„
Sonstige Industrie	4 818	„	32,84	„
Handel und Verkehr	1 824	„	13,66	„
Anderes	2 145	„	16,07	„
	13 351	gleich	100,00	Proz.

Die Industrie hat ja längst den Ruf, besonders gefahrenreich zu sein; man sieht, mit der Zunahme des Maschinenbetriebes in der Landwirtschaft liefert auch sie eine große Zahl tödlicher Unglücksfälle. Bemerkenswert ist auch, daß die beiden Provinzen Ost- und Westpreußen die meisten Unglücksfälle aufweisen, die Kindern unter 15 Jahren das Leben nehmen. Insgesamt waren bei den tödlich verlaufenen Unfällen im Jahre 1911 — 4668 Kinder, unter 15 Jahre alt, beteiligt, darunter 1717 weibliche. Wie die Statistik mitteilt, sind im Berichtsjahre 184 Menschen erfroren; 124 kamen infolge Hitzschlags zu Tode, Sonnenstich brachte 602 Personen ins Grab. Die Zahl der durch Stürze mit Flugmaschinen Getöteten stieg im Jahre 1911 auf 8 gegen 2 im Vorjahre. Wie in der Industrie viele der tödlich Verunglückten das traurige Ereignis sozialen Ursachen zu verdanken haben, so auch bei einer Reihe der durch Hitzschlag und infolge Erfrierens Getöteter.

Aus aller Welt.

Eine Rarität für Markensammler.

Ein Freund unseres Blattes sendet uns folgende Zuschrift: Berlin, 23. Juli 1913.

An die Redaktion des „Vorwärts“!

Es ist alles schon dagewesen, auch unsere Germania-Briefmarke, die bereits vor fast 99 Jahren (am 27. Juli werden es gerade 99) zur Frankierung benutzt wurde, wie die Abstempelung einlegenden Briefumschlages beweist. In der Tat muß es sich um eine recht seltene Sache handeln, denn ich habe dieselbe noch in keinem Katalog entdecken können. Selbst in der Sammlung des Postmuseums fehlt diese Marke, und vielleicht ist es nicht aussichtslos, diese dem genannten Institut zum Kauf anzubieten! Können Sie das nicht vermitteln, ich biete Ihnen Halbpart an, außerdem und falls sich's lohnt, ein gutes Abendessen mit Champagner für die Gesamtabteilung. Ich will auch nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß diese Marke einen enormen Wert besitzen muß, denn für die aus dem Jahre 1814 stammende blaue 2 Pence Mauritius, die sogar in drei Exemplaren vertreten ist, zahlte das Reichspostmuseum 27 000 (27 Tausend) Mark.

Wir sind ganz schwindlig, wenn ich mir die Hälfte dieser Summe vorstelle. Ich erwarte umgehend gute Nachricht und bin bis dahin Ihr G. S.

Kus dem beigefügten Beweisdokument konnten wir uns überzeugen, daß der Einleger in der Tat recht hat: es gab schon im Jahre 1814 unsere schöne Germania-Briefmarke. Die den Brief zierenden 5 Pfennigmarken tragen ganz deutlich den Poststempel: 27. 7. 14. Und da uns doch noch nicht im Jahre 1914 befinden, müssen die Marken am 27. Juli 1814 abgestempelt worden sein. Zumal unsere Reichspostverwaltung doch sonst nicht gerade in dem Rufe steht, ihrer Zeit so weit vorauszuweichen.

Wir sind also bereit, mit ernsthaften und nachweislich zahlungsfähigen Reflektanten, auch dem Postmuseum, in Verhandlung zu treten!

Unter der Geißel der Cholera.

Nur selten erwähnen die kurzen Telegramme vom mazedonischen Kriegsschauplatz die furchtbare Heimsuchung, die über die serbische Armee hereingebrochen ist. Der schlimmste Feind, den eine Armee zu fürchten hat, die Cholera, hat ihren Eroberungszug angetreten, und zu Tausenden sinken in den Seerlagern ihre Opfer dahin. Der Kriegsberichterstatter des Journal André Lubetzki, der vor einigen Tagen in einem Militärszug die Reise von Belgrad nach Ueskub unternahm und seitdem in der Hauptstadt Mazedoniens weilt, gibt eine Schilderung seiner Beobachtungen, die düstere Rückschlüsse auf die Verhältnisse gestatten, die man nach Kräften geheim hält. Der Militärszug, mit dem Lubetzki nach Ueskub kam, brauchte 38 Stunden, um die 500 Kilometer zurückzulegen, und der widerliche Geruch der starken Desinfektionsmittel erfüllte die Wagen. Die Cholera! Rings um die Stadt sind abgeschlossene Lager errichtet, in denen die Choleraerkranken untergebracht sind, Nachposten verhindern, daß die noch nicht Angesteckten mit jenen Unglücklichen in Berührung kommen. Nur die Dohentarren mit frisch gezimmerten Särgen, die durch die Straßen Ueskubs ziehen, hinaus zu den Choleralagern, erzählen von den Opfern, die Tag um Tag in rastlos wachsen-

der Zahl die furchtbare Seuche fordert. „Die Welt muß es erfahren: die Cholera hat sich in Mazedonien festgesetzt, zieht über das ganze Land und im Schutze der Sommerhitze entvölkert sie die Städte, vernichtet die Dörfer und dezimiert die Heere. In Veles selbst zählt man am Tage 200 Tote, und ich erfahre von einem Bataillon des 6. Regiments, daß es vor drei Tagen noch 800 Mann zählte: nur 200 von ihnen sind heute noch am Leben. Dreiviertel der ganzen Truppe sind dahin gemäht, ohne daß ein Schuß fiel: die Cholera. In Kumanovo dehnen sich weite Zeltbaracken, in denen die dem Tode geweihten Unglücklichen der Erlösung harren, und als ich nahe an einem dieser Zelte vorüber kam, erhaschte ich ein paar Sätze aus dem Gespräch zweier Offiziere. Der eine von ihnen, von der Nachtwache noch erschöpft, erklärte dem Kameraden: „Heute morgen haben wir 243 verbrannt.“ Er sprach die paar Worte auf Französisch, in der Hoffnung, daß keiner der Soldaten sie verstehen würde. Ich erkundigte mich: Wer waren diese 243, waren es Choleraerkrankte Bulgaren, waren es Gefangene? Nein, 243 junge, frisch aus der Heimat auf den Kriegsschauplatz gekommene Rekruten, die heute morgen verbrannt wurden, ohne einen Feind gesehen zu haben. Und noch allen Himmelsrichtungen hin, nach Norden, Süden breitet sich die Seuche aus, an der Grenze sind die Zustände bereits unbeschreiblich. Ein junger Montenegriner, der aus Egri Palanka zurückgekehrt, erzählt mir, daß infolge der fort-dauernden Kämpfe, Scharmützel und Beunruhigungen die Leichen nicht bestattet werden. Im Erdboden bleiben sie liegen, verpestet das Land und vergiften Wasser und Luft: „Wenn Sie nur wüßten, wie viel von dieser Seuche befallen sind!“ fügte der Montenegriner hinzu. „Sie werden alle schwarz wie die Türken Kleinasiens. Und ihre Leichen vergiften alle Quellen und Flüsse.“ Ein Befehl des serbischen Generalstabs verbietet allen Soldaten, sich fortan die Hand zu geben, wenn sie sich begrüßen wollen, dürfen sie sich die Ellenbogen drücken. Wenn immer in einem Truppenteile ein Cholerafall eintritt, wird die ganze Kompanie sofort isoliert. Die Sanitätsbehörden vertauschen die Uniformen, desinfizieren Zelte, Waffen und Karren: aber in den Dörfern und Städten sind die Schreiner Tag und Nacht an der Arbeit und hämmern weiße neue Säрге. Die zurückgebliebenen Türken aber blicken sich still an, ein Lächeln der Befriedigung liegt in ihren Augenwinkeln und scheint zu sagen: „Was ist groß!“ Die Gelatomben des Bruderkrieges mögen bald ein Ende nehmen: aber andere schlimmere geheime folgen ihnen. Der neue Feind, die Cholera, wird nicht so bald abrüsten.“

70 Tote in Binghampton.

Feuertwerksinspektor Fogh, der die Löscharbeiten bei der brennenden Kleiderfabrik in Binghampton leitet, erklärte, daß sich unter den Trümmern der Fabrik wenigstens noch 60 bis 70 Leichen befinden müßten. Man habe zuerst angenommen, daß die vielen schlafenden Mädchen ihre Wohnungen aufgesucht hätten. Da sie jedoch bisher dorthin noch nicht wieder zurückgekehrt seien, so müsse man annehmen, daß sie noch unter den Trümmern liegen. Bisher wurden 80 Leichen geborgen, deren Identifizierung jedoch fast bei allen nicht mehr möglich war, da die Leichen gänzlich verkohlt und entstellt waren.

Europäische Alkoholdurchsuchung im äußersten Osten.

Ein Kapitel zu dem Thema der Alkoholisierung ganzer Landstriche aus Profitgier finden wir in der italienischen Zeitschrift „Contro l'alcolismo“. Diefem Blatt schreibt ein Dr. Bossont aus Pantone die folgende Geschichte einer für die Hauptstadt Siam, für Bangkok, bestimmten Alkoholdurchsuchung. Das Königreich Siam hat um sich gegen die Gefahr des Alkohols zu schützen, Prohibitivzölle auf Spirituosen gelegt. Trotzdem versuchte ein deutscher Händler, der in Bangkok wohnt, die Einfuhr einiger Hunderte Gallonen von Alkohol, die er als Essig einführen wollte. Ein Zollbeamter ließ aber den Fässern Proben entnehmen und stellte fest, daß alle nur Alkohol enthielten. Der Deutsche wird also wegen versuchten Schmuggels zu einer ungeheuer hohen Geldbuße verurteilt.

Von hier an wird die Geschichte merkwürdig. Der Verurteilte beschwört hoch und teuer, in gutem Glauben gewesen zu sein, weigert sich, die Buße zu zahlen und verlangt, auf Grund der internationalen Gesetze, eine Revision des Prozesses vor dem deutschen Konsul. Es werden also neue Zeugen gehört, die Flüssigkeit wird noch einmal geprüft, und auch der Konsul kann nicht umhin, zuzugeben, daß es sich um Alkohol und nicht um Essig handelt. Nach diesen Feststellungen zieht sich der Konsul mit den einheimischen Behörden zur Beratung zurück, um nach einiger Zeit die Freisprechung des deutschen Kaufmanns zu verkünden mit der Begründung, daß die in Frage kommende Ware als Essig eingeschifft worden ist, aber sich auf der Reise unter dem Einfluß der Hitze in Alkohol verwandelt hat! Somit wurden die beschlagnahmten Fässer dem ehrlichen Deutschen zurückgegeben, der nun die ganze Hauptstadt von Siam mit Alkohol überflutet. Mit derartigen ehrlichen Mitteln bringt man den asiatischen Völkern die Achtung vor europäischer Besitzung und Liebe zu den Europäern bei.

Kleine Notizen.

Nord und Selbstmord. In Lübeck erschloß der Heizer Man seine Haushälterin und verletzete deren Mutter durch einen Streifschuß, worauf er sich selbst erschloß.

Leutnant Jolles Rückflug Königsberg-Köln. Leutnant Jolles, der gestern auf seiner Komplettaube mit Hauptmann Osjus als Passagier von Königsberg aus die Rückreise auf dem Luftwege nach seinem rheinischen Standorte Köln antreten wollte und infolge des unglücklichen Wetters in Danzig eine Notlandung hatte vornehmen müssen, ist heute morgen um 9,05 Uhr in Danzig aufgestiegen. Er erreichte ohne Unterbrechung mittags Berlin und landete glatt um 12,50 Uhr auf dem Truppenübungsplatz von Döberitz. Er will am Freitag nach Köln weiterfliegen.

Ein Infan in Arabialien. Viele Ortschaften Arabialiens und besonders die Mailländer Gegenden wurden gestern durch einen heftigen Infan heimgeschlagen, der an der Ernte im menschlichen Schaden anrichtete. Durch einen nie gesehenen Hagelschlag wurden fast alle drählischen Verbindungen zerstört. Verschiedene Flüsse traten aus den Ufern.

Witterungsbericht vom 24. Juli 1913.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	768,80	2	W	Wolken	16	Haparanda	766,85	2	W	Wolken	14
Damburg	768,80	3	W	Wolken	16	Vetersburg	768,85	3	W	Wolken	20
Berlin	761,0	3	W	Wolken	17	Sellg	769,00	3	W	Wolken	14
Frankfurt a. M.	760,80	1	W	Wolken	13	Überden	769,85	3	W	Wolken	12
München	759,35	2	W	Wolken	11	Paris	768,9	3	W	Wolken	14
Wien	757,00	1	W	Wolken	12						

Wetterprognose für Freitag, den 25. Juli 1913.

Etwas wärmer, vielfach heiter bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Partei-Angelegenheiten.

Stralen. Vom Sommerfest sind die Gewinne auf die Lose 654, 887, 708 und 772 noch nicht abgeholt worden.

Berna. Sonnabend, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet beim Genossen Salzmann, Waddorfer Straße, unsere Mitglieder-versammlung statt.

Sonntag, den 27. Juli, machen die Genossinnen einen Familien-ausflug nach Röntgental. Treffpunkt mittags 1 1/2 Uhr beim Genossen Otto Troppens, Chausseestraße.

Rudow. Am Sonntag, den 27. Juli cr., vormittags 9 Uhr, im Lokale von A. Palm: Mitglieder-versammlung.

Nowawes. Der letzte Vortrag über das Erfurter Programm, der bereits am Sonntag, den 6. Juli, stattfanden sollte, durch die Polizeibehörde jedoch verhindert wurde, findet nunmehr am kommenden Sonntag, den 27. Juli, vormittags 9 Uhr, im Schmidtischen Lokal, Ecke Friedrich- und Wilhelmstraße, statt.

Berliner Nachrichten.

Schützt Tiere.

Eine große Anzahl nützlicher Tiere wird gerade jetzt während der Ferien namentlich von der Schuljugend verfolgt und teilweise unter unnützen Qualereien getötet.

Für die Bekämpfung von Waldbränden

werden amtlich folgende Verhaltensmaßregeln empfohlen: Das Feuer ist stets von der Seite einzuengen oder von der abgebrannten Seite aus zu bekämpfen.

§ 175.

Der 30-jährige Arbeiter Richard Sp. aus Kehn hat nach der Anklage am 6. März d. J. im Pferdestall seines Dienstherrn mit einer Stute zärtliche Beziehungen unterhalten.

Eine Schutzmannsleistung.

Unsere Schutzleute sind meist erfüllt von dem lebhaften Gefühl ihrer weitgehenden Nachvollkommenheit.

Am Montag hatte in Berlin in der Wilhelmstraße ein Kutscher des Fuhrherrn Paul Neumann aus Neukölln das Unglück, daß ihm ein Pferd auf dem schlüpfrigen Asphalt zu Fall kam.

scheinung, daß der Kutscher unfähig ist, wecker zu fahren. Die „werte“ Bescheinigung sollte jener erste Schutzmann geben, aber der war nicht da.

Wie endete die Sache? Als W., mit diesen Akteuren ausgerüstet, sich auf dem Fuhrhof einfand, sagte sein Arbeitgeber Herr Neumann ihm kurz, er wisse schon Bescheid.

Ueber den Transport eines gefesselten Kindes, über den wir kürzlich berichteten, äußert sich das Nachrichtenamt des Magistrats wie folgt:

Uns wird geschrieben: Die Fahrgäste des um 9.48 ab Wilhelmplatz abfahrenden Zuges wurden am Mittwoch, kurz vor dem Bahnhof Zoologischer Garten dadurch recht unangenehm überrascht.

Verkehrsstörung bei der Untergrundbahn.

Uns wird geschrieben: Die Fahrgäste des um 9.48 ab Wilhelmplatz abfahrenden Zuges wurden am Mittwoch, kurz vor dem Bahnhof Zoologischer Garten dadurch recht unangenehm überrascht.

Ein großer Juwelendiebstahl.

Ein überaus dreister Dieb hat gestern nachmittag eine Villa im Brunenwald heimlich und reiche Beute gemacht.

Die alte Rugholzfirma Gebr. Gehling, Berlin, Stralauer Allee, hat ihre Zahlungen eingestellt, nachdem die beiden Inhaber vor einigen Tagen Selbstmord begangen haben.

je nach Eingang der Kassenstände, an Vermögenswerten etwa 1/2 Million Mark gegenüberstehen.

Der Pastor Karl Crusemann von Dorotheen ist plötzlich im Alter von 46 Jahren gestorben, nachdem er nur ein halbes Jahr der Gemeinde gedient hat.

Ein Opfer der Rennbahn ist der Kassierer Albert Krifa geworden. In der von ihm verwalteten Kasse der Berliner Geschäftsbüro- und Vatervereinig. Niederwallstraße wurde gestern ein Raub von etwa 4000 M. festgestellt.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich, wie wir berichteten, Mittwochmorgen auf der Ecke der Müller- und Antonstraße.

Bei der Rückkehr von der Ferienreise tödlich verunglückt ist gestern Abend die 66 Jahre alte Frau Luise Krause, geborene Schölow, aus der Kommenstraße zu Charlottenburg.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz. Das Dorf mit städtischen Allüren.

Vermutlich wird unser Dorf über 100 000 Einwohner zählen, bevor es ihm vergönnt ist, zur Stadt „erhoben“ zu werden.

Handenen Betriebsleistung innerhalb 20 Betriebsstunden 2400 Zentner Eis erzeugt werden können und daß bei Bedarf der Betrieb für das doppelte Quantum erweitert werden kann.

Blüthner-Konzert im Stadtpark. Heute, Freitag abend soll das erste der drei von der Gemeinde zu veranstaltenden Konzerte stattfinden, nachdem es schon zweimal wegen ungünstiger Witterung verschoben werden mußte. Eintrittspreis für Erwachsene und Kinder 30 Pf.

Sichtenberg.

Kinderfest. Das der ungünstigen Witterung wegen verschobene Kinderfest des Wahlvereins findet nunmehr bestimmt am Montag, den 28. Juli im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 6, statt.

Der für Sonntag, den 27. Juli, geplante Spaziergang nach dem Schloßpark fällt aus.

Spandau.

Die Verfügung des Regierungspräsidenten betr. die verschärfte Hundesperre gesehlich unzulässig. Bei gewaltigem Andrang von Angeklagten und Zeugen hatte das Spandauer Schöffengericht vorgestern nicht weniger als über 48 Anklagen wegen Heberetung der Hundesperre zu verhandeln. 10 Angeklagte, zumeist aus Charlottenburg und Konradenau, waren beschuldigt, ihre Hunde mit Maulkorb und an der Leine auf die Straße gebracht zu haben, was nach dem Erlass des Regierungspräsidenten verboten war. Der Anwaltschaft hatte gegen die Gültigkeit der Verordnung keine Bedenken und beantragte gegen jeden der Angeklagten wegen fahrlässiger Heberetung der Verfügung fünf Mark Geldstrafe. Das Gericht sprach die Angeklagten jedoch mit folgender Begründung frei: „Das Gericht hat die fragliche Verfügung als über den Rahmen des Gesetzes vom Jahre 1878 hinausgehend betrachtet. Die Verordnung war daher ungültig. Das Gericht hat gefunden, daß die Maßnahmen (die nach Meinung des Vorsitzenden noch nirgends vorher angewandt waren) nicht unbedingt erforderlich waren, um das Publikum zu schützen. Die Verordnung hat sich nicht im Rahmen des Gesetzes gehalten, sie ist ja später auch aufgehoben worden. Daher wird auf Freisprechung erkannt.“

Von den übrigen Angeklagten, die ihre Hunde ohne Maulkorb auf die Straße ließen, wurden 36 zu 1 bis 3 Mk. Geldstrafe verurteilt und 2 Angeklagte freigesprochen.

Sehr interessant dürfte sich eine Reihe von Entschädigungsanfragen gegen die Stadt gestalten, die von einer Anzahl Hundebesitzer deshalb angestrengt wurden, weil Polizeibeamte ihre Hunde, die sich auf der Straße befanden hatten, noch nachträglich aus der Wohnung holten und zum Teil auf der Abdeckerlei töten ließen. Wird auch in höherer Instanz, da der Anwaltschaft jedenfalls Berufung einlegen wird, der Erlass der verschärfte Hundesperre als ungesetzlich erklärt, so ist die gewaltsame Entfernungen und Tötung der Hunde durch die Polizei gleichfalls ungesetzlich und die Stadt hat für den Schaden aufzukommen. Am schneidigsten ging die Polizei auf dem Konradenau vor, wo sogar noch nach Aufhebung der verschärfte Hundesperre Hunde gewaltsam aus den Wohnungen geholt wurden.

Bücherablieferung. Da die Bibliothek bei der Ausgabe der Vorkampfsedition einer Aufbesserung unterzogen werden soll, werden diejenigen, welche noch Bücher entliehen haben, ersucht, dieselben bis zum 1. August an die Ausgabebibliothek abzugeben. Von diesem Tage ist die Bibliothek geschlossen und werden Bücher nicht verabfolgt. Die Wiederausgabe erfolgt an einem noch später bekannt zu gebenden Tage.

Spiel und Sport.

Wanderer.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Sonntag, den 27. Juli: I. Rahnsdorf — Kranichberge — Röllmer (Strohlagar-Baderast) — Erner. Nachtwanderung. Abfahrt Sonnabend abends 9.53 Uhr vom Schloßpark Bahnhof. II. Storkow — Grödenmühle — Springsee (Baderast) — Schornmühle. (Nachtwanderung). Abfahrt Sonnabend abends 10.40 Uhr vom Schloßpark Bahnhof. (Königsruherdauen umsteigen). III. Eichow — Schwärze (Baderast) — Nonnenfließ — Melch. (Nachtwanderung). Abfahrt Sonnabend abends 11.30 Uhr vom Stettiner Fernbahnhof. IV. Erkner — Köpenick — Stäglich — Frensdorff. Abfahrt Schloßpark Bahnhof 5.53 Uhr vormittags. V. Eichwalde — Schmiedmühl — Kroschke — Eichwalde. Abfahrt Schloßpark Bahnhof 6.40 vorm. (Schloßpark Bahnhof 6.18 Uhr, Niederschöneweide umsteigen). VI. Frohnau — Bergelde — Summsee — Wittenwerder. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 5.48 Uhr vorm. VII. Waldmannsluh — Legel. Abfahrt Stettiner Fernbahnhof 1.20 Uhr nachm. — Ortsgruppe Spandau. Chorin — Blagelmann — Biese — Niederfinow. Abfahrt 5.06 Uhr vorm. Gäfte willkommen.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Sonntag, den 27. Juli: Wanderfahrt nach Wildpark — Däcker Teich — Bannenberg — Bornim — Gr. Deine-Berge — Rehlitz — Köpenick — Salsom — Wannsee. Am Laufe der Wanderfahrt Vortrag des Führers Genossen Krause über „Wärdliche Burgwälle“ und Besichtigung derselben. Gäfte willkommen. Sonntag, den 27. August: Oberpreenabühl. Teilnehmerkarten a 5.75 Mk. für Bahnfahrt 3. Klasse und Kahnfahrt sind in unseren Geschäftsstellen: Fritz Böhlich, Stalitzer Str. 22 und Georg Weisnagt, Grünitz 21, zu haben.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 27. Juli: I. Wittenwerder — Grise — Wittenwerder — Wittenwerder. Abfahrt nach Wittenwerder: Stettiner Bahnhof 5.48. II. Erkner — Sommerfeld — Lehnedorf — Grünberg. Abfahrt nach Sommerfeld: Stettiner Bahnhof Sonnabend nach 12.00. Gäfte stets willkommen. III. Wilmersdorf. Bei Beteiligung von mindestens 10 Personen: Besuch der Wilmersdorfer Bauhausausstellung in Köpenick am 17. August. Redung und Besichtigung des Bahnhofs für Infahrt (6 Mk. für D-Zug) bei 2. Klasse, Schöneberg, Neue Steinmühlstr. 2.

Schwimmer.

Die Arbeiter-Schwimmervereine Nord, Freiheit, Welle und Sächs dankbarhalten am kommenden Sonntag ein Dauerchwimmen. Treffpunkt für Schwimmer um 8 Uhr früh 8 Uhr in Regal. (Endhaltestelle der Straßenbahn). Start 8 Uhr durchschwimmenden Strecke in Nieder-Reinendorf. Ziel ist Papendamm, die für diese Strecke erforderliche Zeit ca. 1 Stunde.

Arbeiter-Schwimmerverein „Berlin“. (Wegfall des Arbeiter-Schwimmervereins). Am heutigen Freitag findet in Reinickendorf im Restaurant „am Wald“ (Hilfenstraße 109, am 84. Uhr eine öffentliche Versammlung statt. In derselben wird Schwimmanzeige über die Vorteile der Schwimmervereine gehalten. Interessenten, besonders Nichtschwimmer, sind hierzu eingeladen. Sonntag, den 27. Juli, finden öffentliche Schwimmtouren aus, dafür beteiligen sich die Mitglieder am Appellationschwimmverein des Schwimmvereins Potsdam. Treffpunkt der einzelnen Abteilungen: A: Abt. I, Jugendmühlstr. 8 Uhr, Potsdamer Bahnhof (Hauptportal); Abt. II, 10 Uhr, Kottbuscher Platz; Abt. III, 9 Uhr, Potsdamer Bahnhof; Abt. IV, 10 Uhr, am Rosenhäger Tor; Abt. V, 10 1/2 Uhr, am Großgörschen-Bahnhof.

Turner.

Resultate der Faustball-Serienspiele vom Sonntag: Reinick 3 I — Friedrichshöhe 92 : 57. Reinick 1 I — Friedrichshöhe 75 : 64. Niederschöneweide — Friedrichshöhe 61 : 55. B. I. B. — Friedrichshöhe 69 : 60. Adlershof II — Niederschöneweide II 86 : 63. Friedrichshöhe II — Niederschöneweide II 76 : 89. Friedrichshöhe II — Nichtenberg II 76 : 76. B. I. B. II — Nichtenberg II — —. B. I. B. — Niederschöneweide — Köpenick 106 : 112. Niederschöneweide — Rummelsburg 69 : 58. Niederschöneweide — B. I. B. — —. Köpenick — Rummelsburg 71 : 65. Baumhuleneue — Rummelsburg 68 : 81. Baumhuleneue — B. I. B. — —. Reinick II — Nichtenberg 38 : 74. Reinick I — Nichtenberg 49 : 52. Adlershof I — Oberschöneweide I 87 : 91. Adlershof I — Oberschöneweide II 53 : 54.

Bezirksfest. 5. Bezirk des I. Kreises des Arbeiterturnerbundes. Am Sonntag, den 27. Juli, findet unser erstes Bezirksfest im Restaurant „Sadowa“ statt. Das Fest verspricht durch sein Arrangement eine der interessantesten Veranstaltungen dieser Art zu werden.

Turnverein „Froh und Frei“, Groß-Lichterfelde, veranstaltet am Sonntag, den 27. Juli, ein Schachturnen zur Feier seines 15-jährigen Bestehens. Nach dem vormittags stattfindenden Kampfspiel findet nachmittags 1 Uhr ein Festzug statt, der sich vom Restaurant Wittenwäldchen zum Festplatz, Paulwitz, Froben, Ede Bienenstraße, bewegt. Dortselbst: Turnereiche Aufstellungen. Festrede: Bruno Weste, Berlin. Abends Festball, Restaurant Räder, Chausseest. 104.

8. Männerabteilung. Nachtwanderung in zwei Gruppen. Treffpunkt der 1. Gruppe: Sonnabend 7.10 am Radlerkassenhalter Eingang Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reinick. Für den

Wiener Straße, Nr. 720. 2. Gruppe: Sonnabend 10.30. Sammelpunkt wie oben. Abfahrt 10.40. Gruppe 1 führt bis Zammerdorf (30) und übernachtet dortselbst bei Helling. Gruppe 2 führt durch die Schornmühle (120) und läuft noch in der Nacht bis zum Springsee. Hierüber: Rahnische Radl. Gäfte gern gesehen. Für Nachzügler: Sonntag 4.45 ab Grolher Bahnhof bis Schornmühle. Treffpunkt Löss Hotel.

Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin). Touren zum Sonntag, den 27. Juli. 1. Abt.: 7 Uhr Wädersdorf. 1 Uhr Schöneiche (Wann). Start: Bälowsstr. 58. — 2. Abt.: 5 Uhr Wädersdorf. 1 Uhr Wannsee (Singer). Start: Fontanepromenade 18. — 3. Abt.: 6 Uhr Eichwalde (Mitte) (Schneise). Start: Lauffer Platz 12. — 4. Abt.: 5 Uhr Krummen. 1 Uhr Schornmühl (Jägerheim). Start: Köpenicker Platz. — 5. Abt.: 3 Uhr Wädersdorf. 1 Uhr Wannsee (Waldkater). Start: Uhlhorn. — 6. Abt.: 5 Uhr Seddin (bei Weich). 8 und 12 1/2 Uhr Wannsee (Hörtenhof). Start: Döberberger Straße 38. — 7. Abt.: 4 Uhr Rehn a. Dabel. 12 1/2 Uhr Wannsee (Hörtenhof). Start: Schulstr. 29. — 8. Abt.: 6 Uhr Oranienburg-Sandhausen. 1 Uhr Wittenwerder (Vorabiegarten). Start: Kottb. Str. 28. — 9. Abt.: 8 und 12 1/2 Uhr Wädersdorf. Start: Schillingstraße 22. — 10. Abt.: 6 Uhr Eichwalde (Mitte). Start: Lauffer Platz 12. 1 Uhr Eichwalde. Start: Große Frankfurter Str. 30. — 11. Abt.: Am 30., 9 Uhr Wandlitzsee. Start: Große Hamburger Str. 19.

Ortsgruppe Reinick: Sommerfest beim Bundesgenossen Richard Hölz, Reinick, Anseebühl, 48-49.

Nichtenberg: Am 27., 4 Uhr Rudow (Schweizerhaus). 12 1/2 Uhr Nichtenberg. Start: Parstr. 74.

Stralau-Rummelsburg: Am 25., 11 Uhr abends Spreemald, Start: Ede Lichtenhölz und Lehnstraße.

Treptow-Baumhuleneue: Am 27., früh 4 Uhr Lehn. Start: Treptow bei Kimmel.

Wilmersdorf: Am 27., abends 8 Uhr Finkenweg.

Charlottenburg: Am 27., 1 Uhr Neu-Finkenweg.

Bantow. Am 27., 6 Uhr Wädersdorf.

Weihensee: Am 27., 7 Uhr Grotensee (Sportplatz). Start: Berliner Allee 251.

Lichterfelde: Am 27., 1 1/2 Uhr Start zum gemeinsamen Festzug in Wittenwäldchen.

Reinickendorf: 1. Abt. Start 1 Uhr bei Fäning, Schillingstraße. — 2. Abt. Start 1 Uhr bei Fäning, Amendestraße. Sommerfest: Röttelwerder, Weidmannsluh. Tour nach Wädersdorf.

Ober-Schöneweide. Sonntag, den 27. Juli, früh 9 Uhr, Unterbezirkstour nach Regal. Start: F. Schäfer, Siemensstraße 28.

Zu allen Touren und Veranstaltungen: Gäfte willkommen.

Arbeiter-Radfahrerverein Groß-Berlin. Sonnabend zum Sonntag, nachts 1 Uhr: Nach Köpenick-Desau. 27. Juli, früh 5 Uhr: Badedour Groß-Berlin; nachmittags 1 Uhr: Kottensteiner Mühle, Friedrichshagen.

Athleten.

Stadion und Athletenweltfreite.

Der in den letzten Tagen die Sporttribünen der bürgerlichen Lokalblätter einer Durchsicht unterzog, mußte glauben, daß am 27. Juli die gesamte sportliebende Berliner Bevölkerung auf die Weite gebracht werden soll, um als Staffage für eine neue burrapatriotische Veranstaltung zu dienen. Im Stadion geben sich die Leichtathleten und Schwimmer ein Stelldichein und man wird nicht verstehen, erschlaffte Kräfte an den Start zu bringen, um vor allen Dingen auf Kosten der Zuschauer im Stadion zu einigem Recht zu gelangen. Es soll auch noch der Reichsverband für Athletik seine Beteiligung zugesagt haben, um sich ebenfalls im Kampf um Medaillen zu zeigen.

Run findet am gleichen Tage in Albrecht Hof, Weihensee, ein Wettstreit, veranstaltet von der Freien Vereinigung und dem I. Athleten- und Artistenverband Berlin 1896 statt, welche sich gleichfalls im Kampfe um Medaillen dem Publikum zeigen werden.

Es wird versucht, für diese Veranstaltungen auch die Arbeiterschaft zu interessieren. Es ist erwünscht, wenn diese Leute unter sich bleiben.

Einmal steht den Arbeitersportverbänden das Stadion nicht zur Verfügung, andererseits soll aber die Arbeiterschaft die Kassen füllen, um neue Mittel dem Jungdeutschlandbund zuzuführen. Aus diesem Grunde sollten Arbeiter alle Billets und Eintrittskarten entschieden zurückweisen. Damit wird auch der freien Sportstätte genügt.

Der Arbeiter-Athletenbund Deutschlands, Nr. Or.-Berlin, hält am Sonntag, den 27. Juli und 8. August, sein Sommerfest verbunden mit Wettstreit im Heben und Ringen, im Café Bellevue am Rummelsburger See, Hauptstr. 2, ab. Beginn 2 Uhr.

Da die Vereine des Bundes bei den von der Arbeiterschaft arrangierten Veranstaltungen mitwirken, bitten sie um Unterstützung durch Massenbesuch. Eintrittskarten sind bei allen Mitgliedern zu haben. Billett 20 Pf.

Arbeiter-Zamariterbund, Kreis Brandenburg.

Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr): Berlin, 5. Abt. Reuthen, Freitag, den 1. August, Reichsstr. 8, Idealhaus.

Schöneweide. Montag, 28. Juli, Siemensstraße 12 bei Schulz. P. a. a. a. e. Montag, 28. Juli, Wädersdorf, Ede Friedrichstraße, bei Schmidt. Abt. Potsdam Rüttelhof, 30. Juli, Kaiser-Wilhelm-Straße bei Wäder.

Berlin, Freitag, 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant Habeland, Neue Friedrichstr. 33.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist jochen das 43. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Skizzen zur (schwedischen) Parteigeschichte der letzten Jahre. Von Johannes Stöck (Stocholm). — Mein Vertrauensmann. Eine Anekdote von Dr. Mehring. — Ein Vertrauensmann. Von A. Kantsch. — Die kritischen Wochen. Von Franz Kantsch. — Rodmals „Nachrichtliche Betrachtungen“. Von Otto Eggerstedt (Riet). — Die politische Lage in Portugal. Von Edmondo Paiso. — Literarische Rundschau: Theodor Edward, Ulrich Paternosterkater. Von W. B. — Heitschreien. Von Oda Döber.

Kauktionen der Neuen Zeit“ Nr. 65: Kunststoffe und Kunstmoden. Von Kohn Schloßhoff. Die bildende Kunst in der Welt. Von Kohn. Neue Beiträge zur Parteigeschichte. Von Dr. Mehring. — Wäderschau: Erich Schlotter. Gegenwart und Zukunft der deutschen Schandhölle. — Lele Blätter: Der Fall Hauptmann. Erich Schmidt.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportageure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Vom „Wahren Jacob“ Nr. 106: Die 18. Nummer des 30. Jahrganges, 16 Seiten stark erschienen und bringt ein gutes Porträt des verstorbenen Genossen Friedrich Jürgel.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag S. & W. Diez Nachf. G. m. B. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Von der „Leichtzeit“, Beilage für die Interessen der Arbeiterinnen, ist aus jochen Nr. 22 des 23. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Warum der Parteivorstandes in Berlin. Von Käthe Burt. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. IV. Von Anna Blas. — Ein wichtiger Arbeiterinnenkampf. Von R. H. — Kann die Färberei der Handarbeit erleichtert werden? Von Th. L. — Der Vordaber Kongress des Bundes für Frauenstimme. Von S. r. — Die „Leichtzeit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Fremdband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 Mk.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet 2. und 3. Etage 69, vorn über Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 12 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 12 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abkommensquantität beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Alle Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. R. 100. Falls der Beweis nicht möglich ist, ungedult. Das Jungeländchen reicht in der Regel nicht aus. — W. R. 11. Sie brauchen nur für sich persönlich den Antrag auf Aufnahme in den preussischen Staatsverband zu stellen. — W. R. 49. 1. und 2. Rein. 3. Die Geschwämmer beim Kinder verhörender Geschwämmer. — W. R. 11. 1. Ja, eventuell Schabenerlat. 2. und 3. Rein. — W. R. 33. 1. Nach Ihrer Darstellung nein. 2. Ja, und zwar die Hälfte des Nachlasses. 3. Ja, sofern die Testamentserben dem Verlangen auf Auszahlung des Pflichtteils nicht nachkommen. — Schulz 42. Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch an, wann die Ehe geschlossen und wo der erste Ehevertrag geschlossen ist. — Charl. 53. Nicht erforderlich. Es genügt Ihre Erklärung beim Standesamt. — G. R. 20. Erst bei zwei Kindern. — W. R. 22. Ja, wenden Sie sich an das deutsche Konsulat. — R. 89. Voraussetzlich werden Sie ein Strafmandat erhalten. Antrag auf gerichtliche Entscheidung wäre ohne Aussicht auf Erfolg. — C. G. Sie sind zur Beitragszahlung verpflichtet.

W. R. 8. Sofern nächtliche Ruhestörung verursacht wird, sind Sie dazu verpflichtet. — R. 7. 8. Versuchen Sie es mit einer Beschwerde. In der Regel findet aber eine Beschleunigung des Verfahrens dadurch nicht statt. — S. 38. 1. Die Verfügung hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn noch nachträglich eine schriftliche Genehmigung des Vormundschaftsgerichts befristet wird. 2. Wahrscheinlich würde das Versorgungsgericht endgültig entscheiden. Es könnte auch Jurisdiktionserhebung an die Vorinstanz zum Zwecke der Verhandlung über die materielle Seite der Sache gegeben. — R. 2. 131. Sie sind zahlungspflichtig, jedoch kann Ihnen von dem angenehmen Einkommen nichts gefordert werden. Ein Entlassungsgrund ist die Zahlungsunfähigkeit. — S. 24. 100. 1. und 2. Ja. Das ist nicht Aufgabe des Vormundschaftsgerichts. — W. R. 100. Die Eltern sind Eigentümer des Sparguldbogens geworden. Die Verpflichtung zur Zahlung von Ergänzungssteuer tritt ein, sofern das Vermögen 6000 R. übersteigt und ein Einkommen von mehr als 2000 R. jährlich verleiht wird; ist das Einkommen geringer, so tritt die Ergänzungssteuer erst bei einem Vermögen von 20000 Mark ein. — W. R. 999. Rein.

W. R. 9. Eine Rückforderung der Kosten erscheint aussichtslos. Zur Beschwerde raten wir. — W. R. 36. Falls Sie Ihre Rutter direkt unterstellen, sind Sie zur Entlastung an die Armenverwaltung nicht verpflichtet. — W. R. 8. Fragen Sie bei der Polizeibehörde an. — W. R. 86. Nur dann, wenn das Jahreseinkommen 2000 R. nicht übersteigt. — W. R. 99. Ja. — W. R. 11. Leiber nicht. — G. W. 42. Das ist leider zutreffend. — G. R. 88. Der Unterstufung durch den Vertrauensarzt müssen Sie sich unterziehen. Falls Sie bettlägerig krank sind, teilen Sie dies der Ruffe mit und verlangen Sie, daß der Vertrauensarzt Sie in der Wohnung aufsucht. Erhält die Ruffe Ihre Verpflichtung nicht, so führen Sie Beschwerde beim Magistratskommissar für Krankenbesuche, Stralauer Str. 3/6. — W. R. 27. 1. u. 2. Ja. Nichts Sie einige Tage vor Stattfinden des Termins ein Ersuchen an das Gericht, von der Fragestellung Abstand zu nehmen unter Hinweis auf die Gefährdung Ihrer Stellung. — S. 142. Ja. — Leopold Kuhnke. 1. Es genügt die Adresse: Kaiserlich-Deutsches Konsulat in Paris. 2. Auf Erfordern ja. — G. C. 100. Ja, sofern und soweit das Einkommen 125 Mk. monatlich oder 35,55 R. wöchentlich übersteigt. — W. R. 2. Rein. — Unna. 1. u. 2. Ja. 2. Rein. 3. Ja, bis zur Höhe der Vertragsstrafe, die im Prozeß wahrscheinlich herabgesetzt werden würde. — W. R. 52. Der Standpunkt der Steuerbehörde entspricht dem Gesetz. — G. C. 21. 1. Ja. 2. und 3. Ihre Vater kann Antrag auf Erlass der Steuer stellen. Die für das erste Quartal bereits gezahlte Steuer müßte zurückgezahlt werden. — C. P. 100. Rein. — a. 56. 1. Rein. 2. Ja. — Bräutl Doppeltr. Es ist auch Geldstrafe zulässig.

Briefkasten der Expedition.

Patenten in Berlin, und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen ihrem bisherigen Spediteur wegen der Ueberweisung von Heil-exemplaren sofort ihre Adresse mitteilen, da die verspätete Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

3. Kreis. Der Lesabend fällt im Juli aus. — Am Mittwoch, den 30. Juli, findet bei Ludwig in Treptow ein geselliges Kaffeefest statt.

Neukölln. Am Montag, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr, finden vier Frauenversammlungen statt, für die Bezirke 1-6 in den Köpenicker-Heilstätten, 7-12 in den Wädersdorf-Heilstätten, 13-18 bei Petri, Anseebühlstraße, 19-24 bei Barisch, Permannstraße 49. In allen Versammlungen kommen Regitationen freireligiöser Dichtungen zum Vortrag. — Die Lesabende in den einzelnen Bezirken fallen aus.

Jugendveranstaltungen.

Rosenthal. Am Sonnabend, den 26. Juli, findet ein gemeinsamer Besuch der Sternwarte in Treptow statt. Vortrag und Beobachtungen mit dem großen Fernrohr. — Treffpunkt am Bahnhof Reinickendorf-Köpenick. Abmarsch pünktlich 7 1/2 Uhr. Fahrt mit der Linie 32 — Karten für die Sternwarte für Jugendliche statt 1.— R. 30 Pf. Erwachsene, welche zur Teilnahme herzlich eingeladen sind, zahlen für die Karte 40 Pf. statt 1.— R. —

Marktreise von Berlin am 23. Juli 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,56 bis 20,60, mittel 20,48-20,52, geringe 20,40-20,44. Roggen, gute Sorte 20,00, mittel 20,00-20,00, geringe 20,00-20,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,10-17,60, mittel 16,60-17,00, geringe 16,10-16,50. Hafer, gute Sorte 17,70-19,10, mittel 16,60-17,00. Raps (misch), gute Sorte 20,00-20,00. Raps (runder), gute Sorte 14,70-15,20. Rapsstroh 0,00. Heu, alt 0,00, neu 6,00-8,00.

Marktpreise. 100 Kilogr. Erdbeeren, gelbe, vom Kochen 30,00-30,00. Spießbohnen, weiße 35,00-40,00. Limon 35,00-40,00. Kartoffeln (klein) 8,00-14,00. 1 Kilogramm Hindbeeren, von der Rente 1,70-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,50. Schweinefleisch 1,40-2,00. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,80-3,00. 60 Stück Eier 3,60-5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,80-2,60. Halm 1,60-3,20. Bänder 1,40-3,60. Decke 1,60-2,80. Basche 1,00-2,40. Schlei 1,50-3,50. Fleis 0,80-1,60. 60 Stück Krebse 1,00-45,00.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 23. 7.	seit 23. 7.	Wasserstand	am 23. 7.	seit 23. 7.
	cm	cm ²		cm	cm ²
Memel, Elbe	210	-3	Saale, Großh.	93	+6
Bregel, Ankerburg	-12	+9	Saale, Spandau ¹⁾	8	-2
Wesche, Thorn	379	-43	Saale, Rathenow ²⁾	-15	-1
Döber, Rathbor	283	-60	Spre, Spremberg ³⁾	63	0
„ „ „	250	-6	„ „ „	81	0
„ „ „	281	+3	Beser, Runden	156	-17
Barthe, Schimm	168	-8	„ „ „	244	+8
„ „ „	59	+11	Rhein, Reginiansau	584	+10
„ „ „	-30	-5	„ „ „	311	+21
„ „ „	-5	+12	„ „ „	297	+17
Eibe, Reimberg	-140	-2	„ „ „	100	-8
„ „ „	104	+3	Rain, Danau	141	+2
„ „ „	91	-1	„ „ „	89	-14

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall. — ²⁾ Unterpegel.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, arbeitende Mann jeder praktisch Mann
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Berlin 49. Arbeitskleidung — Berufskleidung.
Größtes Spezialgeschäft dieser Art.
Hauptgeschäfte: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Maßart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.
Unjeratensell verantw.; Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.